

Nr. 1 März 2003  
14. Jahrgang



## DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

Krieg und Frieden  
Cross-Border-Leasing  
Europäischer Verfassungsvertrag  
Berichte, Termine

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

## Editorial

Ich schreibe diese Zeilen wenige Stunden, nachdem der Krieg im Irak begonnen hat. Putin und der Papst, China, Frankreich und Deutschland, die größte Friedensbewegung der bisherigen Geschichte mit Abermillionen Demonstranten überall auf der Welt haben nicht verhindern können, dass er vom Zaun gebrochen wurde. Der Machtwille jener Kreise, die ein neues Empire anstreben, um aus dem von ihnen für unvermeidlich gehaltenen Zusammenprall der Kulturen siegreich hervorzugehen, damit die ganze Welt endgültig in einen Zustand versetzt werde, den Benjamin Barber „McWorld“ nennt, war stärker. Stärker auch als der Widerstand der überwältigenden Mehrheit der Staaten unserer Welt, die sich gegen einen ohne Mandat der Vereinten Nationen geführten, das Völkerrecht verletzenden Krieg gewendet hat. Doch in diesem weiten Widerstand liegt auch Hoffnung, dass es eines Tages gelingen kann, an die Stelle des Rechtes des Stärkeren eine globale Rechtsordnung zu setzen, die den Menschenrechten weltweit Respekt verschafft - und Menschenrechtsverächter, unter welcher Flagge sie auch segeln mögen, zur Rechenschaft zieht.

Krieg ist im 21. Jahrhundert ein Anachronismus. Diesen Anachronismus nicht zu überwinden, wird die Menschheit immer teurer zu stehen kommen. R. Steiner hat einmal den vielzitierten verharmlosenden Satz, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln, beißend ironisiert mit der Bemerkung, das habe „ebensoviel Sinn, als wenn man sagt: Die Scheidung ist die Fortsetzung der Ehe mit anderen Mitteln“ (GA 328/1977/S. 98). In früheren Zeiten mag die Aussage: „Si vis pacem, para bellum“ - „Willst du den Frieden, bereite den Krieg vor“ irgendwo noch einen Sinn gehabt haben - wenn sie auch seit jeher meist nur Aggressionsgelüste bemaniteln sollte. Heute muss gelten: „Si vis pacem, para pacem“ - „Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor“.

Frieden aber gibt es nicht ohne Gerechtigkeit, nicht ohne eine soziale Ordnung, die durch ihre Gestaltung die Menschen immer wieder in den Dialog bringt und aus dem Dialog - oder wenn man so will - aus dem „Multilog“ heraus Antworten auf die Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglicht. „Dreigliederung des sozialen Organismus“ ist ein Inbegriff für Bemühungen in dieser Richtung. Indem wir uns im Kontext mit dem Ringen der Zivilgesellschaft um eine bessere Welt engagieren, leisten wir zugleich einen Beitrag für den Frieden.

Ihr

*C. Strawe*

## Inhalt

**Notiert: Aus dem Zeitgeschehen ..... S. 3**

**Krieg und Frieden - Notwendige Anmerkungen zum Irak-Krieg (C. Strawe, W. Neurohr, R. Rappmann u.a.) ..... S. 4**

**Cross-Border-Leasing: Ein trojanisches Pferd? (W. Neurohr) ..... S. 9**

**Vorschläge der Initiative Netzwerk Dreigliederung zum Vertrag über eine Verfassung für die Europäische Union (G. Häfner, C. Strawe, R. Zuegg) ..... S. 12**

### Betrachtungen und Berichte

Drittes Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien (C. Strawe) (S. 19) // Droht das Ende der kommunalen Selbstverwaltung? (W. Neurohr) (S. 21) // Drei drei Säulen für gute Schulen (H. Kullak-Ublick) (S. 24) // Sekem-Initiative (W. Ritter) (S. 25) // Die Bedeutung der Wirtschaft für die Weltentwicklung (B. Kalambokis) (S. 26) // Komplementärwährungen (Th. Mayer) (S. 27) // Swissland - Kleinstunternehmen in Afrika (P. Burri) (S. 28) // Stuttgarter Veranstaltungsreihe (C. Strawe) (S. 29) // Weltzukunftsrat (J. von Uexküll) (S. 30) // Bürgerräte in Israel (S. 32) u.a.

**Literaturhinweise ..... S.33**

**Ankündigungen ..... S.34**

Konferenz „Der Geist Amerikas, Werte und Macht“ (S. 34) // GATS-Kongress des FrauenNetz Attac (S. 35) // AG Globalisierung und Migration (S. 35) // Familienkulturtagung (S. 35) // Landwirtschaftstagung (S. 36) // Beuys-Symposium in Achberg (S.37) // Kolloquium des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen (S. 37) // Blaues Gold - Veranstaltungen mit Maude Barlow und Tony Clarke in Stuttgart und in anderen Städten (S. 38) // Auf dem Weg nach Cancun - Öffentliches Teach-in und Seminar mit Lori Wallach und Marianne Hochuli (S. 38) // Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ (S. 39f.)

**Das Ringen um die Sozialverpflichtung der Wirtschaft - Investitionen, Wettbewerb, Ausschreibung öffentlicher Aufträge ..... S. 39**

Die Singapore Issues und die WTO-Konferenz in Cancun/Mexiko. Kritik und Alternativen  
Veranstalter: Initiative Netzwerk Dreigliederung // Fortbildungsseminare Individualität und soziale Verantwortung

### Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haubmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr Euro 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck, Überweisung oder per Lastschrift auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen\*)

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen berät über den Waffenbericht der irakischen Regierung, Chef-Waffeninspektor Hans Blix bemängelt Lücken in dem Dossier +++ Der Reformpolitiker Roh Moo Hyun wird neuer südkoreanischer Präsident +++ Die Deutsche Bahn AG führt ein neues Preissystem ein, das zu einer besseren Auslastung der Züge führen soll +++ Nordkorea reaktiviert ein Atomkraftwerk, weist die internationalen Atominspektoren aus und kündigt den Atomwaffensperrvertrag. US-Verteidigungsminister Rumsfeld droht zwar, die USA könne notfalls zwei Kriege führen, gleichzeitig ist man aber bemüht, den Konflikt zunächst diplomatisch zu dämpfen +++ Hans Blix verlangt von den USA zurückgehaltene Beweise über Massenvernichtungswaffen im Irak +++ Absturz eines Bundeswehrhubschraubers in Kabul +++ Die sogenannte Raelianersekte hat die Geburt der angeblich ersten Klonbabys bekannt gegeben, die Ankündigung wird allerdings von Experten bezweifelt +++ Kanzler Schröder und der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji weihen die Transrapidstrecke vom Stadtrand Schanghais zum Flughafen der Stadt ein +++ Im Tarifkonflikt im Öffentlichen Dienst in Deutschland wird ein Kompromiss erzielt +++ Der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld kritisiert heftig die Staaten des „alten Europa“ +++ Die EU leitet gegen Deutschland ein Verfahren wegen Überschreitung der im Stabilitäts-pakt vorgesehenen Grenze des Haushaltsdefizits von drei Prozent ein - im Jahr 2003 betrug dieses 3,8 Prozent +++ Weiterer Bericht von UN-Chefinspekteur Hans Blix, er fordert zugleich mehr Zeit für die Kontrollen +++ Bundeskanzler Gerhard Schröder fordert eine zweite UN-Resolution und spricht sich für eine Fortführung der Waffeninspektionen aus. Diese Haltung wird von der Mehrheit des UN-Sicherheitsrats geteilt +++ US-Präsident George W. Bush droht mit einem Alleingang der USA; US-Außenminister Powell versucht die UN-Mitglieder mit neuen Materialien von der Notwendigkeit eines Krieges zu überzeugen. Die Irak-Krise spaltet Europa: acht Staats- und Regierungschefs stellen sich demonstrativ hinter die USA. Bei einem Sondergipfel wird der Konflikt mühsam durch einen Formelkompromiss übertüncht, jedoch nicht wirklich ausgeräumt +++ Der konservative Likud-Block unter Israels Premier Ariel Sharon geht als Sieger aus den Parlamentswahlen hervor +++ Bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen erzielt die CDU triumphale Siege, zweistellige Verluste der SPD +++ Die US-

Raumfähre Columbia stürzt kurz vor der Landung ab, alle Astronauten kommen ums Leben +++ Ende des Generalstreiks in Venezuela +++ Streit um Hilfser-suchen der Türkei an die NATO-Partner, Deutschland verweigert weitere Hilfen zum gegenwärtigen Zeitpunkt +++ Millionen Menschen in aller Welt demonstrieren gegen den drohenden Krieg am Golf. Allein in London sind eine Million Menschen unterwegs, in Berlin werden 500.000 Demonstranten gezählt +++ Der Vatikan bemüht sich um eine diplomatische Lösung des Konflikts, Abgesandte verhandeln sowohl mit Präsident Bush als auch mit Saddam Hussein. Der Papst hatte einen Krieg unter den gegebenen Umständen als ungerecht verurteilt +++ US-Präsident George W. Bush kündigt als Kriegsziel eine umfassende Neuordnung im Nahen Osten an +++ Der Irak erklärt sich zu der von den Inspektoren geforderten Zerstörung seiner Raketen vom Typ El Samud 2 bereit +++ Vorlage einer neuen Irak-Resolution im UN-Sicherheitsrat durch die USA, Großbritannien und Spanien. Frankreich, Russland und Deutschland legen eine Gegenresolution vor, die für die gewaltlose Entwaffnung des Irak plädiert +++ Vaclav Klaus wird neuer tschechischer Präsident +++ Der Berliner Architekt Daniel Libeskind erhält den Zuschlag für einen Neubau am Ground Zero in New York, dem Ort der durch die Anschläge vom 11. September 2001 zerstörten Twin-Towers +++ Neuer Bericht des UNO-Chefinspektors Blix, der wiederum von substantiellen Fort-

schriften, zugleich aber auch von Kooperationsdefiziten der irakischen Seite spricht +++ Das türkische Parlament lehnt die gewünschte Stationierung zehntausender US-Soldaten zunächst ab, es wird damit spekuliert, dass diese Position revidierbar und eine Nord-offensive gegen den Irak damit weiter möglich bleibt +++ Die USA nehmen Khalid Scheich Mohammed fest, der als mut-

maßliche Drahtzieher der Anschläge vom 11. September gilt, fest. Die Verhöre des Verhafteten finden in Pakistan statt. Vermutet wird, dass dies die Anwendung der in den USA gesetzwidrigen Folter erleichtern soll +++ Bundesinnenminister Schily kritisiert die Behandlung der von den USA internierten Taliban-Gefangenen +++ Palästinenserpräsident Jassir Arafat nominiert seinen bisherigen Stellvertreter Mahmud Abbas für das Amt des ersten Ministerpräsidenten der Autonomiebehörde +++ Die Arbeitslosenzahl erreicht im Februar mit 4,7 Millionen (11,3 Prozent) den dritthöchsten Stand in der Geschichte der BRD +++ Mit dem ergebnislosen Ende des Spitzengesprächs von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden im Kanzleramt ist das Bündnis für Arbeit in seiner bisherigen Form gescheitert +++ Bundeskanzler Schröder kündigt ein einschneidendes Reformprogramm an, das in einer Regierungserklärung am 14. März vorgestellt werden soll +++ Debakel für die SPD bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Hol-

### ZUM STAND DES KOSTENAUSGLEICHS

Bis Mitte März waren an Kostenausgleichsbeiträgen (Rundbrief und allgemeiner Kostenausgleich) 22.000 Euro eingegangen. 12.000 Euro müssen für dieses Jahr noch aufgebracht werden. Allen, die bisher beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön!

\*) Bis 14. März 2003

stein +++ Deutschland, Russland, Frankreich und China wenden sich gegen den Kriegskurs der USA, die keinen Zweifel daran lassen, notfalls auch ohne UN-Mandat den Irak angreifen und das Regime beseitigen zu wollen +++ Die Hoffnung, dass Russland - im Gegensatz zu Frankreich - von seiner Vetoankündigung gegen eine den Präventivkrieg legitimierende UNO-Resolution abrücken würde, erweist sich als illusorisch +++ Fast alle Mitglieder des UN-Sicherheitsrates plädieren dafür, den UNO-Inspektoren mehr Zeit zu geben +++ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilt, dass der Kurdenführer Öcalan in der Türkei keinen fairen Prozess gehabt habe +++ In Den Haag werden die Richter des Internationalen Strafgerichtshofs feierlich vereidigt; die USA verweigern ihm weiterhin die Anerkennung +++ Der jugoslawische Ministerpräsident Zoran Djindjic wird von Scharfschützen ermordet +++ Der britische

Ministerpräsident Tony Blair gerät zunehmend unter innenpolitischen Druck wegen seines Kriegskurses. Großbritannien startet eine eigene Initiative im UN-Sicherheitsrat, kann aber weder von den USA noch von den bisherigen Gegnern des britischen Kriegskurses Zustimmung erhalten +++ In einer Regierungserklärung „Mut zum Frieden und Mut zu Veränderung“ kündigt der Bundeskanzler einen Umbau des Sozialstaats an, der mit umfangreichen Einschnitten verbunden ist. So soll das Arbeitslosengeld für unter 55-Jährige auf zwölf Monate, für über 55-Jährige auf 18 Monate gekürzt werden, die Arbeitslosenhilfe soll auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt werden. Außerdem soll u.a. der Kündigungsschutz gelockert und der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung reduziert werden +++ Die Telekom meldet ein Rekorddefizit von 24,6 Milliarden Euro für das Jahr 2002

# Krieg und Frieden

## Notwendige Anmerkungen zum Irak-Krieg

Christoph Strawe, Wilhelm Neurohr, Rainer Rappmann u.a.

---

### VON DER NOTWENDIGEN ÜBERWINDUNG DES MACHIAVELLISMUS

---

*Christoph Strawe*

Nun hat der Krieg begonnen. Die UNO ist beschädigt, das Völkerrecht und die Meinung der Weltöffentlichkeit hat man missachtet. Mitgefühl gilt den Opfern, Missbilligung den Tätern. Deutlich hatten die UNO-Inspektoren signalisiert: Gebt uns etwas Zeit, dann schaffen wir die friedliche Entwaffnung des Irak. Die Situation ist bedrückend. Fassungslosigkeit und Wut haben viele Menschen ergriffen. Umso wichtiger, dass sich die Friedensbewegung nicht entmutigen lässt, dass Millionen Menschen überall in diesen Tagen gegen den Krieg demonstrieren und damit zugleich für die friedliche Bewältigung von Konflikten und Problemen auf der Welt eintreten.

Wer behauptet, er könne die Risiken dieses Krieges kalkulieren, sagt nicht die Wahrheit. Das gilt selbst für den Fall, dass militärisch alles nach Plan verlaufen sollte, der Krieg also bald vorüber wäre. Ob die Übel, gegen die man angeblich keine anderen Mittel hatte als den Krieg, durch diesen letztlich nicht verstärkt statt eingedämmt oder beseitigt werden, das wird sich erst noch herausstellen müssen. „30 Tage Bomben können 30 Jahre Terrorismus zur Folge haben“ (Franz Alt).<sup>1</sup> Es habe

keine Alternative zur ultima ratio des Krieges gegeben, so hören wir. Wahr ist, dass man es immer wieder versäumt hat, von der prima ratio nichtkriegerischer Mittel wirklich ernsthaften Gebrauch zu machen. Darauf macht Herrmann Scheer aufmerksam, der schreibt: „Es soll nicht möglich gewesen sein in den vergangenen zwölf Jahren, die Ölexporte des Irak zu unterbinden? Damit wäre Saddams Einkommensquelle rasch versiegt und der Schurke (der ja lange ein Freund war und mit - auch chemischen - Waffen versorgt wurde) alsbald handlungsunfähig. In Wahrheit beziehen die USA bis zum heutigen Tag zehn Prozent ihres Ölbedarfs aus dem Irak. Sie nähren mit ihren Dollars den Diktator mehr als die Bevölkerung. Als Ausgleich für diesen Großmut wurden die Lieferungen von Medikamenten in den Irak gestoppt. Die Folge waren hunderttausende gestorbener und leidender Kinder. Ist das moralisch, doppelzüngig, ultima ratio?“<sup>2</sup>

Es ist ein Krieg, bei dem eine geschichtlich einmalige technisch ausgereifte Vernichtungskapazität zum Einsatz kommt, Selbst beim Bodentruppeneinsatz spielt die elektronische Kommunikation eine nie dagewesene Rolle. Es ist ein Krieg der Killermaschinen, die uns die Sendeanstalten - in Ermangelung substantieller Informationen - immer neu in Animationen und Kommentaren von Militärexperten vorführen. Dass Worte mit üblem Klang aus der Zeit der faschistischen Barbarei wie „Blitzkrieg“ und „Wunderwaffen“ dabei benutzt werden, passt ins Bild.

Man sagt, man will Demokratie einführen im Irak. Aber wo ist die Demokratie in den arabischen Vasallenstaaten der USA, in Kuwait, in Katar oder auch in Saudi-Arabien? Man spricht davon, dass man die kurdische Minderheit vor dem Völkermörder Saddam schützen müsse. Ein Völkermörder ist Saddam gewiss - aber erinnert man sich nicht mehr daran, wie Vater Bush 1991 die Kurden zum Aufstand aufforderte, ebenso wie die Schiiten; - dann wurde umdisponiert und Saddam konnte die Aufständischen abschlagen? Und wie kurdenfreundlich war wohl die Idee, die türkische Armee in den Nordirak einzuladen? Man sagt, man wolle den Irak von seinem Unterdrücker Saddam befreien. Saddam ist der Unterdrücker seines Volkes - ohne Frage. Er hält ein ganzes Land als Geisel - ein Land, in dem die Angst vor Folter und Liquidierung gegenwärtig ist. Längst hat er sich seinen Platz in der Geschichte neben den Hitler, Pol Pot und Pinochet gesichert. Aber alle Versuche, den Krieg menschenrechtsinterventionistisch zu begründen, sind offenkundig unwahr und spekulieren auf die Schwächen des menschlichen Langzeitgedächtnisses. Ganz abgesehen davon, dass es in diesem Krieg zwar nicht nur um Öl, aber selbstverständlich auch um Öl geht. Hätte man in Ruanda dem Völkermord zugesehen, wenn Ruanda ein ölfreiches Land wäre?

Ohne die Unterstützung der USA und anderer Staaten wäre Saddam nicht das geworden, was er 1991 bzw. heute ist. Die „Entwaffnung“ des Irak richtet sich ja größtenteils gegen Arsenale, die man selbst geliefert hat. Man brauchte Saddam als Verbündeten gegen die iranische Revolution von 1978. Da sah man großzügig über sein Verbrechen hinweg: „Er ist ein Bastard, aber er ist unser Bastard“, hieß es damals. Wie aber war es zur iranischen Revolution überhaupt gekommen? Hatte nicht die USA die Folterdiktatur des Schah von Persien unterstützt, hatte nicht der amerikanische Geheimdienst CIA 1951 die Fäden beim Sturz des persischen Premiers Mossadegh gezogen, weil dieser die Ölquellen verstaatlichen wollte? War es also so verwunderlich, dass die iranische Revolution gegen den Schah zugleich eine antiamerikanische Revolution war? - So könnte man fortfahren. Osama Bin Laden und die militanten Islamisten waren Verbündete der USA gegen den damaligen Gegner Sowjetunion in Afghanistan. Immer ging es nach dem Motto: Meines Feindes Feind ist mein Freund. Und Freunden steht man bei, auch wenn sie Bastarde sind. Dass man dabei immer wieder neue Feinde, neue Bedrohungen - aufgipfelnd mit dem 11. September - und damit neue Gründe für die Demonstration politischer und militärischer Macht schuf, führt diese Politik ad absurdum. Sie ist anachronistisch. Und es käme darauf an, ihr eine andere Poli-

tik entgegenzusetzen, - eine Politik, der wirkliche Friedensideen zugrunde liegen.

Es ist gut, dass Joschka Fischer sich gegen eine unilaterale, durch die Vorherrschaft der USA geprägte Welt-situation wendet und eine multilaterale, auf Kooperation und Ausgleich unter Einbeziehung der Stärkung der UNO gerichtete Politik fordert. Aber es reicht nicht aus.

Eine zukunftsfähige Politik müsste noch konsequenter auf eine Energiewende hinarbeiten: „Entweder wir schaffen die heutige Energiepolitik ab oder diese schafft uns ab“. „Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne?“ - auf diese Formel bringt Franz Alt das Problem. In der Tat: Man muss sich nur vorstellen, was man mit dem Geld, das dieser Krieg verschlingt (siehe Kasten), nicht nur für die Förderung regenerativer Energien bewirken könnte, um den Wahnsinn einzusehen, den er darstellt.

Eine zukunftsfähige Politik dürfe die Fragen nach den notwendigen grundlegenden Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse nicht ausklammern. Es gilt, die strukturellen Bedingungen zu beseitigen, die zur Herrschaft des großen Geldes und zur Gewalt führen. Notwendig wäre ein konsequenter Paradigmenwechsel, hin zu einer „Menschheitspolitik“ (R. Steiner). Das würde die Abkehr vom Machiavellismus bedeuteten - und das wiederum wäre mehr als die Korrektur inhaltlich-strategischer Politikziele. Das innere Wesen jener Politik, die einen Saddam erst groß macht, um ihn dann wegzubomben, wird durch den Kernsatz beschrieben: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Die Heiligung der Mittel durch

### Volkswirtschaftliche (direkte/indirekte) Kosten eines Krieges mit dem Irak

nach Berechnungen von William Nordhaus<sup>1</sup> (in Mrd. US \$, Basis 2002)

Schwerpunkte der Kosten	Kurzer Krieg (Bad Case)	Langer Krieg (Worst Case)
<b>Militärische Ausgaben</b> (direkt)	50 Mrd. \$	140 Mrd. \$
<b>Folgekosten</b> (indirekt) für die Dekade von 2003 bis 2012		
Besatzung und Friedenserhaltung	75	500
Wiederaufbau und Infrastruktur	30	105
Humanitäre Hilfeleistungen	1	10
Auswirkungen des Ölpreiseffekts	-40 <sup>1</sup>	778
Makroökonomische Auswirkungen (Keynes Effekt)	-17 <sup>2</sup>	391
<b>Direkte und indirekte Kosten</b> <sup>3</sup>	<b>99 Mrd. \$</b>	<b>1.924 Mrd. \$</b>

1 Angenommen wird, dass nach einem kurzen Krieg der Ölpreis pro Barrel deutlich sinkt (Bandbreite 20-25 US\$) und dementsprechend volkswirtschaftliche Kosten abnehmen (positiver Effekt auf die Gesamtwirtschaft von 40 Mrd. \$).

2 Beim Szenario „kurzer Krieg“ kommt es nicht zu volkswirtschaftlichen Kosten, sondern zu positiven Effekten auf die Gesamtwirtschaft im Umfang von 17 Mrd. \$ (Konsum- und Investitionsbereitschaft nehmen zu; mit den Gewinnerwartungen steigen wieder die Aktienkurse).

3 Nicht berücksichtigt sind die direkten und indirekten Kosten durch internationale Terroranschläge.

\*) **Quelle:** William D. Nordhaus, The Economics of a War with Iraq; Cowles Foundation for Research in Economic, Yale University, Discussion Paper Nr. 1387, December 2002, zit. nach <http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden/regionen/Irak/hickel.html>

den Zweck ist der widerchristliche Gedanke schlechthin. Man braucht nicht zu bestreiten, dass Bush und viele aus seinem Umkreis zutiefst davon überzeugt und durchdrungen sind, eine heilige Mission zu haben. Man kann aber aus ihrem Machiavellismus die wahre Natur des Wesens erahnen, dessen Segen sie immer wieder in ihrer Rhetorik erleben und das sie selber „Gott“ nennen.

Wie gut, dass es eine weltweite Bewegung für Frieden und Menschlichkeit gibt, die weiß, dass nicht nur die Ziele, sondern auch die Mittel menschlich sein müssen. Und auch das ist gut: Dass das andere Amerika, Millionen von NordamerikanerInnen, in dieser Bewegung unsere Verbündeten sind.

### Anmerkungen

1 Franz Alt: Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne? <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-Zukunft/kriegoel.php>, siehe auch Franz Alts gleichnamiges Buch, München 2002.

2 Herrmann Scheer: Tränen des Teufels, [http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-Zukunft/irak\\_scheer\\_1.php](http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-Zukunft/irak_scheer_1.php)

---

## NEIN ZUM KRIEG GEGEN DEN IRAK!

---

*Aus dem Redebeitrag von Wilhelm Neurohr für Attac und ver.di bei der Kundgebung auf der Friedensdemonstration gegen den Irak-Krieg am Samstag, 15. Februar, auf dem Alten Markt in Recklinghausen.*

Die Zivilbevölkerung in aller Welt will eine gewaltfreie Lösung politischer Konflikte. Und sie will eine kriegerisch orientierte Politik beenden, die allein von einseitigen Wirtschaftsinteressen angetrieben ist. [...]

Krieg ist im 21. Jahrhundert kein geeignetes Mittel der Politik! Krieg ist immer Ausdruck politischen und menschlichen Versagens! [...] Der schon lange geplante Krieg gegen den Irak und andere Länder ist Ausdruck der neoliberalen Globalisierung. Der Wirtschaftskrieg um Öl und Rohstoffe ist Teil eines vernichtenden Konkurrenzkampfes - Jeder gegen Jeden. Die ganze Welt befindet sich in einem verhängnisvollen Wirtschaftskrieg. Die neoliberale Wirtschaftsordnung ist unsozial und hat kriegerischen Charakter. Sie schafft die Ungleichheit zwischen arm und reich. [...]

Nach dem 2. Weltkrieg sind durch weitere Kriege weltweit mehr Menschen als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte umgekommen. Kriegsfolgen und Kriegsursachen sind Hunger, Armut und Krankheit. [...]

Der Terror hat dort seine Ursachen, wo gedemütigte Menschen zur Verzweiflung und zum Hass getrieben werden. Krieg gegen den Terrorismus würde bedeuten, Terror mit Kriegsterror austreiben zu wollen, den Teufel mit dem Belzebub. Ein Krieg im Irak würde jedoch neuen Terror hervorrufen. - Im letzten Golfkrieg im Jahre 1991 kamen 150.000 Menschen im Irak ums Leben. - Durch die indirekten Folgen der Sanktionen starben dort weitere 1,5 Mio. Menschen. - Jeden Monat sterben dort 5000 Kinder infolge von Unterernährung. [...]

Worum geht es der Regierung Bush? Es geht ihr um wirtschaftliche und politische Vormachtstellung in der Welt, um die Kontrolle über den Ölpreis und die Erdöl-länder, um die Neuordnung und Beherrschung des

gesamten Nahen Ostens und um eine neue Weltordnung nach amerikanischem Modell, um auch den ärmeren Ländern die neoliberale Wirtschaftsordnung aufzuzwingen!

Dafür bringt Amerika 40% der gesamten Rüstungsausgaben in der Welt auf - rund 400 Mrd. Dollar, ein Vielfaches der weltweiten Entwicklungshilfe - und ein Fall für die Rüstungskontrolleure der UNO. Dagegen fehlen Gelder für Gesundheit, Bildung und Entwicklungshilfe.

Darum muss abgerüstet werden! [...] Uns geht es hier aber nicht um Anti-Amerikanismus. Denn die Zivilbevölkerung in Amerika lehnt die Rüstungs- und Kriegspolitik ihrer Regierung ebenso ab wie wir. 80 amerikanische Städte haben Ratsbeschlüsse gegen den Krieg gefasst. Uns geht es auch nicht etwa um den Schutz eines brutalen Diktators wie Saddam Hussein, an dessen Fingern Blut klebt. Von 1980 bis 1987 haben die USA diesen Diktator aufgerüstet und unterstützt, u.a. mit der Lieferung von Giftgastechnik - übrigens auch von deutschen Firmen. Die Bevölkerung der meisten Ölländer lebt hingegen in Armut. Deshalb ist Blut für Öl keine Antwort! Es bedarf einer tragfähigen Friedenslösung im Nahen Osten - statt eines Flächenbrandes. [...]

---

## JOSEPH BEUYS: „WIR LEHNEN DIE AMERIKANISCHEN GEHEIMBÜNDE ZUM ZWECHE POLITISCHER MACHT AB“\*)

---

*Aus einer Rundmail von Rainer Rappmann, FIU-Verlag, Mitinitiator des Beuys-Symposiums in Achberg (vgl. S. 37) vom 19./20. März.*

Hat man denn wirklich geglaubt, man könne durch moralische Appelle - und seien sie vom Papst und vom Dalai Lama oder von wem auch immer -, diesen Krieg stoppen? Denn eines ist doch klar: Dieser Krieg kommt aus der Logik eines Geld- und Kapitalsystems, das ja nachgewiesenermaßen einen Herrn Bush, der für mich eine Marionette in den Händen dieser Kreise ist, dorthin geschoben hat und der uns nun die Rechnung präsentiert. Vor einigen Wochen lief in der ARD spät gegen Mitternacht eine Dokumentation mit dem Titel „Das Machtkartell“, in dem folgende Punkte nachgewiesen wurden:

1.) George W. Busch entstammt einer Öl- und Energieindustrie in Texas, die ihn mit noch nie dagewesenen Mitteln zum Präsidenten der Vereinigten Staaten beförderte. Wenn man dann noch weiß, dass in den USA ca. nur jeder Dritte wählt und dass des Präsidenten Wahl zweifelhaft vonstatten ging - dass etwa von Bestechung von Richtern die Rede war -, dann braucht man sich keine Illusionen zu machen.

2.) Das gesamte Kabinett, angefangen von Condoleezza Rice über Donald Rumsfeld bis zu Vizepräsident Dick Cheney sind in dieses Machtkartell eingebunden. Man nennt es in den USA den „Drehtüreffekt“: Die Politiker gehen zur Wirtschaftstür raus und zur Politiktür rein und umgekehrt. Man kann sich an fünf Fingern ausrechnen, welche Vorteile sie sich dadurch verschaffen.

3.) Dieses System aus der Kombination der Macht des Staates und des Geldes wird - nicht nur in den USA - in ganz bestimmten Hinterzimmerkonferenzen (früher sagte man dazu „Geheimgesellschaften“), zu denen George W. Bush nachgewiesenermaßen als Student schon gehörte, ausgekocht.

Last, but not least – und damit komme ich zum eigentlichen Punkt - 4.) sollte man wissen, dass dieses holzschnittartig skizzierte System des Raubtierkapitalismus (der wird ja inzwischen so genannt) einen Geldbegriff handhabt, der geradezu gierig nach Neuanlagen schreit, um Geld scheinbar bis ins Unendliche zu vermehren -, weil ja immer mehr nach immer mehr verlangt.

[... ] wann wachen wir endlich auf, greifen in den Rachen dieses UNTIERS und beschäftigen uns mit dem (erlösenden) Kapitalbegriff ?? Nur eine geistige Klarheit kann dieses TIER besiegen. Nur indem der Name (Begriff) „Rumpelstilzchen“ gewusst und genannt wurde, konnte im Märchen dessen Kraft besiegt werden.

Es klingt zynisch und ich weiß: All das wird den vielen Opfern in den nächsten Stunden wenig bis gar nichts helfen. Aber vielleicht doch: Ich gehe davon aus, dass alles, was passiert, einen höheren Grund hat. Vielleicht wachen ja immer mehr Menschen angesichts dieser immer ungeschminkteren, selbstherrlichen Macht auf. [...] Nutzen wir selbst die Chance, jetzt angesichts des Krieges, illusionslos Vorbereitungen für eine neue Handhabung des Geldes zu beginnen. Ich weiß, dass das naiv klingt. Aber ich sehe keine andere Chance, als unverdorben und wie ein Kind den richtigen nächsten Schritt anzugehen. So habe ich es auch bei Joseph Beuys gesehen, der immer davon ausging, was ihm der gesunde Menschenverstand sagte und deswegen als ein Spinner angesehen wurde.

Kontakt: Rainer Rappmann FIU Verlag, Am Schwarzenbach 25, D - 88239 Wangen, Tel. 07528 /7734, E-Mail FIU-Verlag@t-online.de, www.fiu-verlag.com

\*) Joseph Beuys: „Das Geheimnis der Knospe zarter Hülle“.

---

## APPELL (ATTAC-DEUTSCHLAND)

---

Liebe Freundinnen und Freunde, es ist soweit. Nicht weiter überraschend hat heute Nacht um kurz nach 3 Uhr unserer Zeit der US-amerikanische Angriff auf den Irak begonnen. Wieder ist von „chirurgischen Eingriffen“ die Rede, als wären seit dem letzten Golfkrieg nicht genug Fakten bekannt, die diese Aussagen Lügen strafen.

Jetzt ist es an uns, deutlich zu machen, dass dieser Krieg nicht in unserem Namen geführt wird. Wir müssen auch unseren Forderungen gegenüber der Bundesregierung verstärkt Ausdruck verleihen: Sperrung des deutschen Luftraums // Keinerlei Beteiligung am Krieg // Sofortiger Abzug aller Soldaten und Militärtechnik aus der Golfregion // Keine finanzielle und politische Unterstützung für diesen Krieg.

Lasst uns Flagge zeigen gegen diesen Krieg! Geht auf die Straße, beteiligt Euch an den vielfältigen Friedens-

aktionen. Informationen findet Ihr unter <http://www.tag-x.de>, <http://www.montagsdemonstrationen.net>, <http://www.attac.de/globkrieg>, <http://www.resistthewar.de>.

Krieg ist keine Antwort!

---

## IRREFÜHRUNG, FALSCHINFORMATION: UN-INSPEKTEUR KRITISIERT USA

---

Ein nach Norwegen zurückgekehrter UN-Rüstungsinspektor hat sich über irreführende und falsche Informationen der USA zum irakischen Massenvernichtungspotenzial beschwert. Jörn Siljeholm, der 100 Tage dem Inspektoren-Team angehörte, sagte, keine US-Angaben, auch nicht die von Außenminister Colin Powell, hätten sich mit seinen eigenen Feststellungen gedeckt. „Keiner ihrer ‘heißen Tipps’ wurde bestätigt“, sagte Siljeholm. „Wenn man nichts findet und die These wiederholt, dass (die Iraker) irgendetwas verstecken, schwächt das die These. Es ist nicht schmeichelhaft.“ Amerikanische Geheimdienstberichte beschrieb er als „politisch“. „Ich weiß von keinem Dekontaminierungs-Lkw, der sich bei der Überprüfung nicht als Feuerwehrgewagen oder Wassertankwagen entpuppt hätte.“ (Quelle: n-tv)

---

## DIE SÜNDEN DER USA

---

### **Warum US-Bürger zur Zielscheibe der Terroristen wurden. Brief eines US-Bischofs an seinen Präsidenten - von Robert Bowman**

*Der Autor ist Erzbischof der Vereinigten Katholischen Kirche in Melbourne Beach, Florida. Er war Oberst in der Armee und flog im Vietnamkrieg über 100 Einsätze. Veröffentlicht in „Publik-Forum“. Entnommen dem Newsletter von Franz Alt vom 16. März 2003. Im Internet unter <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-eineWelt/suenden.php>*

Herr Präsident, bitte sagen Sie dem Volk die Wahrheit über den Terrorismus. Wenn die falschen Vorstellungen über den Terrorismus nicht ausgeräumt werden, wird die Bedrohung fortauern und uns am Ende komplett vernichten. Die Wahrheit ist, dass keine von unseren tausenden Atomwaffen uns vor dieser Gefahr beschützen kann. Auch Systeme wie Krieg der Sterne - egal wie fortgeschritten sie sind und wie viele Milliarden Dollar für sie hinausgeschmissen werden - werden uns nicht vor einer Atomwaffe schützen können, die mit einem Schiff, einem Flugzeug, in einem Koffer oder einem Mietauto hierher transportiert wird. Keine Waffe Ihres umfangreichen Arsenal und kein Cent der 270 Milliarden Dollar, die jedes Jahr in den so genannten Verteidigungshaushalt fließen, kann eine terroristische Bombe verhindern. Das ist eine militärische Tatsache.

Herr Präsident, Sie haben dem amerikanischen Volk nicht die Wahrheit gesagt, als Sie erklärten, Afghanistan und der Sudan müssten bombardiert werden. Sie sagten,

wir seien Zielscheibe des Terrorismus, weil wir die Demokratie, die Freiheit und die Menschenrechte in der Welt verteidigen. Was für eine Absurdität. Wir sind Zielscheibe des Terrorismus, weil unsere Regierung in weiten Teilen der Welt Diktatur, Sklaverei und menschliche Ausbeutung verteidigt. Wir sind Zielscheibe der Terroristen, weil wir gehasst werden.

In wie vielen Ländern haben Agenten unserer Regierung demokratisch gewählte Repräsentanten beseitigt und sie durch Militärdiktatoren ersetzt, - willfährige Marionetten, die bereit sind, ihr Volk an die multinationalen Konzerne zu verkaufen? Wir haben dies im Iran getan, als die Marines und die CIA Mossadegh absetzten, weil er die Absicht hatte, die Erdölversorgung zu verstaatlichen. Wir ersetzten ihn durch den Schah Reza Pahlevi, wir bewaffneten, trainierten und bezahlten seine verhasste Nationalgarde Savak. Diese versklavte und terrorisierte das iranische Volk, um die Finanzinteressen unserer Mineralölkonzerne zu schützen. Ist es nach all dem schwer sich vorzustellen, dass es im Iran Menschen gibt, die uns hassen? Das Gleiche haben wir in Chile und in Vietnam getan. Und es ist nicht allzu lange her, dass wir es im Irak versucht haben.

Ist es nicht offensichtlich, wie viele Male wir es in Nicaragua und anderen lateinamerikanischen Republiken getan haben? Nach und nach haben wir die demokratischen Regierungen ersetzt, welche die Reichtümer des Landes unter ihrem Volk aufteilen wollten, das sie geschaffen hatte. Wir haben sie gegen blutrünstige Tyrannen ausgetauscht, die ihr eigenes Volk verkaufen, um ihre Privatkonten zu vergrößern. Das erreichten wir durch Bezahlung üppiger Bestechungsgelder, bis die Reichtümer dieser Länder von Konzernen wie Sugar, United Fruits Company oder Folger ausgebeutet werden konnten.

In einem Land nach dem anderen hat unsere Regierung die Demokratie durch die Diktatur ersetzt. Und deshalb werden wir auf der ganzen Welt gehasst. Und deshalb sind wir

Zielscheibe der Terroristen. Das kanadische Volk genießt Demokratie, Freiheit und Menschenrechte ebenso wie das norwegische oder schwedische. Haben Sie jemals davon gehört, dass die Botschaften dieser Länder bombardiert wurden? Nicht weil wir die Demokratie, Freiheit und Menschenrechte praktizieren, werden wir gehasst. Wir werden gehasst, weil unsere Regierung den Ländern der Dritten Welt diese Prinzipien verweigert, da ihre Ressourcen unseren multinationalen Konzernen Appetit machen. Dieser Hass, den wir gesät haben, wendet sich nun gegen uns in Form des Terrorismus und in Zukunft möglicherweise auch in Form des nuklearen Terrorismus.

Sobald wir aber einmal die Wahrheit ausgesprochen haben, dass seine Bedrohung existiert, und welchen Voraussetzungen sie beruht, wird auch die die Lösung des Problems offensichtlich: Wir müssen unser Tun ändern. Wir müssen uns unserer Waffen entledigen (nötigenfalls unilateral). Das wird unsere Sicherheit verbessern. Ein drastischer Wechsel in unserer Außenpolitik wird ebenfalls der Sicherheit dienen. Anstatt unsere Söhne und Töchter durch die ganze Welt zu schicken, anstatt Araber zu töten, damit wir das Erdöl unter ihren Wüsten ausbeuten können, sollten wir unsere jungen Menschen dorthin schicken, um ihre Infrastrukturen aufzubauen, sie mit Trinkwasser zu versorgen und die ausgehungerten Kinder zu ernähren. Anstatt tausende irakische Kinder mit unseren Wirtschaftssanktionen zu töten, sollten wir den Irakern helfen, ihre Elektrizitätswerke und Wasseraufbereitungsanlagen, ihre Krankenhäuser und alle anderen Strukturen wieder aufzubauen, die wir zerstört haben. Statt Rebellion, Destabilisierung und Mord zu unterstützen, sollten wir die CIA auflösen und das dafür verschwendete Geld Hilfsorganisationen zukommen lassen.

Zusammenfassend heißt das: Wir sollten gut sein statt böse sein. Wer würde uns dann hassen? Wer wollte uns

dann bombardieren?

Dies ist die Wahrheit, Herr Präsident. Und es ist nötig, dass das amerikanische Volk sie hört.

### **Aus der Resolution des City Council of the City of Urbana (Stadtrat von Urbana), US-Bundesstaat Illinois, gegen einen Krieg gegen den Irak**

[...] In Anbetracht dessen, dass die Bürger von Urbana und ihre örtlichen gewählten Vertreter das verfassungsmäßige Recht haben, in dieser Angelegenheit von außerordentlicher Bedeutung für unsere Kommune eine Petition an die Bundesregierung zu richten [...] sei daher hiermit beschlossen, dass wir, die Mitglieder des Stadtrats von Urbana, eine U.S. Invasion in den Irak ablehnen; und [...] dass wir von den Vereinigten Staaten verlangen, 1. im Rahmen der Vereinten Nationen darauf hinzuwirken, dass der Irak entwaffnet wird - und 2. die Verpflichtung unserer Nation auf die Einhaltung des Rechts in allen internationalen Beziehungen zu bekräftigen; und es sei hiermit außerdem beschlossen, dass wir die Regierung der Vereinigten Staaten aufrufen, alle Schritte dahingehend zu unternehmen, dass die UN-Sanktionen gegen den Irak aufgehoben werden; und es sei hiermit außerdem beschlossen, dass wir von den Vereinigten Staaten verlangen, beizutragen zur Milderung und Heilung der Haushaltskrise, mit welcher die Mehrheit der Bundesstaaten konfrontiert ist - sowie (von der Unionsebene) verlangen, dass sie die Bundesmittel für die einzelnen Bundesstaaten, für die Schuldistrikte und für die selbstverwalteten Städte anhebt; und es sei hiermit außerdem beschlossen, dass wir den Bürgermeister/Stadtdirektor anweisen, umgehend Kopien dieser Resolution an Präsident George W. Bush zu senden, an Vizepräsident Richard Cheney, an Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, an die U.S. Senatoren (des Bundesstaats Illinois im Unions-Senat in Washington DC.) Peter Fitzgerald und Richard Durbin, an den U.S. Kongressabgeordneten Tim Johnson, an den Gouverneur des Bundesstaats Illinois, Rod Blagojevich, und an die örtlichen Mitglieder des Landesparlaments und Senats von Illinois.

*Verabschiedet vom Stadtrat von Urbana am 3. Februar 2003 (bis zu diesem Zeitpunkt war Urbana die 64. Stadt in den USA, die einen Beschluss gegen einen Krieg mit Irak gefasst hatte).*



# Cross-Border-Leasing: Ein trojanisches Pferd?

## Der Ausverkauf der Städte und Gemeinden durch dubiose Steuertricks mit amerikanischen Konzernen

Wilhelm Neurohr

*Über 150 finanzschwache Kommunen in Deutschland - meist größere Städte oder Kommunalverbände, aber auch einige Bundesländer - machen wegen ihrer Finanznot derzeit mit amerikanischen Firmen „Millionengeschäfte“ über einen trickreichen Steuerdeal, quasi eine wundersame Geldvermehrung ohne Gegenleistung durch bloßes Hin- und Her-Leasen (Vermieten und Verpachten und sofortiges Rückmieten) von kommunalen Infrastruktureinrichtungen unter Ausnutzung des amerikanischen Steuerrechts. Den deutschen Kommunen verschafft das quasi über Nacht Barwertvorteile in Höhe von 5-7% der Steuerersparnis der amerikanischen Partnerfirmen, also Einmalbeträge in zumeist ein- oder zweistelliger Millionenhöhe. Allein den 20 Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die in ihrer Finanznot solche Cross-Border-Leasing-Geschäfte abgewickelt haben, hat sie rund 350 Mio. Euro in die leeren Kassen gespült.*

In diesem Steuergeschäft mit eigens zu deren Abschreibungszwecken gegründeten amerikanischen Trusts werden vor allem Netze der Abwasserkanalisation, aber auch Kläranlagen, Kraftwerke, Wasserwerke, Müllverbrennungsanlagen, Schulen, Kliniken, Rathäuser, Messehallen und Stadthallen, neuerdings auch Straßenbahn- und U-Bahnnetze sowie Verladebahnhöfe und Fluglinien verleast - meist für 99 Jahre. Gleichzeitig least die Stadt die Anlage für 25, 30 oder 50 Jahre und kauft am Ende dieser Laufzeit alle Rechte für eine etwas verringerte Summe zurück. Die betroffenen Anlagen oder Gebäude müssen einen nennenswerten Betrag abwerfen und deshalb einen Mindestwert in dreistelliger Millionenhöhe als Transaktionsvolumen haben. Der Trust hat die Möglichkeit, seine angebliche Investition steuermindernd abzuschreiben und gibt einen Teil der Ersparnis, den so genannten Barwertvorteil, sofort an den deutschen Vertragspartner ab.

Nicht nur in Deutschland - hier vor allem im Ruhrgebiet, aber auch in Stuttgart und andernorts, wo das Thema die Schlagzeilen der Lokalzeitungen seit Wochen beherrscht -, sondern auch in Österreich und in ande-

ren Ländern ist die kontrovers geführte Diskussion darüber in vollem Gange. Die Niederlande gelten bereits als „komplett verleast“. Die Meinungen über diese Art von kommunaler Finanz- und Haushaltspolitik zur einmaligen Überbrückung von „Haushaltslöchern“ für einzelne Haushaltsjahre, aber mit langfristigen Vertragsbindungen, problematischen Kündigungsklauseln und ungeklärten

Risiken, sind quer durch die Parteien und Aufsichtsbehörden geteilt. Während die Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Miet-Rückmiet-Geschäfte bereits eifrig zur Haushaltssanierung nutzen, hält Bayern diese Leasing-Geschäfte für riskant und unseriös und möchte sie unterbinden. Auch in Sachsen, bisher bevorzugter Tummelplatz für die grenzüberschreitenden Finanzaktivitäten, arbeitet der Innenminister an einer ähnlichen Richtlinie. Große Bedenken haben auch die Finanzsenatoren in Hamburg und Schleswig-Holstein, unabhängig von ihrer unterschiedlichen Parteizugehörigkeit. Vor Ort sind die gleichen Parteien mal dafür und mal dagegen, je

nachdem, ob sie in der Opposition sind oder die Mehrheit stellen und Haushaltsverantwortung tragen.

### Cross Border Leasing

Begriff aus dem Englischen laut Wörterbuch:

Leasing = verpachten, vermieten

Cross = zur Verrechnung ausstellen, über Kreuz/sich kreuzen, Kreuzzeichen machen, überqueren, ausstreichen

Border = Grenze, Rand, grenzen, angrenzen, begrenzen, einfassen (grenzüberschreitend, bis an die Grenze gehen)

Boarder (benutzte falsche Schreibweise) = Einsteigen, besteigen, einem Vorstand angehören, verpflegen, mit Brettern verkleiden

### Riskante, intransparente, unmoralische und sittenwidrige Verträge empören die Bürger

Zur Abwicklung dieser Steuergeschäfte bedarf es einer ganzen Heerschar

spezialisierten Anwälte, Steuerberater, Wertgutachter, Bankberater und Vermittler, um diese Kreislaufgeschäfte mit langen Vertragslaufzeiten nach dem Lease-in-Lease-out-Prinzip (LiLo) so zu arrangieren, dass nach deutschem Recht die Kommune der wirtschaftliche Eigentümer bleibt, aus amerikanischer Sicht aber der Trust. Für die Vermittlung und Einfädelung dieser Steuergeschäfte

stehen als Makler und Dienstleister für die deutschen Kommunen sogenannte „Arrangeure“ bereit, meist in Zweigstellen großer amerikanischer Anwaltskanzleien, z.B. mit Sitz in Frankfurt, oder vom Auto- und Rüstungskonzern Daimler-Chrysler. Für die Vermittlung, juristische Beratung und Vertragsausarbeitung kassieren sie meist einige Hunderttausend Euro, auch dann, wenn die Geschäfte z.B. durch ablehnende Ratsbeschlüsse nicht zustande kommen. So hatte die Stadt Aachen monatelang über die Verleasung ihrer Müllverbrennungsanlage verhandelt, bis der Deal im Sommer 2000 platzte. Sie musste dennoch die Rechnungen von Arrangeuren und Beratern in Höhe von insgesamt 9,5 Mio. Euro bezahlen.

Auch die Aufsichtsbehörden können in Regress genommen werden, wie das Beispiel der sächsischen Gemeinde Oderwitz zeigt: Die Kommunalaufsicht des Landkreises hatte die Finanzierung einer Turnhalle mittels Leasingdeal genehmigt, obwohl sich das Geschäft für die Gemeinde als viel zu ungünstig und teuer herausgestellt hatte. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe entschied, dass nun die Kreisverwaltung die Leasingkosten übernehmen müsse, da der Vertrag nicht kündbar sei. Nicht zuletzt tragen auch die beteiligten Bürgermeister, Kämmerer oder Verwaltungsbeamten ein hohes persönliches Risiko, weil sie beamtenrechtlich persönlich in die Amtshaftung genommen werden können, wenn sie fahrlässig Vertragsrisiken als Mitunterzeichner in Kauf genommen und die Ratsmitglieder nicht hinreichend darüber informiert haben.

Die komplizierten Verträge mit viel Kleingedrucktem haben einen Umfang zwischen 400 und 1700 Seiten und sind ausschließlich in englischer Sprache abgefasst. Den Ratsvertretern sind sie nicht zugänglich, ungeachtet des Informationsanspruches der Entscheidungsträger nach der Gemeindeordnung. Ihnen wird in der Regel nur eine etwa 35-seitige Transaktionsbeschreibung mit den Grundzügen des Vertrages vorgelegt. Die Einsicht in den Originalvertrag wird ihnen zumeist verwehrt, trotz des verbrieften Rechtes auf Akteneinsicht. Das ist überdies eine Verletzung des Demokratieprinzips. Die Entscheider kennen zumeist weder die genauen Konditionen noch den Namen des Investors und Vertragspartners. Die Vertragskonvolute müssen die Bürgermeister vor Ort in New York unterzeichnen, wohin sie zu diesem Zwecke mit ihren Beratern jetten, obwohl sie mit der übergroßen Fülle und Komplexität des Papierberges wenig anfangen können. Gerichtsstand bei Rechtsstreitigkeiten ist ebenfalls New York; es gilt dann das schwer überschaubare amerikanische Recht.

Nicht ganz grundlos sprechen die Kritiker also von sittenwidrigen Verträgen, denn unüberschaubar sind auch die erheblichen Risiken, die für die Kommunen aus solchen Schein- und Luftgeschäften entstehen können. Von den Befürwortern werden sie verharmlost, aber Experten warnen davor - abgesehen von der Frage, ob Geschäfte solcher Art durch die öffentliche Hand moralisch, unmoralisch oder gar sittenwidrig sind.

## **Vertragliche Risiken, Fallstricke und Schadenersatzleistungen bei den Steuertricks**

Da die Kommunen bezüglich der Leasingverträge nur geringe Gestaltungs- und Verhandlungsspielräume haben und ihnen umfangreiche Gewährleistungszusagen abverlangt werden, deren finanzielles Risiko bis zum Vierfachen des Barwertvorteiles betragen kann, warnen die Präsidenten der Landesrechnungshöfe bereits seit Jahren vor einem leichtfertigen Abschluss solcher Verträge. Hinzu kommt die überzogene und überhöhte Wertschätzung der Abwasserkanäle oder sonstigen Infrastrukturanlagen, die zum Verleasen anstehen, um in den Büchern des amerikanischen „Investors“ mit einem möglichst hohen Vermögens- und Abschreibungswert eine positive Bilanz und damit hohe Steuervorteile und Kreditwürdigkeit zu erzielen.

Noch bedenklicher ist die vertragliche Verpflichtung für die Kommunen, die verleaste Anlage für die gesamte Rückmietzeit zu betreiben und dabei keine wertverändernden, sondern nur werterhaltende Maßnahmen vorzunehmen. Niemand kann aber wissen, ob z.B. in 20 oder 30 Jahren etwa bei Müllverbrennungsanlagen überhaupt noch solche Kapazitäten benötigt werden. Es könnte daher sein, dass die Stadt dann Geld in ein überflüssiges System stecken muss, zu Lasten der Gebührenzahler. Bei den Kanalnetzen und Kläranlagen kann keiner voraussehen, ob nicht neue Technologien oder Umweltstandards ganz neue Kanalnetze erfordern oder ermöglichen. Die Stadt müsste dann zum Nachteil der Gebührenzahler an ihrem alten Netz festhalten. Allenfalls müsste oder könnte sie „nach dem Stand der Technik“ Modernisierungserneuerungen am Bestand vornehmen. (Spötter wundern sich, wie die Stadt „aus einem maroden Kanalisationsnetz im Untergrund mit Scheiße und Ratten Gold machen“ könne...).

Ungeklärt ist überdies noch, ob nicht die Stadt die Erlöse dieses Leasing-Geschäftes an die Gebührenzahler als Nutzungsberechtigte der von ihnen finanzierten Anlagen weitergeben muss (die gar nicht gefragt worden sind), anstatt sie zur Haushaltskonsolidierung zu benutzen. Hierzu sind noch Klagen vor Verwaltungsgerichten anhängig. Das Interesse der Politik an solchen Leasing-Geschäften würde auch dann erlöschen, wenn die Millionen aus den Vereinigten Staaten für die gesamte Vertragslaufzeit von Jahrzehnten als Rücklage aufbewahrt werden müssten.

Im übrigen enthalten die Verträge noch vielfältige Fallstricke, z.B. auch durch mietvertragliche Nebenleistungen wie Tragung der Lasten für Wartung, Instandhaltung, Haftung, Versicherung, aber auch Tragung der Wertverlustgefahr oder der Preisgefahr, d.h. Gewährleistung eines „angemessenen“ Gewinns für den US-Investor durch Leistung von Ausgleichszahlungen, wenn dieser aufgrund von Gesetzesänderungen seine Besitzrechte nicht profitabel verwerten kann. Falls die Stadt vorzeitig kündigen oder aus dem Vertrag aussteigen möchte, ist sie ebenfalls verpflichtet, dem Investor die

entgangenen Steuervorteile zu entgelten; dabei macht sie in jedem Fall ein millionenschweres Verlustgeschäft. Des Weiteren sind zu Lasten der Städte noch allerlei schadenersatzpflichtige Ereignisse genannt. Schadenersatzpflicht besteht bei Vertragsverletzungen oder nicht eingehaltenen Sicherheiten einschließlich der Stellung von Kreditsicherheiten, Verpfändung von Einlagenkonten und vieles mehr. Nicht zuletzt räumt sich der Investor allerlei Nutzungsoptionen ein, bis hin zur Herausgabe der Anlage an den Trust, indem der US-Investor sein Besitzrecht durch Eintrag beim Grundbuchamt geltend macht. Obwohl nach deutschem Recht nicht möglich, gibt es nach den Vertragskonstruktionen hier zwei Eigentümer bzw. Besitzer gleichzeitig. Die kommunalen Versicherungsverbände übernehmen keinerlei Haftpflicht für diese windigen Geschäfte.

Die größten Risiken ergeben sich bei jetzt schon voraussehbaren Änderungen des amerikanischen Steuerrechtes. Ursprünglich wurde diese amerikanische Steuerregelung geschaffen, um den Absatz der amerikanischen Flugzeugindustrie im Ausland zu fördern. Es war nicht das Ziel, die Finanzprobleme deutscher Kommunalhaushalte damit zu lösen. Den deutsch-amerikanischen „Finanztricksern“ kann unter Umständen alsbald das Handwerk gelegt werden, da schärfere Gesetze gegen Steuerschlupflöcher auch in Amerika gefordert und bereits im Kongress debattiert werden. Was danach auf die deutschen Kommunen zukommt, ist noch gar nicht absehbar. Sie liefern sich amerikanischem Recht aus, mit all seinen Unwägbarkeiten und ohne auf das Rechtsleben dort Einfluss nehmen zu können. Die Kommunen sehen in ihrer Verzweiflung und Kurzsichtigkeit nur den „Befreiungsschlag“ im laufenden Haushaltsjahr und gehen Jahr für Jahr neue Risiken ein, bis die gesamte Infrastruktur verleast oder kommerzialisiert worden ist. Leistungen an die Bürger der Stadt werden auf diese Weise in Unsicherheit gebracht.

### **Die Bürger begehren auf: Breite Protest- und Widerstandsbewegung**

36 Mrd. Euro haben deutsche Kommunen nach Angaben des Innenministeriums NRW auf diese Weise bereits nach Übersee verleast. Kritiker befürchten, dass sich bei diesem „globalen Abkassieren“ die Städte an die US-Investoren ausliefern. In der Bürgerschaft bildet sich jedenfalls eine breite Widerstands- und Protestbewegung gegen diese windigen Steuerdeals. Überall in Deutschland wächst der Volkszorn auf diese dubiosen Geschäfte; Zweifel und Skepsis über den „Ausverkauf von Bürger Eigentum nach Amerika im Zuge der Globalisierung“ werden immer lauter.

In der Bürgerschaft entwickelt sich inzwischen massiver Widerstand bis hin zu den ersten Bürgerbegehren und Verwaltungsgerichtsverfahren. Sie verlangen „Aufklärung der dunklen Kanäle zur Finanzierung der klammen kommunalen Kassen“. Es formiert sich eine breite Bewegung gegen die befürchtete Auslieferung der Städ-

te an US-Investoren, die vom BUND über Attac und ver.di bis zum Bund der Steuerzahler und zahllosen örtlichen Bürgerinitiativen, Mietervereinen und Bündnissen unter Mitwirkung der evangelischen Kirchengemeinden reicht.

In Kulmbach war das erste Bürgerbegehren gegen solche Leasing-Steuer Geschäfte erfolgreich; in Recklinghausen („Nix mit Abwassertricks“) wurden innerhalb von 2 Wochen über 6000 Unterschriften gesammelt und über eine bundesweit ausgestrahlte Monitor-Sendung das Thema und der Bürgerwiderstand publik gemacht; in Bochum kamen ebenfalls über 15.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren zusammen. In Stuttgart wurde bereits 1999 ein Vertrag für drei Klärwerke und im Dezember 2002 ein weiterer für das Kanalnetz unterzeichnet, die 35 Mio. Euro eingebracht haben; jetzt hat sich dort der Widerstand formiert. Weitere Leasing-Geschäfte gingen auch die Städte Ludwigsburg, Ulm und Mannheim ein sowie der Zweckverband Abfallbeseitigung Ulm. Interessant wird das Geschäft erst für Kommunen ab 50.000 Einwohner aufwärts.

Die empörten Bürger verlangen die Öffnung der Verträge und die Bekanntgabe der beteiligten Banken, Arrangeure und ihrer Gewinne und Provisionen. Sie pochen auf das Informationsfreiheitsgesetz und die versprochene Transparenz in der Kommunalpolitik. Die Gemeindefinanzierung müsse von dubiosen Geschäften freigehalten werden können - Stichwort: „Bürgerhaushalt“ (Siehe Beitrag über das drohende Ende der kommunalen Selbstverwaltung in diesem Heft). In Recklinghausen ließ sich die Bürgerinitiative „Nix mit Abwassertricks“, in der auch der Autor dieses Beitrages mitarbeitet, etwas besonderes einfallen: In einer Theaterwerkstatt wurde ein riesiges hölzernes Pferd gebaut, um das sich ein Theaterstück unter der Regie des evangelischen Industrie- und Sozialpfarrers Dr. Hans Hubberts rankte: Die Parallele zwischen Troja und Recklinghausen wurde hergestellt: Durch Werte wie das Recklinghäuser Kanalsystem und die übrige Infrastruktur der deutschen Kommunen eigne sich die amerikanische Investmentgruppe Sicherheiten für Kredite an, mit denen am Weltmarkt aggressiv spekuliert werde und die auch der Rüstungsindustrie zugute kämen. Zum Schluss stürmten schwarze Gestalten aus dem trojanischen Pferd, um die Stadtmauern niederzureißen.

Gemeint waren auch die Mauern, die das Denken behindern, das soziale Ideen für eine kreative Zukunftsgestaltung für die Kommunen entwickeln soll - ein Denken, das an den Wurzeln der eigentlichen Probleme ansetzt, anstatt in suizidähnlicher Form sich in den Ausverkauf des Gemeinwesens und damit ins Unglück zu stürzen: ein geistiges und soziales Armutszeugnis.

# Was kann Europa sein?

Christoph Strawe

Welche Rolle spielt Europa in der Welt von heute? Sind die Europäer die Hilfstruppen der Vereinigten Staaten? Der Kriegskurs des US-Empire hat die Aktualität dieser Frage erneut deutlich gemacht. Er hat gezeigt, dass ein großer Teil der europäischen Länder eine eigenständige Rolle wünscht, aber zugleich auch, dass die dazu nötige Einigkeit über die Rolle Europas derzeit schwer zu erzielen ist. Aber selbst wenn sie erreicht würde:

es bleibt dann die Frage, ob Europa selber eine Supermacht in der Welt werden will oder ob es sich als eine Kraft versteht, die - aus ihren eigenen Idealen und geschichtlichen Erfahrungen heraus - das Machtprinzip in der Weltpolitik in Frage stellt und konsequent eine Vermittlungs- und Friedensaufgabe sucht. Das wäre unvereinbar mit dem gegenwärtigen Bild eines Konzern-Europas,

das vorne mitspielt, um zu den Gewinnern der neoliberalen Globalisierung zu gehören, und das zudem noch durch besondere bürokratische Regelungswut „glänzt“.

Die Globalisierung ist von Europa ausgegangen. Wenn sie tatsächlich dazu führen soll, dass die Menschheit ein solidarisches Ganzes freier Individuen wird, dann darf sie nicht länger durch imperiale Machtansprüche und durch Profitinteressen bestimmt sein. Weil für diese Verformung der Globalisierung Europa historische Schuld trägt, trägt es auch eine große Verantwortung für ihre Überwindung. Das aber hieße, den wahrhaft europäischen Impulsen der individuellen Menschenrechte und der Subsidiarität zum Durchbruch zu verhelfen. Diese sind keine partikular-kontinentalen Gesichtspunkte, sondern Ziele des allgemein und gerade damit individuell Menschlichen.

Europa steht hier vor Entscheidungen - nicht nur durch die gegenwärtige Krise der internationalen Beziehungen, sondern auch dadurch, dass die Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO im September in eine entscheidende Phase kommen. Zugleich aber vollzieht sich ein europäischer Konstitutionsprozess, bei dem sich entscheidet, welche Rolle die europäischen Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit für die innere Verfassung Europas, genauer gesagt: der Europäischen Union, tatsächlich spielen werden.

## Konvent zur Zukunft Europas

Seit dem letzten Jahr ist der Weg frei für die Osterweiterung der Europäischen Union: Zehn Staaten - Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern und die Slowakei - werden in die EU aufgenommen. Mit Rumänien, Bulgarien und der Türkei wird ebenfalls verhandelt, jedoch noch ohne Terminzusage.

In der Erklärung von Laeken (15.12.2001) haben die

Staats- und Regierungschefs der EU einen Konvent zur Zukunft Europas beauftragt, Vorschläge für eine grundlegende Erneuerung der europäischen Verträge auszuarbeiten und Reformen vorzubereiten, an deren Ende ein europäischer Verfassungsvertrag stehen soll.

Der Konvent soll hierzu ein „Abschlussdokument“ erstellen, das „entweder verschie-

dene Optionen oder - im Falle eines Konsenses - Empfehlungen enthalten kann“. Die Ergebnisse des Konvents dienen „als Ausgangspunkt für die Arbeiten der künftigen Regierungskonferenz, die die endgültigen Beschlüsse fasst“. Diese Regierungskonferenz wird im Jahre 2003 oder 2004 zusammentreten.

Folgende Aufgabenfelder werden in der Erklärung genannt: Bessere Verteilung und Abgrenzung der Zuständigkeiten in der EU // Vereinfachung der Instrumente der EU // Mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz // Wege zu einer Verfassung für die EU-Bürger. - Bei dieser Aufgabenstellung besteht von vornherein die Gefahr eines Zielkonflikts zwischen der Absicht, die Institutionen der Union „handhabbar“ zu machen, und dem Wunsch, Defizite ihrer demokratischen Legitimation zu beheben.

Beiträge aus der Zivilgesellschaft für die Debatte über den Verfassungsvertrag waren ausdrücklich erbeten. Die Initiative Netzwerk Dreigliederung hat sich eingemischt. Wie schon bei der Charta der Grundrechte haben Gerald Häfner, Christoph Strawe und Robert Zuegg Vorschläge ausgearbeitet, die wir hier im vollen Wortlauf dokumentieren. Im Internet sind sie zu finden unter:

[www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/verfassungsvertrag.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/verfassungsvertrag.htm)  
[//www.sozialimpulse.de/pdf-dateien/verfassungsvertrag.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf-dateien/verfassungsvertrag.pdf)  
[// http://europa.eu.int/futurum/forum\\_convention/documents/contrib/other/0388\\_c\\_de.pdf](http://europa.eu.int/futurum/forum_convention/documents/contrib/other/0388_c_de.pdf)

## ZUSAMMENSETZUNG DES EU-KONVENTS

Präsident: Valéry Giscard d'Estaing und 2 Vizepräsidenten

13 Vertreter der Staats- und Regierungschefs der beitrittswilligen Länder

26 Mitglieder der nationalen Parlamente der beitrittswilligen Länder

15 Vertreter der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder

30 Mitglieder der nationalen Parlamente der EU-Länder

16 Mitglieder des Europäischen Parlaments

2 Vertreter der EU-Kommission

# Vorschläge zum Vertrag über eine Verfassung für die Europäische Union

im Rahmen des Diskussionsforums des Konvents für die Zukunft Europas

Gerald Häfner, Christoph Strawe und Robert Zuegg für die Initiative Netzwerk Dreigliederung

## VORBEMERKUNG

In der Erklärung von Laeken (15.12. 2001) haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einen Konvent zur Zukunft Europas beauftragt, Vorschläge für eine grundlegende Erneuerung der Verträge auszuarbeiten und Reformen vorzubereiten, an deren Ende ein europäischer Verfassungsvertrag stehen soll. Dieser Konvent arbeitet nun seit Februar 2002. Für Vorschläge aus der Zivilgesellschaft wurde u.a. ein Forum im Internet eröffnet. Die Initiative Netzwerk Dreigliederung hat bereits in die Debatte über die europäische Charta der Grundrechte mit eigenen Vorschlägen eingegriffen<sup>1</sup>. Sie unterbreitet hiermit eine Reihe von Vorschlägen und Bemerkungen zum geplanten Vertrag über eine Verfassung für Europa.<sup>2</sup> Mit diesen Vorschlägen möchten wir gleichzeitig zum Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft über Fragen der europäischen Verfassungsentwicklung beitragen.

Angesichts des äußerst knappen Zeitplans der Beratungen im Konvent und der sich schon von daher ständig verändernden Ausgangslage hinsichtlich Struktur, Nummerierung und Formulierung des Gesamtentwurfs wie seiner einzelnen Artikel haben wir diesmal - anders als im Falle der Grundrechtecharta - darauf verzichtet, bereits ausgearbeitete Formulierungen oder gar einen eigenen, vollständigen Entwurf zu erarbeiten

und unsere Anregungen vielmehr in allgemeinerer Form formuliert. Dies erleichtert sowohl deren Einbezug in die Diskussion innerhalb des Konvents als auch deren Integration in den dort fortlaufend erarbeiteten Entwurfstext an der jeweils geeignetsten Stelle. Dabei sollten selbstverständlich alle in die gleiche Richtung zielenden Vorschläge anderer Gruppen der Zivilgesellschaft in die Überlegungen mit einbezogen werden und in die Formulierungen einfließen.

Das Projekt eines europäischen Verfassungsvertrags ist für die Entwicklung des Kontinents von größter Bedeutung. Um so wichtiger wäre es, beim Zustandekommen dieses Vertrages den notwendigen Raum für die Mitwirkung der europäischen Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Leider ist der von Anfang an festgelegte Zeitrahmen ein erneutes Beispiel für die Tendenz, Richtungsentscheidungen im Prozess der europäischen Integration unter hohem Zeitdruck zu stellen und damit Fakten zu schaffen. Für die politische Klasse und die bürokratischen Apparate mag das bequem erscheinen. Es ist jedoch zutiefst problematisch, wenn die Europäische Union mehr sein soll als eine ökonomische oder politisch-administrative Zweckallianz, nämlich eine tatsächliche Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsgemeinschaft - gebaut auf gemeinsames Verständnis der Grundlagen und Aufgaben Europas

und auf bewusste und freie Vereinbarung seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir würden es deshalb begrüßen,

## DATEN ZUR ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

**1923: Graf Richard Nicolas von Coudenhove-Kalergi** (1894 – 1972) veröffentlicht seine Schrift „Paneuropa“, in der er Programm und Ziele der im gleichen Jahr von ihm begründeten Paneuropa-Bewegung festlegt.

**1946: Winston Churchill** hält in Zürich eine Rede, in der er die Vision der „Vereinigten Staaten von Europa“ entwickelt.

**1949: Begründung des Europarats.**

**1951: Gründung der Montanunion** (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS) durch die BRD, Frankreich, Luxemburg, Italien, Belgien und die Niederlande gemäß dem 1950 vorgelegten Plan des französischen Außenministers **Robert Schuman**.

**1957: „Römische Verträge“** über die Gründung einer **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft**. Beteiligte sind Frankreich, Italien, die Benelux-Länder und die Bundesrepublik Deutschland.

**1958: Europäisches Parlament.**

**1965: Zusammenschluss von EWG, Montanunion und Euratom zur Europäischen Gemeinschaft (EG).**

**1967: Bildung der Europäischen Kommission** in Brüssel und des **Ministerrats**, bestehend aus den Fachministern der Mitgliedsstaaten, als Exekutivorgane der Europäischen Gemeinschaften.

**1974: Einrichtung des Europäischen Rates.** Der Rat ist heute das institutionalisierte, regelmäßig mindestens zweimal pro Jahr stattfindende Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU), an dem auch der Präsident der Europäischen Kommission als vollberechtigtes Mitglied teilnimmt. Den Vorsitz führt jeweils der Staats- oder Regierungschef desjenigen Mitgliedsstaates, der auch die Präsidentschaft im Rat der EU innehat; die Ausrichtung des Gipfeltreffens obliegt ebenfalls jeweils diesem Staat.

**1979: Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament.** Europäisches Währungssystem (EWS).

wenn der Ausarbeitung mehr Zeit eingeräumt würde, so dass die Bürgerinnen und Bürger Europas von ihren demokratischen Rechten auch tatsächlich Gebrauch machen und sich von allem Anfang an stärker am Verfassungsprozess aktiv beteiligen können<sup>3</sup>.

Der Verfassungsvertrag kann dem gemeinsamen europäischen Haus nur dann ein zeitgemäßes Fundament geben, wenn bei seiner Ausarbeitung die folgenden Grundsätze beachtet werden:

1. Der Verfassungsvertrag darf das Niveau des Grundrechtsschutzes in Europa nicht absenken, sondern sollte es im Gegenteil weiter entwickeln helfen. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union sollte daher als Grundrechtskatalog in den Vertrag integriert werden, so dass die in ihr enthaltenen Grundrechte einklagbar werden. Es wäre wünschenswert, die Charta in einigen Punkten zu erweitern bzw. konsequenter zu formulieren.<sup>4</sup>

2. Der Verfassungsvertrag sollte einen geeigneten Rechtsrahmen schaffen, der allen Menschen ermöglicht, vermehrt Initiative, Selbst- und Mitverantwortung in selbstverwalteten Strukturen zu übernehmen.

3. Subsidiarität besagt, dass öffentliche Aufgaben auf der untersten möglichen Stufe zu regeln und wahrzunehmen sind. Der europäische Verfassungsvertrag sollte diesen Ordnungsgrundsatz im Verhältnis von Europäischer Union und Mitgliedstaaten konsequent umsetzen. Im Bereich nichthoheitlicher Aufgaben der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten ist die Subsidiarität darüber hinaus auch in deren Verhältnis zu freien Initiativen aus der Zivilgesellschaft zu verwirklichen.

4. Die Europäische Union darf kein einheitsstaatliches Gebilde werden. Sie ist weder Bundesstaat noch Staatenbund, sondern ein multinationales staatsrechtliches Gebilde neuen Typs, das primär an den Menschenrechten und der Subsidiarität orientiert ist.

5. Der Verfassungsvertrag sollte die demokratischen Beteiligungsrechte in Europa stärken. Deshalb muss das Ergebnis - auch seiner Bedeutung für das gemeinsame europäische Rechtsbewusstsein entsprechend - einem Referendum der Unionsbürgerinnen und -bürger in den einzelnen Ländern unterstellt werden, so wie es zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft u.a. im Rahmen der „European Referendum Campaign“ gefordert haben<sup>5</sup>.

Ausgehend von diesen Grundsätzen legt die 1989 als Zusammenschluss einer Reihe von Einzelpersonlichkeiten, Organisationen und Institutionen begründete Initiative Netzwerk Dreigliederung die folgenden Vorschläge und Leitlinien vor.

Stuttgart, 28. Februar 2003

Gerald Häfner, Dr. Christoph Strawe, Dr. Robert Zuegg

## DATEN ZUR ENTWICKLUNG DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

**1986:** Beitritt Spaniens und Portugals, die EG umfasst jetzt 12 Mitgliedsstaaten.

**1987: Einheitliche Europäische Akte** tritt in Kraft.

**1992:** Unterzeichnung des **Vertrags über die Europäische Union** in **Maastricht**, der 1993 in Kraft tritt. Vertragspartner sind Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal und Spanien. Die Europäische Kommission wird zur EU-Kommission, der Ministerrat zum Rat der EU.

**1993: Europäischer Binnenmarkt.**

**1997 Vertrag von Amsterdam** (auch „Maastricht 2“ genannt) zur Änderung, Modifizierung und Ergänzung bestehender Verträge und Rechtsakte der Europäischen Union (z.B. institutionelle Ausgestaltung des sog. Schengener Abkommens); 1999 in Kraft getreten.

**1999: Euro-Einführung** durch die elf Länder Deutschland, Frankreich, Italien, die Benelux-Länder, Spanien, Portugal, Österreich, Finnland und Irland.

**2000:** Der EU-Ratsgipfel im Dezember in Nizza proklamiert die **Charta der Grundrechte der Europäischen Union**

**2002:** Ausgabe von **Euro-Münzgold. Erklärung von Laeken.**

## DIE VORSCHLÄGE IM EINZELNEN

Bei der Gliederung der Vorschläge nehmen wir Bezug auf den Vorentwurf des Präsidiums des Konvents vom 28. Oktober 2002.

### ZU TITEL I: DEFINITION UND ZIELE DER UNION, UNIONSBÜRGERSCHAFT

(Präsidiumsentswurf „Definition und Ziele der Union“) Bei der Definition der Ziele der Union sollte deutlich werden, dass sie eine Gemeinschaft souveräner Staaten ist, die dem Frieden, demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Prinzipien und den Grundsätzen der Subsidiarität und der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Ihre vornehmste Aufgabe muss sie in der Schaffung der rechtlichen und tatsächlichen Bedingungen dafür sehen, dass die in ihrer Verfassung proklamierten Grundrechte von jedem Menschen innerhalb der Union auch faktisch wahrgenommen werden können.

Es muss deutlich werden, dass alle Staatsgewalt in der Europäischen Union von den Bürgerinnen und Bürgern ausgeht und in Wahlen, Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt wird.

Es muss an dieser oder einer anderen Stelle des Verfassungsvertrages eindeutig formuliert werden, dass die Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die unabhängige Rechtsprechung an Gesetz und Recht gebunden sind. Gegen jeden, der es unternimmt, die freiheitliche, demokratische und soziale Grundrechtsordnung zu beseitigen, müssen alle Menschen innerhalb der Union das Recht zum Widerstand haben, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Artikel dieses Teils (vorgeschlagen sind im Präsidiumsentswurf 4 Artikel) müssen deutlich machen, dass die Europäische Union kein einheitsstaatliches Gebilde ist. Sie ist weder Bundesstaat noch Staatenbund, sondern ein multinationales und plurales staatsrechtliches Gebilde neuen Typs, das sich primär an den Menschenrechten und an der Subsidiarität orientiert, für alle europäischen Staaten mit gleicher Orientierung offen ist und gemeinsame Probleme gemeinsam zu lösen versucht.

Die Orientierung an den Menschenrechten muss bedeuten, dass die Würde des Menschen unantastbar ist und die höchste Verpflichtung aller staatlichen Gewalt darin besteht, die menschliche Individualität zu achten, zu schützen und in ihrer Selbst- und Mitverantwortung zu fördern. Die Menschenrechte in ihrer dreifachen Ausprägung als individuelle Freiheitsrechte, bürgerliche Beteiligungsrechte und Sozialrechte bringen zugleich die europäischen Grundwerte von Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit zum Ausdruck.

Unter Titel I sollte auch eine ausdrückliche Bekräftigung der UNO-Menschenrechtsdeklaration und der europäischen Menschenrechtskonvention enthalten sein.

Wir schlagen vor, den vom Präsidium für Titel II vorgesehenen Punkt Unionsbürgerschaft hier aufzunehmen. Titel II sollte dann die komplette Charta der Grundrechte enthalten.

---

## ZU TITEL II: GRUNDRECHTE

(Vgl. Präsidiumsentswurf Titel II: Unionsbürgerschaft und Grundrechte)

Es ist in diesem Teil zu differenzieren zwischen allgemeinen Menschenrechten, die allen auf dem Territorium der Union lebenden Menschen zukommen und spezifischen Rechten der UnionsbürgerInnen. Der europäische Verfassungsvertrag sollte sicherstellen, dass die Grundrechte in der gesamten Rechtsordnung der Europäischen Union zum Ausdruck kommen und jegliche staatliche Gewalt an sie gebunden ist und zu ihrer Verwirklichung beizutragen hat. Die vorgängige Überprüfung der Gesetzgebung auf ihre Übereinstimmung mit der Europäischen Verfassung und insbesondere mit den von ihr gewährleisteten Grundrechten ist ebenso sicherzustellen wie eine wirksame nachträgliche Kontrolle durch ein unabhängiges europäisches Verfassungsgericht. Über den Stand der Verwirklichung der Grundrechte in der

Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten ist den Institutionen der Union und der interessierten Öffentlichkeit periodisch Bericht zu erstatten.

Im übrigen verweisen wir gerade zu diesem Titel auf unsere Vorschläge zur Charta der Grundrechte. Auch wenn sich die einzelnen Formulierungsvorschläge durch die Tatsache, dass die Charta in Nizza inzwischen proklamiert wurde, weitgehend erübrigt haben, sehen wir doch an einzelnen Punkten für den jetzt in den Verfassungsvertrag aufzunehmenden Text Nachbesserungsbedarf in der Richtung des von uns damals vorgeschlagenen.

Die Grundsätze des von uns damals als Bestandteil der Charta vorgeschlagene Teils „Prinzipien und Aufgaben der Europäischen Union...“, welcher u.a. die Konkretisierung des Subsidiaritätsprinzips zum Inhalt hatte, gliedern sich in der Logik des jetzt zur Debatte stehenden Verfassungsvertrags größtenteils besser in anderen Passagen in das Dokument ein. Wir kommen an den entsprechenden Stellen auf sie zurück. So fallen die Vorschläge zur Subsidiarität unter Titel III. Vorschläge, die wir im Teil „Grundrechte“ damals zu den demokratischen Beteiligungsrechten gemacht haben, könnten hier auch in „Titel VI: Das demokratische Leben der Union“ behandelt werden.

---

## ZU TITEL III: SUBSIDIARITÄT, ZUSTÄNDIGKEITEN UND TÄTIGKEITSBEREICHE DER UNION

(Präsidiumsentswurf Titel III: Zuständigkeiten und Tätigkeitsbereiche der Union, Art. 7 - 13)

Wir schlagen vor, an den Anfang dieses Teils einen Artikel „Subsidiarität“ zu stellen, welcher - wörtlich oder der Richtung nach - folgendes beinhalten soll:

---

### Art. Subsidiarität

(1) Die EU und ihre Mitgliedstaaten fördern das Ergreifen gesellschaftlicher Aufgaben aus freier Initiative und Verantwortung in allen Bereichen, welche der Gesetzgeber nicht aus zwingenden Gründen staatlichem Handeln vorbehält. Öffentliche Aufgaben sind auf der jeweils untersten möglichen Stufe wahrzunehmen und zu regeln.

(2) Die EU und ihre Mitgliedstaaten schaffen fördernde Rahmenbedingungen, damit die Kultur sich in ihrer Vielfalt frei und selbstverwaltet entfalten kann; sie wahren den Grundsatz der staatlichen Neutralität gegenüber den verschiedenen kulturellen Bestrebungen.

(3) Die EU und ihre Mitgliedstaaten sichern den Grundsatz der vertraglichen Selbstgestaltung des Wirtschaftslebens; sie schaffen geeignete Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige, strukturell und regional ausgewogene, sozialverantwortliche Wirtschaft.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden selbst nicht wirtschaftlich tätig; Ausnahmen regelt das Gesetz.

Zuständigkeiten und Verhältnismäßigkeit sollten in den folgenden Artikeln in Übereinstimmung mit diesen zu Grunde zu legenden Prinzipien beschrieben werden. Hierbei sollte auch aus der Zuständigkeit der Union als Ganzer ausgegrenzt werden, was durch Vereinbarungen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten geregelt werden kann. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten - ebenso wie nichtstaatlichen Organisationen - welche öffentliche Aufgaben erfüllen, alle geeigneten Möglichkeiten und Formen der Zusammenarbeit ausschöpfen, insbesondere die regionale und sozialpartnerschaftliche. Damit würden sie die Selbstverantwortungs- und Selbstverwaltungskräfte der betroffenen Menschen stärken.<sup>6</sup>

Was die vorgeschlagene Kontrolle der Subsidiarität angeht, ist es von entscheidender Bedeutung, dass sie durch unabhängige Organe - am besten durch ein europäisches Verfassungsgericht - erfolgt, so dass bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip erfolgreich Klage geführt werden kann.

Der Gedanke der geteilten Zuständigkeiten ist nicht nur hinsichtlich des Verhältnisses von Mitgliedsstaaten und Union, sondern auch hinsichtlich staatlicher Organe auf Mitglieds- und Unionsebene einerseits und nichtstaatlichen Selbstverwaltungsorganen andererseits zu entwickeln.

---

## ZU TITEL IV: INSTITUTIONEN DER UNION

---

Gerade, wenn eine effektive Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips gewährleistet ist, gibt es keine Vorwände mehr, dem Europäischen Parlament die vollen Parlamentsrechte einschließlich des Budgetrechtes zu verweigern. Das Parlament muss die Kommission wählen (bzw. mit konstruktivem Misstrauensvotum abwählen) und umfassend demokratisch kontrollieren können.

Der Europäische Rat sollte gegenüber Parlament und Kommission die Funktion einer „zweiten Kammer“ haben, bei deren Einspruch ein zu entwickelndes Schlichtungsverfahren zu greifen hätte.

Die Einrichtung eines speziellen Kongresses der Völker Europas sehen wir eher skeptisch, da er die Rechte des Europäischen Parlaments schwächen könnte. Dem in diesem Vorschlag enthaltenen richtigen Gedanken einer unmittelbaren Mitsprache der Völker Europas sollte dagegen durch die entsprechende Ausgestaltung der demokratischen Partizipationsrechte Rechnung getragen werden (siehe Titel VI.).

Es muss sichergestellt werden, dass die Unabhängigkeit des im Präsidiumsentswurf Art. 20 erwähnten Gerichtshofs nicht nur formal, sondern materiell durch die Art des Zustandekommens der Berufung der RichterInnen sichergestellt wird.

Bei der Bestimmung der Aufgabe der Europäischen Zentralbank (Präsidiumsentswurf Art. 22) sollte der Grundsatz gelten, dass die EZB ein Geldwesen fördert, dass der Vermittlung des realwirtschaftlichen Leistungsaus-

tauschs zum Wohle der Menschen dient. Sie sollte nach Kräften zur Überwindung der Verselbstständigung der Finanzmärkte als Orte spekulativer, sich der Sozialbindung entziehender Kapitalbewegungen beitragen.

Generell sollte in diesem Teil festgehalten werden, dass die Institutionen der Union ihre Aufgaben bürgerfreundlich, sachgemäß und wirtschaftlich erfüllen und dass die Aufgaben regelmäßig daraufhin zu überprüfen sind, ob sie notwendig sind und die Art ihrer Erfüllung zweckmäßig ist. Durchführungsqualität und Wirtschaftlichkeit wären laufend zu evaluieren und wo nötig zu verbessern.

**[Zu Titel V: keine Vorschläge]**

---

## ZU TITEL VI: DAS DEMOKRATISCHE LEBEN DER UNION

---

Soweit dies nicht bereits unter dem Titel „Grundrechte“ behandelt wird, sind hier die folgenden Grundsätze aufzunehmen:

- dass alle volljährigen Bürgerinnen und Bürger der Union das Recht haben, an der Gestaltung des staatlich-politischen Lebens ihres Landes und der Europäischen Union auf allen Ebenen teilzunehmen;
- dass dies durch die Ausübung des Initiativ- und Abstimmungsrechtes sowie die Teilnahme an allgemeinen, freien, gleichen und geheimen Wahlen geschieht;
- dass die Chancengleichheit der bei Abstimmungen oder Wahlen konkurrierenden Inhalte oder Bewerber gewährleistet wird.<sup>7</sup>

Bei der Gestaltung des einheitlichen Wahlrechts für die Wahlen zum Europäischen Parlament ist für Chancengleichheit für nicht parteipolitisch gebundene Bewerber Sorge zu tragen; Prozenhürden, welche für sie diskriminierend sind, dürfen nicht vorgesehen werden.

Ferner ist als Grundsatz des demokratischen Lebens der Union das Konsultationsprinzip der trisektoralen Partnerschaft als Instrument der Vorbereitung und Beratung gesetzlicher Regelungen zu beschreiben. Das heißt, dass ein permanenter Diskurs zwischen staatlichen Ebenen der Union, Zivilgesellschaft und Geschäftswelt angestrebt werden sollte. Dabei hat der Grundsatz der Anerkennung der vollständigen Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft zu gelten (kein „TÜV“ für zivilgesellschaftliche Organisationen).

---

## ZU TITEL VII: DIE FINANZEN DER UNION

---

In diesem Teil sollte es eine Bestimmung geben, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten in ihrem Zuständigkeitsbereich für eine umfassende, aufeinander abgestimmte Aufgaben- und Finanzplanung sorgen, Rechenschaft über deren Umsetzung geben und eine Sozialbilanz erstellen.<sup>8</sup>



## ZU TITEL VIII: DAS HANDELN DER UNION IN DER WELT

Hier sollte formuliert werden, dass das Ziel der Union nicht die Schaffung einer weiteren Supermacht in der Welt darstellt, sondern dass die europäische Politik vielmehr auf die friedliche Vermittlung der Gegensätze in der Welt auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit abzielt.

## DIE POLITIKBEREICHE UND DIE DURCHFÜHRUNG DER MASSNAHMEN

Dieser 2. Teil soll nach den Vorstellungen des Präsidiums die Rechtsgrundlagen enthalten. Entsprechend dem, was für den 1. Teil beschlossen wird, sollen hier für jeden Bereich die Art der Zuständigkeit (Titel III) und die anwendbaren Rechtsakte und Verfahren (Titel V) angegeben werden.

Wir machen zu diesem Teil keine Vorschläge im Detail. Ausgehend von der Erfahrung, dass gerade bei der Umsetzung in Verfahrensregelungen und Zuständigkeiten leicht eine Verwässerung oder gar Verzerrung grundrechtlicher Prinzipien eintreten kann, machen wir jedoch für die verschiedenen hier umfassten Bereiche einige Anmerkungen, die sich auf zu vermeidende Kollisionen mit den Werten und Grundrechten der Union beziehen. Außerdem geben an einigen Stellen Hinweise zu Umsetzungsmöglichkeiten.

## ZU A. INTERNE POLITIKBEREICHE UND MASSNAHMEN

### Zu A1. BINNENMARKT

#### I. Freizügigkeit und freier Dienstleistungsverkehr

Der Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs darf nicht im Sinne der Zwangskommerzialisierung öffentlicher Daseinsfürsorge und der Zerstörung solidarischer Formen ihrer Finanzierung missbraucht werden. Sowie wenig wie durch staatliche Bevormundung darf durch Kommerzialisierungszwänge die Freiheit für den Bereich der kulturell-sozialen Beziehungsdienstleistungen behindert werden.

#### Zu II. Freier Warenverkehr

Das Verbot mengenmäßiger Beschränkung darf nicht die Vertragsfreiheit von Wirtschaftspartnern oder von Wirtschaftspartnern und Staat(en) einschränken, sinnvolle Übereinkommen über bedarfsgerechte Produktion zu treffen.

## Zu A3. DIE POLITIK IN ANDEREN EINZELBEREICHEN

### Zu I. Wettbewerbsregeln

Wettbewerb ist eine bestimmte Form der Beziehung zwischen wirtschaftlichen Akteuren. Das Wettbewerbsrecht darf für diese Form der Beziehungen faire Regeln erzwingen, nicht jedoch darf es über das Vertragsrecht gestellt werden. Das Vertragsrecht - als Aspekt der allgemeinen Handlungsfreiheit der natürlichen und juristischen Personen - schließt auch die Freiheit zu nicht-wettbewerbsförmigen Gestaltungen von Beziehungen zwischen wirtschaftlichen Akteuren ein, soweit diese nicht zu Lasten Dritter gehen.

Das Wettbewerbsrecht darf auch nicht über kulturelle und soziale Rechte sowie ökologische Standards gestellt werden. Gleiches gilt für Bestimmungen zum Schutz elementarer Bereiche der allgemeinen Daseinsvorsorge und öffentlicher kultureller und sozialer Leistungen vor ungewünschter Kommerzialisierung bzw. Profitorientierung - gleichgültig, ob diese Leistungen von staatlichen oder von frei-gemeinnützigen Trägern erbracht werden.

### Zu II. Sozialpolitik

Vgl. hierzu unsere Skizze, Art. 19 [Gewährleistung sozialer Sicherheit, Sozialziele]: „(1) Es ist Ziel der Gesellschaft als Ganzer sowie ihrer einzelnen Mitglieder, dass jeder Mensch innerhalb und außerhalb der Europäischen Union an der allgemeinen Entwicklung der Lebensbedingungen in angemessener Weise teilnehmen kann. [...] (4) Im Mittelpunkt der rechtlichen Gewährleistungspflicht der sozialen Sicherheit stehen unabhängig verwaltete sozialpartnerschaftliche Lösungen oder solche gesellschaftlicher Solidarität. Private Initiative und Verantwortung können ergänzend in die Sicherstellung einbezogen werden. Private Vorsorgeformen befreien dagegen nicht von zumutbaren Beiträgen an allgemeine soziale Sicherungseinrichtungen. (5) In Ergänzung zu diesen Formen sozialer Sicherheit kann der Staat auch materielle Beiträge leisten; diese bedürfen einer gesetzlichen Grundlage und richten sich nach den verfügbaren Mitteln.“

### Zu IV. Landwirtschaft und Fischerei, V. Umwelt, VI. Verbraucherschutz, VII. Verkehr, IX. Forschung und technologische Entwicklung

Vgl. hierzu Skizze, Artikel 20 [Umweltschutz, Grundsatz der Nachhaltigkeit; Achtung des Lebens], besonders Absatz 2: „Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind dem Grundsatz der nachhaltigen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verpflichtet. Sie regeln die Verfügbarkeit über die nicht vermehrbaren Güter, wie Boden, Wasser, Luft und Rohstoffe derart, dass ihr Charakter als Lebensgrundlage für die künftigen Generationen gewahrt bleibt und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Beanspruchung der Natur und der Pflege ihrer Artenvielfalt und Erneuerungsfähigkeit entsteht.“

Bei der Umsetzung dieser Prinzipien ist es von größter Bedeutung, von einer antiquierten Industriepolitik Abschied zu nehmen und entschieden den Ausbau der Nutzung regenerativer Energien voranzutreiben sowie die Ressourcenproduktivität zu steigern.

Gleichzeitig ist die ökologische Landwirtschaft in sachgerechter Weise zu fördern. Dies bedeutet zum einen, den Verbraucherschutz - vor allem in Richtung auf eine verantwortungsvolle Mitwirkung der Endverbraucher - zu entwickeln. Zum zweiten geht es um die Förderung von partnerschaftlichen und sozialverantwortlichen Wirtschaftsformen, die ein für nachhaltige Landwirtschaft erforderliches Preisgefüge gewährleisten können.

Diese Frage eines ökonomisch und ökologisch sinnvollen Preisgefüges spielt auch eine große Rolle für die Verkehrspolitik. Hier werden durch Preise, welche nicht die ökologische Wahrheit sagen, permanent falsche Signale gegeben. Balancierte Preise dagegen tragen zur Umverlagerung des Verkehrsaufkommens auf umweltfreundliche Transportmittel (und ebenso zum Abbau sinnloser Formen des long distance trade) bei und führen damit zur Senkung der Umweltbelastungen.

Im Hinblick auf Forschung und technologische Entwicklung sollte die Politik der Union dazu beitragen, eine verantwortliche Technikfolgenabschätzung zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen konkurrenzbedingte Zwänge zu nicht verantwortbarer Beschleunigung von Technikanwendung abgebaut werden. Die Entstehung unabhängiger Organisationen für Forschung und Entwicklung sollte gefördert werden.

---

## Zu A5. BEREICHE, IN DENEN DIE UNION BESCHLIESSEN KANN, EINE UNTERSTÜTZENDE MASSNAHME DURCHFÜHREN

---

### I. Beschäftigung

Vgl. hierzu unsere Skizze, Art. 20, 2 und 3: „Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit dafür ein, dass arbeitsfähige Menschen Aufgaben unter angemessenen Arbeitsbedingungen finden oder entsprechende Verhältnisse selbst schaffen können. - Für Menschen, die keine Möglichkeit dazu haben und deshalb arbeitslos sind oder deren Arbeitsfähigkeit infolge von Krankheit, Unfall oder Invalidität nicht gegeben ist oder die aufgrund ihrer Jugend, ihrer Pflicht zur Erziehung oder Sorge für andere, ihres Alters oder aus anderen gesellschaftlichen Gründen von der Arbeit freigestellt sind, stellen die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten den notwendigen Lebensunterhalt rechtlich sicher; dieser bemisst sich anhand gesellschaftlicher Vergleichbarkeit. Ebenso schaffen sie Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige medizinische Betreuung und Versorgung.“

### II. Gesundheitswesen

Vgl. hierzu Skizze, Art. 20, 6: „Wissenschaftsfreiheit, Methodenpluralismus, Therapiefreiheit und die Selbstbestimmung des Patienten einschließlich freier Wahl von Arzt und Krankenhaus sind generell wie auch innerhalb solidarischer Finanzierungsformen zu gewährleisten.“

---

## B. EXTERNE POLITIKBEREICHE

---

### Zu I. Handelspolitik,

### II. Entwicklungszusammenarbeit,

### V. Abschluss internationaler Übereinkünfte

---

Die Handels- und Entwicklungspolitik der Union sollte sich vom Paradigma des Neoliberalismus lösen. Das heißt auch, Abschied zu nehmen von der pauschalen Forderung nach dem Abbau jeglichen Schutzes. Entwicklungsräume in der Welt brauchen Schutz. Die EU sollte sich an der Suche nach der Schaffung geeigneter Formen des Schutzes von Entwicklung beteiligen, welche dem Charakter der auf Arbeitsteilung und Zusammenarbeit basierenden Weltwirtschaft entsprechen und der Verwirklichung der Grundrechte der beteiligten Menschen dienen.

Internationale Übereinkünfte bedürfen nicht nur der Ratifikation durch das Europäische Parlament, sondern - auf Verlangen eines Mitgliedslandes - auch der Ratifikation durch die nationalen Parlamente und - im Falle einer damit verbundenen Abgabe substantieller Hoheitsrechte - auch einer Zustimmung der betroffenen BürgerInnen in einem Referendum.

Die heutige Situation, dass beispielsweise im Falle der GATS-Verhandlungen der WTO ein einzelner EU-Kommissar (Pascal Lamy) - unterstützt durch ein demokratisch faktisch nicht kontrolliertes Komitee (das Komitee 133) - quasi im Alleingang Entscheidungen oder zumindest Vorentscheidungen mit allergrößter Tragweite für den Grundrechtsbestand in der EU trifft, ist vollständig unhaltbar und muss für die Zukunft strukturell ausgeschlossen werden.

---

## ALLGEMEINE UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

---

Im Zusammenhang mit den Verfahren für die Änderung des Verfassungsvertrags ist eine klare Wesensgehaltsgarantie der in ihm enthaltenen Grundrechte zu formulieren. D.h. der Wesensgehalt der Grundrechte des Verfassungsvertrages ist irreversibel und steht daher auch für verfassungsändernde Mehrheiten nicht zur Disposition.

## ANMERKUNGEN

1 Siehe auch <http://www.sozialimpulse.de/skizze.htm> und [http://www.sozialimpulse.de/Texte\\_html/Subsidiaritaet.htm](http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Subsidiaritaet.htm). Englische Version siehe <http://www.sozialimpulse.de/threefolding.net/textshtml/Charter.htm>

2 Zu den Autoren: Gerald Häfner ist Publizist und gehörte wiederholt dem Deutschen Bundestag an, wo er u.a. im Rechtsausschuss, im Ausschuss Deutsche Einheit und im Europaausschuss tätig war. Als Sachverständiger war er an der Ausarbeitung neuer Landesverfassungen in mehreren Bundesländern beteiligt. - Dr. Christoph Strawe ist Geschäftsführer des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart und als Autor und Vortragender u.a. in Fragen der Demokratie und der Menschenrechte hervorgetreten. - Dr. Robert Zuegg ist als Jurist selbständig tätig und hat im Büro des Ombudsmanns des Kantons Zürich gearbeitet. Er hat für die „Initiative Schweiz im Gespräch“ Vorschläge für die

Revision der schweizerischen Bundesverfassung ausgearbeitet und ist Mitglied des für die Revision der Verfassung des Kantons Zürich verantwortlichen Verfassungsrats.

3 Vorschläge, wie dies geschehen könnte, wurden z.B. von der IG EuroVision gemacht. Vgl.: Über das Entstehen und die Grundstruktur einer Verfassung für die EU als Fundament einer zeitgemäßen Architektur der Vereinigten Staaten von Europa und als deren Beitrag für den Prozess der Globalisierung im 21. Jahrhundert. Skizziert von der IG EuroVision e. V. (Juni 2002) für den Bereich „Bürger und Institutionen“ (J.-L. Dehaene), [http://europa.eu.int/futurum/forum\\_convention/documents/contrib/other/0161\\_c\\_de.pdf](http://europa.eu.int/futurum/forum_convention/documents/contrib/other/0161_c_de.pdf)

4 Wir verweisen noch einmal auf die Vorschläge, die wir seinerzeit hierzu gemacht haben, vgl. Anmerkung 1.

5 <http://www.european-referendum.org/>

6 Vgl. Skizze, Art. 21.

7 Vgl. Skizze, Art. 7.

8 Vgl. Art. 21,4 unserer Vorschläge zur Charta.

# Betrachtungen und Berichte

## DAS DRITTE WELTZOZIALFORUM IN PORTO ALEGRE/BRASILIEN UND DIE GLOBALE ZIVILGESELLSCHAFT

Auf den ersten Blick hätte der Erfolg nicht größer sein können: Zum dritten Weltsozialforum in Porto Alegre in Brasilien waren Ende Januar mit 100.000 TeilnehmerInnen doppelt so viele Menschen gekommen wie im Vorjahr. Ein schier unübersehbares Meer von Fahnen und Transparenten schon auf der Eröffnungsdemonstration. Dass wir selber in diesem Jahr nicht mit einer „Stuttgart Delegation“ angereist waren, sondern als 14köpfige Kerngruppe des „Global Network for Social Threefolding GN3“ aus sieben Ländern, in der gleichzeitig die Initiative Netzwerk Dreigliederung repräsentiert war, passte zu diesem Bild. Dazu kamen noch Freunde von anderen Organisationen, darunter vom Netzwerk Weltweiter Projekte und von Mehr Demokratie e.V. Im Rahmen von „GN3“ wurden die Tage in Brasilien auch zur internen Arbeit genutzt.

### „Olee, Oleeolee Lula!“

Auch die Außenwirkung des Weltsozialforums hatte gegenüber dem Vorjahr noch eine weitere Steigerung erfahren, wozu der „Lula-Effekt“ nicht unwesentlich beitrug. Brasilien hat seit Ende des letzten Jahres einen neuen Präsidenten, den Führer der Arbeiterpartei PT, Luiz Inácio Lula da Silva (kurz: Lula), der - im vierten Anlauf! - mit einer „Regenbogenkoalition“ verschiedener Parteien ins Amt gewählt worden war. Auf ihm ruhen die Hoffnungen so vieler Brasilianer, besonders der Armen und Elenen, auf ein besseres Leben. „Olee, Oleeolee Lula“ tönnten immer wieder die Gesänge, besonders bei der Kundgebung am Rande des WSF im Amphitheater der Stadt,

bei der wir ihn live erleben konnten: persönlich eine sympathische Erscheinung, charismatisch, ein glänzender, zugleich untheatralischer und bodenständig wirkender Rhetoriker. Von Porto Alegre reiste er direkt nach Davos zum World Economic Forum. Dort sagte er, was er in Porto zu sagen versprochen hatte. Aber die Frage, was einer wie Lula tatsächlich heute ausrichten kann, ist offen. Jedenfalls kann er es nicht ohne eine selbstständige zivilgesellschaftliche Bewegung innerhalb des Landes und weltweit.

„Eine andere Welt ist möglich“ - das war und ist das Motto des WSF. Als Forum des freien Dialogs über eine andere Welt ist es entstanden. Es fand jeweils zeitnah zum World Economic Forum statt, der informellen Plattform der Reichen und Mächtigen zum Austausch über die Perspektiven der Weltwirtschaft, war aber Ausdruck der Einsicht, dass es gerade darauf ankomme, nicht in der bloßen Negation des Bestehenden zu verharren. So betrachtet, deutet der Lula-Effekt auch auf eine Gefahr: dass die Zivilgesellschaft sich zum Stillstand verurteilen könnte, indem sie von der Politik erwartet, was sie nur selber tun kann, wenn auch im Bündnis mit Erneuerern in Politik und Wirtschaft.

### Wachsende Breite der Bewegung

Überhaupt ist der äußere Erfolg von Porto Alegre 3 nicht einfach mit qualitativem Fortschritt der Bewegung gleichzusetzen. Selbstverständlich ist es von erheblicher Bedeutung, dass die Bewegung für eine gerechtere Form der Globalisierung im Jahr der Zuspitzung so vieler Entwicklungen, im Jahr der 5. WTO-Ministerkonferenz von Cancun/Mexiko, nicht etwa zurückgedrängt werden konnte, sondern im Gegenteil immer neue Anhänger gewinnt. Aber natürlich sind sich auch manche, die auf den fahrenden Zug aufspringen, nicht über alle As-

pekte der Reise im Klaren. Die neue politische Breite ist daher Chance und Risiko zugleich - und das Risiko heißt Verwässerung der Anliegen. Im Goethe-Institut, beim ersten Treffen der deutschen TeilnehmerInnen - insgesamt über 400 - war eine stärkere Präsenz der großen NGOs, der Gewerkschaften und parteipolitisch gebundener Vertreter gegenüber dem Vorjahr unübersehbar. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske gehörte ebenso dazu wie die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer.

Wegen der großen Teilnehmerzahl musste das Geschehen auf mehrer Orte verteilt werden, was etwas auf Kosten der Dichte der Atmosphäre ging, verglichen mit dem Vorjahr. Man hatte am Hafen der großen Lagune, an der die Stadt liegt, Hallen für Großseminare hergerichtet. Auch die Stände, darunter einer von GlobeNet3, befanden sich da. Die Großveranstaltungen wanderten in die Sporthalle des „Gigantino“, die ca. 15.000 Menschen fasst. Gigantino heißt zu deutsch „das Gigantchen“ oder „der kleine Riese“ - diesen Namen haben Stadion und Sporthalle erhalten, weil es in der Stadt noch eine größere Sportstätte gibt.

Sporthallen-Atmosphäre ist aufrüttelnder Rhetorik und flammender Begeisterung förderlicher als einer Dialogkultur mit besinnlichem Nachdenken. Generell kann man das akzeptieren, auch weil man beeindruckende Auftritte erleben durfte, ich denke z.B. an die Begegnung mit Leonardo Boff, den Schöpfer der Theologie der Befreiung. Trotzdem bleibt das Gefühl einer Asymmetrie zwischen großformatigen und kleinformatischen Veranstaltungen. Gerade diese nehmen am ehesten den Charakter wirklicher Arbeitsbegegnungen an, bei denen sich die TeilnehmerInnen zugleich menschlich näherkommen. Der „Charme“ des WSF bestand im letzten Jahr gerade in der Vielfalt der kleineren Veranstaltungen und der Leichtigkeit ihrer Organisation - man meldete via Internet an und erhielt einen Raum. Eine dicke Zeitung in Englisch und Portugiesisch informierte zuverlässig über das Gesamtprogramm.

### Reibungsverluste als Symptom für Gefahren

Das war diesmal gänzlich anders. Man kam hin, es gab kein Programm und das große Improvisieren begann, das seinen eigenen Reiz hatte. Man musste die Workshops selber annonciieren. Also wurden in großem Stile Wandzeitungen gemalt und Handzettel produziert. Dabei erwies es sich als glücklicher Griff, dass ich kurzfristig noch einen transportablen Drucker angeschafft hatte, der nicht nur für die eigene Delegation, sondern auch als Instrument der Bruderhilfe für andere vom Organisationschaos gebeutelte Gruppen fungierte. Ab Tag 2 gab es dann zwar jeden Tag eine Übersicht in Portugiesisch, deren Zuverlässigkeit ließ allerdings gelegentlich zu wünschen übrig.

Gewiss gibt es für die Pannen nachvollziehbare äußere Gründe, zu denen auch der Weggang von Mitarbeitern der aus der Arbeiterpartei-Hochburg Porto Alegre mit dem neuen Präsidenten in die Hauptstadt zählen dürfte, ebenso wie die Tatsache, dass im Bezirk Rio Grande do Sul - im Gegensatz zu dessen Hauptstadt Porto Alegre - die Arbeiterpartei abgewählt worden war. An-

dererseits sind sie möglicherweise auch ein Symptom für die Situation im internationalen Vorbereitungskomitee. Dieses schaffte es zwar letztlich, die Linie durchzuhalten, dass das WSF keine Stellungnahmen für die beteiligten Organisationen und Menschen abgibt und keine Majorisierungen duldet. Im Vorfeld gab es aber erhebliche Konflikte um diese Punkte, ausgelöst durch Vertreter, die den drohenden Krieg zum Vehikel für die Einführung solcher Stellungnahmen zu machen versuchten. Bei den Vorbereitungen war offenbar die Idee aufgetaucht, man könnte das Forum, um zu verhindern, daß es aus den Nähten platzt, doch zu einer Art globalem Parlament der Zivilgesellschaft machen, wohin Vertreter der regionalen Sozialforen entsandt werden sollten. Auch dies deutet auf die Gefahr hin, dass die Zivilgesellschaft zu einem Abziehbild der politischen Sphäre wird; dabei würde sie ihre Vorreiterrolle als „Kulturkraft“ einbüßen, die sich gerade der Diversität und Individualität verdankt.

### Fruchtbare Workshops

Bei den Workshops wurde wieder viel gute Arbeit geleistet. Die einzige Gefahr hier könnte in einer Zersplitterung in zu viele unverbunde Themen bestehen - das heißt aber nur, dass es eine echte inhaltliche Integrationsaufgabe gibt. Hier lassen sich Erfahrungen austauschen und Arbeitsbeziehungen entwickeln, z.B. wenn eine Vertreterin einer großen brasilianischen Jugendorganisation auf die Erfahrungen von Mehr Demokratie e.V. stößt (vertreten durch Gerald Häfner, Michael Efler und Roman Huber) oder wenn sich Aktivisten über die weltweiten Probleme der Wasserversorgung und des Kampfes gegen ihre Kommerzialisierung austauschen. Bei dem Workshop zu diesem Thema, bei dem auch einige TeilnehmerInnen aus unserer Delegation mitmischten, entstand der Impuls, ein Wasserforum der Globalen Zivilgesellschaft zu begründen.

Ein Workshop unserer Gruppe behandelte die Herausforderung des Neuen Empire und die Antworten der Zivilgesellschaft, die den Imperialismus durch die Schaffung einer neuen Kultur überwinden müsse. 60 Menschen nahmen teil und waren sehr bewegt und beeindruckt von den Gesprächsmöglichkeiten und von den Darstellungen von John Beck zu den wahren Werten Amerikas, von Sharon Baraket über die Friedensarbeit der „Aktivisten für die israelische Zivilgesellschaft“ und von Hans Brodal und Christine Ballivet, die über die Arbeit der FreundInnen in Schweden und Frankreich berichteten. Außerdem gab es einen Workshop über die Neue Kultur der „Kulturell-Kreativen“ und über „Globalisierung und gesellschaftliche Ausgrenzung“.

Ich selbst gab zu Beginn einen recht gut besuchten Workshop über „Globalization and Individualization“. Die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in der sozialen Erneuerung und mit ihnen das Thema Dreigliederung des sozialen Organismus standen direkt im Mittelpunkt, was auf großes Interesse stieß. Die Erfahrung am Stand des Global Network for Social Threefolding war, dass die Leute fragten: Globales Netzwerk, das verstehen wir. Aber was ist soziale Dreigliederung (Social Threefolding)? - und spontan verstanden, wenn

man kurz antwortete. Dreigliederung ist ein naheliegender Gedanke für viele, wenn man ihn entsprechend kommuniziert. Andererseits hatte ich auch das Gefühl, dass vielfach methodischen Möglichkeiten und inhaltlichen Konsequenzen von Dreigliederung unterschätzt werden, gerade weil man sie als etwas längst Bekanntes empfindet, das man nur noch nicht unter diesem Wort gekannt hat. Hier liegen lohnende Aufgaben.

### **Kein Stillstand, kein blinder Aktionismus**

Nächstes Jahr trifft man sich in Indien, was - obwohl bereits letztes Jahr beschlossen - im Vorbereitungskomitee noch einmal hinterfragt worden war. Verständlich wird einem das angesichts der Kommentare der Taxifahrer, die sich gar nicht mehr vorstellen können, dass das WSF nicht bei ihnen zu Hause stattfinden soll. Im übernächsten Jahr werden sie denn auch wieder auf die zusätzliche Kundschaft aus der globalen Zivilgesellschaft rechnen können. Wobei für das Land zu hoffen ist, dass die nur für die Besucher aus Europa günstige Entwicklung der Währungsrelationen sich bis dahin nicht so fortsetzt (im letzten Jahr war der Euro 2 Real wert, jetzt 3).

Wichtig wird auch sein, wie es auf den einzelnen Kontinenten weitergeht, z.B. beim zweiten Europäischen Sozialforum, das vom 13.-17. November in Paris stattfinden soll. Dort wird man sehen können, wie weit es gelungen ist, im September bei der WTO-Konferenz in Mexiko den Fortgang der neoliberalen Form der Globalisierung aufzuhalten. Aber auch, wenn es geglückt sein sollte, Sand ins Getriebe zu werden: Dauerhaft wird ein solches Ergebnis nur sein, wenn es gelingt, den Dialog über eine zeitgemäße Gestaltung der sozialen Verhältnisse zu qualifizieren und zu verstetigen.

---

## **DROHT DAS ENDE DER KOMMUNALEN SELBSTVERWALTUNG?**

---

### ***Streichen und Ausverkaufen: Zur Finanzmisere der existenzgefährdeten Kommunen***

*Wilhelm Neurohr*

Seit Bestehen der Bundesrepublik war die kommunale Selbstverwaltungsebene und damit die Demokratie vor Ort noch nie so wichtig, aber auch noch nie so gefährdet wie heute. Je mehr die Globalisierung mit zunehmender Bedeutungslosigkeit der staatlichen Grenzen, Funktionen und Einflussmöglichkeiten voranschreitet, desto bedeutender wird weltweit die lokale und regionale Ebene der demokratischen Politikgestaltung und des örtlichen Gemeinwesens, die jedoch von Finanznot und vom kommerziellen Ausverkauf akut bedroht sind.

Die Existenzfähigkeit der Städte, Gemeinden und Landkreise steht in Frage, seitdem vor allem steuerpolitische Entscheidungen, aber auch wirtschaftliche Entwicklungen und hausgemachte Fehlentwicklungen die Kommunen in eine immer aussichtslosere Finanzlage

getrieben haben. Die Städte stehen faktisch vor dem Ruin und sind handlungsunfähig, trotz radikaler Einschnitte wie Schließungen vom öffentlichen Hallenbad bis zur Bücherei. Einige Kommunalverwaltungen, wie in der Großstadt Duisburg u.a., finanzieren bereits ihre laufenden Personalkosten rechtswidrig über Kredite.

In Nordrhein-Westfalen sind über 90 % der Städte nicht mehr in der Lage, ihre Ausgaben über reguläre Einnahmen zu bestreiten, wie eine Haushaltabfrage des Städte- und Gemeindebundes ergeben hat. In diesem Jahr fehlen 557 Mio. Euro, die nur durch Verkauf von Vermögen oder durch Kredite aufgebracht werden können. Die Zeitungen titeln: „Pleitegeier kreist über Rathäusern“ oder: „Städte stehen vor dem Offenbarungseid“. 136 von 337 Kommunen in NRW müssen in diesem Jahr bereits Haushaltssicherungskonzepte aufstellen, 74% mehr als im Vorjahr. Nicht sehr viel besser sieht es auch in anderen Bundesländern aus.

### **Reduzierung der kommunalen Handlungs- und Gestaltungsspielräume**

Die Kommunalpolitik hat faktisch keine politischen Handlungs- und Gestaltungsspielräume mehr, da immer mehr Kommunen einem Haushaltssicherungskonzept mit Haushalts- und Ausgaben Sperre unterliegen. Was ursprünglich als Notmaßnahme in Ausnahmefällen angedacht war, ist inzwischen ein Massenphänomen und beinahe die Regel. Die Kommunalpolitik resigniert und manche Kämmerer verzichten sogar auf ihre Haushaltsrede. Sie sehen keine Chance mehr, ihre Lage zu beeinflussen.

Spitzenreiter wie die verarmte Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen verzeichnen inzwischen „Haushaltslöcher“ von 40 bis 60 Mio. Euro bei gleichzeitig 17,2 % Arbeitslosen. Neun Städten im krisengeschüttelten nördlichen Ruhrgebiet (Kreis Recklinghausen) werden nicht einmal mehr die Haushaltssicherungskonzepte genehmigt. Sie haben nicht genügend Masse, um einen Defizit-Ausgleich binnen der gesetzlichen 5-Jahres-Frist zu schaffen. Sie stehen deshalb vor dem Nichts. Die plötzlichen Einnahmeverluste waren selbst für bislang prosperierende Städte in blühenden Wirtschaftsregionen ein dramatischer „Absturz“.

Das Gesamtdefizit aller kommunalen Haushalte in Deutschland beträgt in diesem Jahr über 11 Mrd. Euro; 1998 war noch ein Überschuss von rund 2 Mrd. Euro zu verbuchen. Das gesamte Körperschaftssteueraufkommen der Bundesrepublik stürzte von 23,6 Mrd. Euro im Jahre 2000 auf minus 0,4 Mrd. Euro allein im ersten Halbjahr 2002 ab. Ein ähnliches Desaster besteht auch bei der Gewerbesteuer: Im letzten Jahr sackte sie um 9% ab und liegt nun mit 13,6% im Minus. Die Stadt Norderstedt musste auf 8 Mrd. Euro Gewerbesteuer verzichten, weil die Zweigniederlassung der Opel-Bank eine Organschaft bildete, mit deren Hilfe Gewinne und Verluste mit Tochterfirmen verrechnet werden konnten. Von der Stadt Gelsenkirchen verlangte der Energiekonzern E.on im vorigen Jahr 30 Mio. Euro Körperschaftsteuern zurück, indem er das neue Steuerprivileg nutzte, Firmenbeteiligungen steuerfrei abzugeben.

Mehr noch als in den vergangenen Jahren wird auf diese Situation fast überall mit einer perspektivlosen Politik des kommunalen Ausverkaufs reagiert. Öffentliche Einrichtungen werden geschlossen, öffentliche Unternehmen und Immobilien verkauft, öffentliche Dienste privatisiert und selbst gemeinnützige Dienste kommerzialisiert. Gleichzeitig werden aber auch kommunale Steuern und Gebühren erhöht und wertvolle Grundstücke der Resteverwertung überlassen. Altenheime, Sozialwohnungen und selbst Trauerhallen auf den Friedhöfen werden privatisiert und dem Kommerz überlassen. In großem Stile verlesen klamme Kommunen nun ihr Immobilienvermögen.

Die Zukunft der kommunalen Daseinsvorsorge und damit die Basis des sozialen und demokratischen Gemeinwesens steht in Frage. Der Einfluss der gewählten Ratsgremien und der politischen Öffentlichkeit auf die kommunalen Entscheidungen wird immer geringer. Stattdessen geben Stadtkämmerer und solche neoliberalen politischen Kräfte den Ton an, die in vorausseilendem Gehorsam die Haushalte auf Kosten der Substanz und zu Gunsten kommerzieller privater Verwertungsinteressen entlasten wollen.

Überall im Lande wächst aber auch der Protest gegen diese Politik des Ausverkaufs. In vielen Städten werden Unterschriften gegen die Privatisierung kommunaler Unternehmen gesammelt, Bürgerbegehren gegen die Schließung öffentlicher Einrichtungen oder die Vermietung der Kanalnetze, der übrigen Infrastruktur und Immobilien an amerikanische Investoren eingeleitet (siehe den Beitrag über Cross-Border-Leasing in diesem Heft). Das Bürgerengagement zur Erhaltung der selbstverwalteten örtlichen Daseinsvorsorge - wie sie kommunalverfassungsrechtlich garantiert ist - führt mittlerweile hier und da auch zu Erfolgen nach dem Motto: Eine andere Stadt ist möglich.

### **Gewollte Entdemokratisierung und Kommerzialisierung der kommunalen Ebene durch die Marktfundamentalisten?**

Mit dem bevorstehenden GATS-Abkommen zur Liberalisierung fast aller Dienstleistungen - für das seit Februar die etwas „abgespeckten“ EU-Vorschläge vorliegen - droht den Kommunen jedoch neues Ungemach: Das letzte Wort bei der Entscheidung, ob eine Dienstleistung privatisiert werden soll, haben sie dann nicht mehr selbst. Sie werden dem Markt mehr oder weniger ausgeliefert sein. Die Rede ist bereits von „Enteignung der Kommunen durch Wirtschaftskonzerne“.

Es scheint, als sei der Niedergang der demokratischen kommunalen Selbstverwaltungsebene von den Marktfundamentalisten gewollt. Steuerreform, GATS-Abkommen, allgemeiner Privatisierungsdruck, nach dem Schlechteden öffentlichen Dienstleistungen, gehören zur Strategie. Die Kommerzialisierung und Zentralisierung verbleibender kommunaler Verwaltungsdienstleistungen und der Trend zum „virtuellen Rathaus“ (E-Government/Public-Private-Partnership) ergeben sich als notwendige Folgen.

Die desolote kommunale Finanz- und Haushaltssituation und die damit verbundene Investitionsschwäche sind also ein willkommener und teilweise bewusst herbeigeführter Anlass. An der Verbesserung und Veränderung des Zustandes sind bestimmte Kreise aus Politik und Wirtschaft gar nicht ernsthaft interessiert. Sie behaupten einfach achselzuckend, die Gemeinden hätten allzu lange über ihre finanziellen Verhältnisse gelebt, was allenfalls für Einzelfälle zutrifft.

### **Umfassende Gemeindefinanzreform: Lokale Wirtschafts- und Bürgersteuer**

Die kommunalen Spitzenverbände wie der deutsche Städtetag, der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag schlagen seit Jahren Alarm und fordern eine umfassende Gemeindefinanzreform, die jedoch auf sich warten lässt. Selbst wenn sie käme, dann käme sie eigentlich viel zu spät. Insbesondere die große Steuerreform der Bundesregierung hat durch den Verzicht auf Steuereinnahmen von den Unternehmen und durch Umverteilung öffentlicher Gelder in private Taschen längst zum Ruin der Städte und Gemeinden geführt, denen die Gewerbe- und Körperschaftsteuer als Haupteinnahmequellen ersatzlos „weggebrochen“ ist, mit der Folge, dass sie Steuern an die großen Unternehmen erstatten müssen, statt sie einzunehmen. Die Unternehmen selber entziehen sich der Steuerzahlung oftmals legal durch ihre rechtliche Firmenkonstruktion, die sie an keinem gemeindlichen Standort steuerzahlungspflichtig macht, obwohl sie die gesamte kommunale Infrastruktur an ihren Verwaltungs- und Produktionsstandorten nutzen und belasten.

Dies war im Zuge der Steuerreform durchaus politisch so gewollt, um den deutschen Unternehmen Standortvorteile im globalen Wettbewerb und Standortkonkurrenzkampf zu verschaffen und den Privatisierungsdruck zu erhöhen - mit dem Effekt, dass Deutschland im internationalen Vergleich mittlerweile eine Art Steuerparadies für große Konzerne geworden ist. Nur halbherzig hat die Bundesregierung dem Drängen der Kommunen und ihrer Spitzenverbände nachgegeben, eine Reformkommission für die Gemeindefinanzen einzurichten. Ihre Reformideen beschränken sich weitgehend auf die Aspekte Gewerbesteuer sowie Sozial- und Arbeitslosenhilfe, anstatt eine wirkliche Reform von großer Reichweite anzugehen. Eine solche müsste auch die überfällige Reform des Bodenrechtes einbeziehen, das für die kommunalen Planungs- und Handlungsspielräume von großer Bedeutung ist. (Weitreichende Vorschläge für einen verbrauchsabhängigen Sozialausgleich zur Finanzierung der Sozialsysteme haben Udo Hermannstorfer, C. und H. Spehl veröffentlicht<sup>1)</sup>.)

Die Bertelsmann-Stiftung, die kürzlich an die soziale Verantwortung der Unternehmen für das Gemeinwesen appelliert hat, schlägt demgegenüber eine neuartige Kombination aus kommunaler Bürgersteuer und lokaler Wirtschaftssteuer als kommunale Einnahmequelle vor, ferner eine Modernisierung der Grundsteuer, als Ersatz für die 15% Einkommenssteuer, die den Kommunen jetzt als Zuweisung des Landes zufließen. Mit der neuen Steuer

müssten die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zahlen als vorher, aber sie würde mehr Transparenz und mehr Effizienz kommunalen Handelns ermöglichen, da über die Verwendung der Steuergelder auf kommunaler Ebene entschieden wird.

Durch Abschaffung der Gewerbesteuer und Einführung der lokalen Wirtschaftssteuer würde auch mehr Steuergerechtigkeit entstehen, weil alle wirtschaftlich Tätigen (einschließlich Freiberufler und Landwirte) angemessen an der Finanzierung der von ihnen in Anspruch genommenen Infrastruktur beteiligt würden. Außerdem soll nach dem Konnexitätsprinzip derjenige (z.B. EU, Bund, Länder), der bestimmte Aufgaben bestellt, sie auch bezahlen, statt sie auf die kommunale Ebene abzuwälzen, ohne dass diese die Kosten selber beeinflussen kann. Halbherzige Reformansätze können nach dem Expertenteam der Bertelsmann-Stiftung weder den Verfall der kommunalen Infrastruktur bremsen noch die lokale Politik handlungsfähiger machen. Ziel einer Gemeindefinanzreform müsse nicht nur sein, die kommunale Finanzkrise zu überwinden, sondern auch mehr Transparenz und lokale Demokratie zu ermöglichen.

Die Bundesregierung hingegen, die eine wirksame Neuordnung des Länderfinanzausgleichs verpasst hat, betreibt nun genau die befürchteten halbherzigen Reformüberlegungen, wie z.B. eine Umgestaltung der Gewerbesteuer auf eine reine Gewinnsteuer hin. Diese weitere Aushöhlung der Gewerbesteuer wird von der Gewerkschaft ver.di abgelehnt, deren Vorsitzender Frank Bsirske Mitglied der Gemeindefinanzreformkommission ist. Er plädiert für eine höhere kommunale Beteiligung am Umsatzsteueraufkommen und für eine Stärkung der Grundsteuer. Zwischenzeitlich erwägt die Bundesregierung ein kommunales Investitionsprogramm im Umfang von rund 6 Mrd. Euro, das Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (den 120 ärmsten Städte von Gelsenkirchen bis Görlitz) Geld für beschäftigungswirksame Infrastrukturmaßnahmen bringen soll. Mit dieser geplanten Milliarden-Spritze als Soforthilfe würden jedoch nicht die strukturellen Finanzprobleme der Städte und Gemeinden gelöst, sondern es wäre ein Kurieren an Symptomen mit der Folge neuer Staatsverschuldung. Das Programm hätte den Effekt eines Schmerzmittels bei einem Kranken, dem nur eine Operation helfen kann. Demgegenüber sind die Vorschläge der Bertelsmann-Stiftung ein Schritt in die richtige Richtung.

### **Modellversuch „Bürgerhaushalt“ als Schritt zu mehr Eigenverantwortung**

Seit längerem fördert die Bertelsmann-Stiftung (z.B. in mehreren Städten in Nordrhein-Westfalen) auch den Modellversuch „kommunaler Bürgerhaushalt“ nach dem Vorbild des weltweit bekannten, seit 14 Jahren erfolgreich praktizierten „Bürgerhaushaltes“ in Porto Alegre, dem Treffpunkt der Globalisierungskritiker auf dem „Weltsozialforum“. Der dortige Bürgermeister erhielt - zuletzt auch wegen seines Bürgerhaushaltes - 63% der Wählerstimmen.

Wie funktioniert der Bürgerhaushalt? Die Konsultation der Bürgerinnen und Bürger ist sein wichtigstes Kenn-

zeichen. Zunächst bereitet die Stadt den Haushaltsentwurf so transparent auf, dass er für jeden Bürger verständlich ist und kein Spezialistenwerk für „Eingeweihte“. Dann beginnt ein neuartiges Verfahren zur Haushaltsaufstellung anstelle des alljährlichen Haushaltsrituals: mit Informationsbroschüren für die Bürgerschaft, mit Anhörungen, Fragebogen, Bürgerforen in den Stadtteilen usw. Veröffentlicht werden vollständige Listen über alle freiwilligen Leistungen, Zuschussanträge von Vereinen und gemeinnützigen Trägern sowie Spar- und Verwendungsvorschläge der Stadtverwaltung und der Ratsfraktionen.

Die Bürger unterbreiten eigene Anregungen und Vorschläge für Investitionen wie für Sparmaßnahmen, nehmen eine Punktbewertung und Prioritätensetzungen vor und prüfen, welche städtischen Leistungen sie künftig ehrenamtlich selber übernehmen können oder wollen. Über die Haushaltsdefizite und tatsächlichen Ausgaben legt die Stadt detailliert Rechenschaft ab. Später ist sogar an selbstverwaltete Bürgerbudgets für die Stadtteile gedacht, mit denen teilweise vor Ort eigenverantwortlich gewirtschaftet werden kann. In der Modellstadt Emsdetten (NRW), wo der Rat freiwillige Leistungen einschränken und Rücklagen entnehmen wollte, plädierten die Bürger stattdessen freiwillig für Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer. Die kompetenten Bürgerinnen und Bürger sind viel mehr bereit, Opfer zu bringen und Eigenverantwortung zu übernehmen, als die „Stadtväter“ und Politiker uns glauben machen wollen, die ihr eigenes Anspruchsdenken auf die Bürgerschaft projizieren. In der Stadt Monheim (NRW) haben die beteiligten Bürgerinnen und Bürger durch kreative Verbesserungs- und Sparvorschläge zur Einsparung von über 5 Mio Euro im klammen städtischen Haushalt beigetragen.

Beim Bürgerhaushalt behält der gewählte Rat zwar seine Kompetenzen für das Etatrecht, aber die Gemeindeordnung lässt nicht nur Äußerungen der Bürger zur Verwendung städtischer Gelder zu, sondern schreibt sogar vor, dass die Stadträte wichtige Entscheidungen mit den Bürgern erörtern sollen; dies gilt erst recht in Zeiten knapper Mittel. Ängste der gewählten Mandatsträger vor ihrer vermeintlichen „Entmachtung“ wären fehl am Platze. Die Bürgeraktion „Mehr Demokratie“ in NRW fordert sogar, über wichtige Finanzfragen per Bürgerentscheid abstimmen zu lassen.

### **Kontrast zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum bewegt verschuldete Kommunen zu Verzweiflungstaten**

Doch die Partizipation bei der Haushaltsplanung kann natürlich nicht eine solide Gemeindefinanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ersetzen, wenn die Finanzmittel für das Gemeinwesen, für Soziales und Kultur, nicht aufgebracht werden, weil sie in den privaten Sektor und von dort an die Börsen und Aktienmärkte fließen - zugunsten privater Reichtumsvermehrung. So entsteht ein zunehmender Kontrast zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum.

Viele Kommunen haben ihr „Tafelsilber“ verkauft, nämlich ihr Immobilienvermögen und ihre Anteile an

kommunalen und regionalen Unternehmen. In einem Akt der Verzweiflung begeben sie sich nun mit ihren leeren Kassen und hohen Verschuldungen in neue Abhängigkeiten: Sie vermieten in einem verschachtelten, risikoreichen Leasing-System ihre Kanalnetze, Gebäude, Kläranlagen, Straßenbahnnetze und sonstige Infrastruktureinrichtungen auf Umwegen an amerikanische Firmen, die daraus mit einem Steuertrick hohe Abschreibungsgewinne erzielen können. Einen Bruchteil davon treten sie den verarmten Kommunen als einmaligen Betrag zur Sanierung für ein einzelnes Haushaltsjahr ab. Die dadurch entstehenden Abhängigkeiten - vom faktischen Betrug am amerikanischen Steuerzahler abgesehen - haben viele Bürgerinnen und Bürger wach werden lassen, die sich nun massiv gegen diese Entwicklungen zur Wehr setzen und sich einmischen nach dem Motto: „Eine andere Stadt ist möglich.“ (Siehe hierzu den Beitrag zu Cross-Border-Leasing in diesem Heft.)

### **Bürger ergreifen die Initiative: Global denken - lokal handeln**

Das drohende Ende der kommunalen Selbstverwaltung mit ihren eigenen Gestaltungs- und Verantwortungsspielräumen spüren die Menschen inzwischen bis in die kleinste Gemeinde hinein. Zunehmend setzen sie dem eigenen Initiative entgegen. In Recklinghausen ist ein bundesweites Internet-Bürger Netzwerk „PubliCity“ als Kommunikationsplattform und einflussreiches Diskussionsforum in Vorbereitung, das einen wechselseitigen Informationsaustausch der engagierten Bürgerinnen und Bürger, eine Koordination von Aktionen und eine wirkungsvolle Vernetzung ermöglichen will.

In dieser Zeit muss sich erweisen, welchen Stellenwert die kommunale Selbstverwaltung und ein soziales und gemeinnütziges Gemeinwesen sowie die Basisdemokratie bei den Bürgerinnen und Bürgern genießt und ob sie bereit sind, sich dafür mit Nachdruck zu engagieren. Hoffnungsvolle Ansätze sind erkennbar, denn landauf und landab gerät einiges in Bewegung in der Bürgerschaft. Sie ist auf dem Wege in eine Weltbürgergesellschaft, in der zunehmend die globalen Zusammenhänge und Abhängigkeiten erkannt und durchschaut werden sowie das Zeitnotwendige ergriffen wird.

<sup>1)</sup> Vgl. Rundbrief Nr. 1/1999 bzw. im Internet [www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm](http://www.sozialimpulse.de/lhnnk.htm). Zum Bodenrecht vgl. das Kapitel in U. Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft, Stuttgart 1997.

---

## **DREI SÄULEN FÜR GUTE SCHULEN - EINE PROJEKTSKIZZE**

---

*Henning Kullak-Ublick // Aktion mündige Schule*

**Vorbemerkung:** In diesem Jahr werden eine ganze Reihe von Schlussfolgerungen aus der PISA-Studie gezogen werden. Die Aktion mündige Schule hat einen Aufruf formuliert, Perspektiven einer mündigen Bürgergesellschaft in die Debatte einzubringen. Über das Pro-

jekt soll Ende März auch bei einem Kolloquium am Goetheanum in Dornach gesprochen werden.

### **Ausgangslage**

Im Jahr 2003 werden auf Bundes- und Länderebene eine Vielzahl von Konsequenzen aus dem PISA-Schock gezogen bzw. konkretisiert werden. Da die Änderungen mit einem großen personellen und organisatorischen Aufwand einhergehen, werden sie die Richtung der Bildungspolitik Deutschlands für längere Zeit festlegen. Die öffentliche Diskussion wird von drei unterschiedlichen Voraussetzungen geprägt: Von der Erkenntnis des Scheiterns der zentralistischen Organisation des Schulwesens, was zu der Forderung nach mehr Autonomie der Schulen und mehr Wettbewerb führt; von einem aus dem Wirtschaftsleben auf die Schule übertragenen Ökonomiebegriff, der zu der Forderung nach der „Output-orientierten“ Schule führt; von dem Misstrauen in die Selbstorganisation des Bildungswesens, was in der Einrichtung der „Nationalen Bildungsstandards“ und deren Zusammenführung von staatlichem Zentralismus und industrieller Standardisierung zum Ausdruck kommt. Zusammengefasst bestimmen also die Forderungen nach mehr Wettbewerb, nach nationalen Bildungsstandards und nach einer effizienten Qualitätskontrolle die laufende Debatte.

**Was in dieser Perspektive fehlt** - ist ein Bildungsbegriff, der die „Schule der Zukunft“ als pädagogischen Ort ansieht, in dem - jenseits vordergründiger und einseitiger Zweckbestimmungen - die Entwicklung individueller und sozialer Fähigkeiten der Kinder auf ihrem Weg zum erwachsenen, mündigen und verantwortungsbewussten Menschen im Vordergrund steht - auch fehlt die Erfahrung mit dem Aufbau, der Organisation und der Qualitätsentwicklung selbstverwalteter Schulen.

### **Chance und Verpflichtung**

Da wir es mit einem voraussichtlich weit reichenden Umbruch zu tun haben, besteht gegenwärtig sowohl eine besondere Chance als auch eine besondere Verpflichtung für die Protagonisten eines freien Schulwesens, in die Debatte einzugreifen. Die besondere Chance besteht darin, dass die Debatte überhaupt geführt wird und damit eine Möglichkeit bietet, die langjährigen Erfahrungen der selbstverwalteten Schulen für alle Schulen verfügbar zu machen. Die Forderungen nach Wettbewerb, Standards und Evaluation können dadurch in einen neuen Kontext gestellt werden, der die pädagogische Freiheit - und als deren Voraussetzung die Gleichberechtigung der Schulen in staatlicher und freier Trägerschaft - in die Ideenfindung einbezieht. Die besondere Verpflichtung liegt darin, genau dieses auch zu tun, um das gesamte Schulwesen voranzubringen. Verzichten wir darauf, so geben wir jenen Recht, die die freien Schulen in eine private Nische abdrängen wollen.

### **Die Idee**

Die Befürworter eines freiheitlichen Schulwesens treten - bei voller Wahrung ihrer unterschiedlichen Ausgangs-



punkte - mit einem gemeinsamen Vorschlag an die Öffentlichkeit, der die Leitlinien für ein praktisch umsetzbares Konzept für ein lebendiges und entwicklungsfähiges Schulwesen vorstellt. Ziel ist es, eine zivilgesellschaftliche Alternative zu den nationalen Bildungsstandards in die bildungspolitische Diskussion einzubringen, die auf die Mündigkeit der Eltern und auf die Verantwortungsfähigkeit der LehrerInnen setzt. Mit Hilfe befreundeter Wissenschaftler, PolitikerInnen und anderer bekannter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sollen einige wenige Kernpunkte des Vorschlags in den Mittelpunkt einer öffentlichen Kampagne gestellt werden. Zeitliches Ziel sollte sein, bis zur Mitte des Jahres eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten.

### Drei Säulen

Anknüpfend an das bereits Dargestellte können drei Säulen beschrieben werden, deren Verwirklichung als Voraussetzung für eine substanzielle Erneuerung des deutschen Schulwesens zu sehen ist:

**Qualitätsentwicklung der Schulen:** Statt zentral vorgegebener Standards und deren Überprüfung durch zentrale Institutionen wird ein unterstützendes System schulübergreifender Qualitätsentwicklung eingerichtet, das sich aus drei Elementen konstituiert: Lizenzierung der einzelnen Schule durch eine akkreditierte Institution (Charter). Grundlage der Charter ist ein ausgearbeitetes Schulkonzept. - Die einzelne Schule wird anhand ihres Schulkonzeptes von einer selbst gewählten und dazu autorisierten Institution beraten und evaluiert. - Die beratenden bzw. lizenzierenden Institutionen werden ihrerseits von einem Akkreditierungsrat anerkannt (analog zum Akkreditierungsverfahren für Studiengänge im Hochschulbereich). Qualität lässt sich nicht von oben verordnen, sondern nur in jeder einzelnen Schule, also von unten her und im Konsens der frei zueinander findenden Lehrer/innen und Eltern entwickeln. Ausgangspunkt der Eigenentwicklung können die bisher für die jeweilige Schule geltenden Lehrpläne, Stundentafeln usw. sein. Für deren Weiterentwicklung trägt sie selbst die Verantwortung.

**Die Finanzierung der Schulen:** Die Mittelzuweisung wird durch ein nachfrageorientiertes Finanzierungssystem der Schulen (Schülerkopfbetrag, Bildungsgutschein) ersetzt. An diesem System partizipieren alle genehmigten Schulen - unabhängig von ihrem Träger. Die einzelne Schule muss im Interesse ihrer pädagogischen Freiheit über ihre Mittel für Personal- und Sachausgaben frei verfügen können. Die staatliche und kommunale Finanzierung des Schulwesens bleibt unverzichtbar. Durch dieses Konzept wird die Wahlfreiheit der Eltern gestärkt und gleichzeitig der Wettbewerb der Schulen um Schüler gefördert. Pädagogischer Wettbewerb steht derzeit hoch im Kurs, die Wahlfreiheit der Eltern noch nicht.

**Der rechtliche Status der Schulen:** Alle Schulen, deren Kollegien dies wollen, müssen rechtsfähig werden, also die Lehrplangestaltung autonom in ihren Gremien beschließen, Verträge abschließen, selbstständig über ihr Budget verfügen und alle personellen Ent-

scheidungen selbst treffen können. Dieses Konzept kommt der aktuellen Forderung nach mehr Selbstständigkeit und der Kommunalisierung der Schulen entgegen. In Betracht kommen auch die Körperschaft öffentlichen Rechts oder die Stiftung (wie bei Hochschulen), kirchliche Träger oder der gemeinnützige Verein von Eltern und Lehrern. Andere Rechtsformen sind damit nicht ausgeschlossen, sie werden aber für ein gemeinwohlorientiertes Schulwesen kaum typisch werden.

Die hier beschriebenen Konzepte stellen zunächst eine Diskussionsgrundlage dar. Sinnvoll ist das Projekt nur, wenn es durch die Zusammenarbeit aller Protagonisten eines freien Schulwesens schnell und im Geiste gegenseitiger Achtung umgesetzt wird. Über das weitere Vorgehen werden wir hier regelmäßig berichten.

Kontakt: Aktion mündige Schule eV., Zur Anhöhe 23D-24983 Handewitt, Telefon: 04608-970158, Fax: 04608-970158, E-Mail: [hkullak@freie-schule.de](mailto:hkullak@freie-schule.de), Internet: [www.freie-schule.de](http://www.freie-schule.de)

---

## SEKEM: EINE INITIATIVE, DIE DIE WELT VERÄNDERT

---

*Wolfgang Ritter*

Die Forderung Rudolf Steiners an die Anthroposophen, „werde ein Mensch mit Initiative“, hat Ibrahim Abouleish in wirksamer Weise verwirklicht. Er erkannte die Notwendigkeit einer Veränderung in seinem Land und sah den Weg, der dazu notwendig war. Er erkannte, dass er Neues nicht auf Altes aufsetzen konnte, sondern aus dem Nichts, in der Wüste, beginnen musste. Es war nicht sein Ziel, nur einen landwirtschaftlichen Betrieb aufzubauen, sondern eine notwendige Voraussetzung und ein notwendiger Bestandteil, wenn er den Kulturimpuls Rudolf Steiners nach Ägypten tragen wollte. In dem er sich die ersten zehn Jahre ganz darauf konzentrierte, die Wirtschaftsbetriebe (biologisch-dynamische Landwirtschaft sowie verarbeitende und vertreibende Betriebe) aufzubauen, schuf er die materielle Grundlage für alles Weitere. Erst als diese Betriebe erfolgreich arbeiteten, konnten dann Schritt für Schritt kulturelle und soziale Einrichtungen geschaffen werden. Dabei orientierte sich die Reihenfolge ihres Aufbaus an den Notwendigkeiten des Unternehmens und seiner ländlichen Umgebung. Die Mitarbeiter, oft Analphabeten, bedurften der Aus- und Fortbildung (Bildungsinstitut 1987), Kinder von Mitarbeitern und aus der Umgebung sollten betreut (Kindergarten 1988) und beschult (Schule 1989) werden. Zur Pflege des religiösen Lebens in Sekem entstand eine Moschee (1992). Spätestens mit der Einrichtung eines Medizinischen Zentrums (1996) wurden die Tore weit geöffnet für die Menschen der ländlichen Umgebung, denn es kommt nicht nur den etwa 1.200 Menschen in Sekem, sondern auch den etwa 15.000 Menschen im Umland zugute. Hier werden auch Ärzte und Pfleger in der ganzheitlichen Medizin fortgebildet. Durch

ein Berufsbildungszentrum (1997) bietet man Jugendlichen der Umgebung die Möglichkeit einer Berufsausbildung mit Aussicht auf Anstellung in Sekem. Mit der Akademie für Wissenschaft und Kunst (2000) als Keim für eine freie Universität schließlich nimmt man sich mit ihrer ersten Stufe, der Forschung, den brennenden Problemen des Landes an und öffnet sich den Wissenschaftlern der Welt. Für die Zukunft sind auf dem Sekem-Verwaltungsgelände in der Nähe des Kairoer Flughafens ein Krankenhaus sowie weitere Gebäude für die künftige Universität geplant.

Wenn man nach 25 Jahren fragt, was ist erreicht, so stechen drei Erfolge ins Auge:

1. Sekem hat seinem Land und der Welt vorgeführt, wie man sich durch den biologisch-dynamischen Landbau aus der Abhängigkeit von der chemischen Industrie befreien kann. Der Boden wird nachhaltig fruchtbar erhalten und man vermeidet den Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden. Diese Tatsache überzeugt auch andere Entwicklungsländer, in denen die notwendigen Hände für den biologischen Landbau zahlreich und billig zur Verfügung stehen, das Geld für teure Importe chemischer Erzeugnisse aber oft fehlt.

2. Es ist ein integrativer sozialer Organismus mit Elementen aus der Idee der Dreigliederung Rudolf Steiners auf mikro-sozialer Ebene verwirklicht. Die wirtschaftlichen und die kulturellen/sozialen Betriebe sind unabhängig, auch unabhängig vom Staat, sich selbst untereinander aber freundschaftlich verbunden. Aus den Überschüssen der Wirtschaftsbetriebe werden die Kultur- und Sozialeinrichtungen finanziert. Der Staat, nach der Idee der Dreigliederung zuständig für Politik und Rechtsprechung, wird nicht in Anspruch genommen. Freiheit im Geistesleben ist für die Akademie und die Schule, wenn sie den angestrebten eigenen Lehrplan durchsetzen kann, gegeben. Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben wird durch die gebildeten Assoziationen unter den Geschäftspartnern und durch langfristige Verträge mit den Landwirten gepflegt.

3. In der Akademie sollen sich Wissenschaft, Kunst und Religion durchdringen.

Dr. Abouleish nennt dieses Ziel „die Spiritualisierung der Wissenschaft und Künste“. Damit wird eine Zielvorstellung Rudolf Steiners aufgegriffen. Wichtig erscheint mir dabei die angestrebte Zusammenarbeit mit der Freien Hochschule in Dornach, weil sich auf diese Weise „Zentrum und Peripherie“ fruchtbar ergänzen, Erkenntnisse und Erfahrungen verdichtet werden und die Ergebnisse aller Welt bekannt gemacht werden können. Einen Ansatz trisektoraler Zusammenarbeit erkenne ich in der Kooperation der Sekem Kultur- und Wirtschaftsbetriebe mit der Regierung Ägyptens.

Dr. Abouleish hat den Sozialgestaltungsprozess als einen künstlerischen erkannt und handelt entsprechend. Wie ein Maler von Zeit zu Zeit von der Leinwand zurücktritt, hält er mit seinen Mitarbeitern im Handeln inne und beobachtet erstaunt, was sich entfaltet hat. Die Fähigkeit mitfühlen zu können mit seinen Mitmenschen verschafft ihm Zuneigung, Vertrauen und Achtung. Er ist ein Vorbild und vorbildliche Modelle schafft er durch

verantwortliches Handeln. Nicht Gewinnerzielung ist das Motiv seines Handelns sondern sein soziales Gewissen. Dass die Wirtschaftsbetriebe dauerhaft Gewinn erzielen, ist notwendige Voraussetzung für das Funktionieren des integrativen sozialen Organismus.

Weitere Informationen unter <http://www.sekem.com>

---

## DIE BEDEUTUNG DER WIRTSCHAFT FÜR DIE WELTENTWICKLUNG\*)

---

Bettina Kalambokis

Mündige Konsumentinnen und Konsumenten können immer *dann* zu einer positiven Wertbildung in der Wirtschaft beitragen, wenn sie durch ihren Umgang mit Geld - z. B. beim Einkauf - wirtschaftliche Tätigkeiten unterstützen, die für die geistige und soziale Entwicklung der Menschen fördernde Bedingungen schaffen. Zur Unterstützung eines solch nachhaltigen Konsumverhaltens wurde in Deutschland durch die Bundesregierung denn auch schon ein „Rat für nachhaltige Entwicklung“ eingesetzt. Der von diesem Rat entwickelte „Nachhaltige Warenkorb“ soll den Konsumentinnen und Konsumenten helfen bei der Umsetzung eines nachhaltigen Verbrauches.

In Anbetracht der großen Fragen, vor welchen die aktuelle Weltlage uns alle stellt, wird es immer deutlicher, dass eine Menschheit, deren Glieder wirtschaftlich auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind, für die Schaffung einer menschenwürdigen Zukunft eines grundlegend neuen Denkens bedarf - eines Denkens, welches die Einzel- und Gruppenegoismen zu überwinden vermag. Die Ereignisse unserer Tage zeigen eindringlich die Notwendigkeit, dass Wege gefunden werden müssen, durch welche besonders das anachronistische nationalstaatliche Machtdenken in der Wirtschaft durch ein sich bildendes Menschheitsbewusstsein überwunden werden kann. Nationalstaat bedeutet immer das Vorhandensein von Grenzen und Abgrenzungen. Demgegenüber hat die Wirtschaft aus sich selbst heraus die Tendenz immer weitere, größere Räume zu umfassen, d. h. die Tendenz, dass alle Menschen der Erde wirtschaftlich fair miteinander verkehren. In einer sich selbst nur richtig verstehenden Wirtschaft geht es nicht um Schweizer oder Amerikaner oder Russen, sondern schlechthin um *alle* auf der Erde lebenden Menschen ungeachtet ihrer Nationalität, insofern sie *alle* auf ihre Mitmenschen bezogene Wesen sind, die Fähigkeiten und Bedürfnisse haben.

Durch die heutige weltweite Arbeitsteilung bilden *alle* Menschen der Erde im Prinzip bereits einen sozialen Organismus, wenn auch einen - besonders in der aktuellen Weltlage - schwerkranken mit allen Symptomen von Unter- und Überversorgung seiner Glieder mit der daraus hervorgehenden Bedrohung für alle Menschen. Dies wird so lange so bleiben, bis das selbstversorgerische, einzelbetriebswirtschaftliche und nationalstaatliche egoistische Gewohnheitsdenken der Einsicht

jedes Einzelnen von uns Platz macht, dass die Menschheit in der heutigen Weltwirtschaft eine unteilbare Einheit bildet dadurch, dass in ihr alle Menschen aufeinander bezogene und von einander abhängige Glieder sind und deshalb keiner ungestraft auf Dauer sich Vorteile verschaffen kann, die auf Kosten anderer gehen. Die aus dieser Einsicht hervorgehende Wirtschaft wäre die assoziative Wirtschaftsordnung, welche in diesen Beiträgen schon mehrfach angesprochen wurde. In dieser Wirtschaft würden nicht mehr partikulare Machtinteressen herrschen, sondern es würde „objektiver Gemeinsinn“ wirken, wie Rudolf Steiner diesen gerade in unserer Zeit von uns zu erringenden neuen Sinn u. a. in seinen der Wirtschaft gewidmeten Vorträgen charakterisiert hat. Indem die Menschen in ihrem Denken diesen „objektiven Gemeinsinn“ sich aneignen, werden sie zu mündigen, eigenverantwortlichen Gliedern der Wirtschaft - das heißt zu mündigen Produzenten, mündigen Konsumenten und im Handel zu mündigen Vermittlern zwischen Produktion und Konsum - zu Gliedern der Wirtschaft, die um ihren allseitigen Zusammenhang wissen und die ihre je besonderen Funktionen in Zusammenarbeit, in der Überschau mit der gesamten Wirtschaft gestalten *wollen* und können.

Die große Aufgabe, vor welche die zusammengewachsene Menschheit als Gesamtheit gestellt ist, liegt darin, die Wirtschaft durch ein neues Denken dem durch Einzel- und Gruppenegoismen hervorgerufenen vernunftlosen „blinden Zufall“ zu entreißen und sie durch gemeinsame Vernunft bewusst so zu gestalten, so dass alle Menschen die notwendigen materiellen Bedingungen erhalten, um sich als seelische und geistige Wesen weiterentwickeln zu können.

Die durch handfeste Machtinteressen geschlagene Blindheit wird überwunden werden durch die lebendig gefühlte *Einsicht*, dass im Menschheitsorganismus „kein Mensch Ruhe haben kann im Genusse von Glück, wenn andere neben ihm unglücklich sind“.<sup>\*)</sup>

\*) Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meinradstrasse 1, CH - 8006 Zürich.

<sup>\*\*) Steiner, R.: Vortrag vom 19. September 1918 in Zürich.</sup>

## KOMPLEMENTÄRE WÄHRUNGEN ENTSTEHEN AUCH IN DEUTSCHLAND

### **Regiogeld statt neoliberale Globalisierung**

Thomas Mayer

Vom 8. bis 10. März fand in Priem am Chiemsee der „1. Kongress Regiogeld“ statt. Unter dem Motto „Jenseits der Globalisierung“ kamen 120 Tagungsteilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik zusammen. Anlass war der Start des „Chiemgauers“, der sich als Modellprojekt für die Entwicklung von regionalen Komplementärwährungen in Deutschland versteht.

Komplementärwährungen ersetzen nicht das gesetzliche Zahlungsmittel, sondern sind ein nichtstaatliches Geld, das in begrenztem Umfang das offizielle Geld ergänzt. Weltweit gibt es schon mehrere tausend komplementäre Geldsysteme. Die Zahl wächst rasant. Die größten Regiogelder gibt es zur Zeit in Argentinien, nachdem dort die offizielle Währung den Geist aufgegeben hat.

„Regiogelder sind die Rettungsboote“ für den Fall, dass die offizielle Währung durch überbordende Geldspekulation und wachsenden Umverteilungsdruck durch den Zins und Zinseszins ins Schwanken kommt, führte Margrit Kennedy, eine der Hauptrednerinnen der Tagung, aus. Obwohl immer mehr Geld vorhanden ist, fehle es. Der Staat und die Kommunen werden von einer Schuldenlast erdrückt, die Kluft zwischen arm und reich wird größer. Nur noch zwei Prozent des internationalen Geldverkehrs dient dem Handel, 98% dienen der Spekulation.

„Das Geld ist nicht naturgegeben, die Spielregeln sind gestaltbar. Regiogelder bieten die Chance, den Rahmen für eine nachhaltige und kooperative Wirtschaft zu schaffen“, sagte Christian Gellerie, Initiator der Tagung und Geschäftsführer von „Chiemgau-regional“.

Der Chiemgauer, der im Rahmen eines Schülerunternehmens der Waldorfschule Priem herausgegeben wird, will die regionale Wirtschaft stärken, die Kaufkraft binden und gemeinnützigen Initiativen in der Region bei der Finanzierung helfen. Damit der Chiemgauer im Fluß bleibt, unterliegt er einer laufenden Wertminderung. Man kann mit Chiemgauern ganz normal in Geschäften bezahlen. Rücktausch in Euro ist gegen einen Abschlag von 5% jederzeit möglich.

Das Interesse an Regiogeldern ist erwacht. In ganz Deutschland gibt es inzwischen Initiativen, die ein Regiogeld herausgeben wollen. Doch alles ist noch ganz am Anfang. Nur die Diakonischen Werke in Bethel benutzen schon seit über hundert Jahren ihr „internes Geld“, den „Bethel-Euro“.

Weitere Informationen unter <http://www.freigeld.de> und <http://www.chiemgauer-regional.de>. Thomas Mayer, Omnibus - gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie, Öschstr. 24, D-87437 Kempten, Tel. 0831 /570 76 89, Fax 585 92 02, E-Mail [info@omnibus.org](mailto:info@omnibus.org), Homepage <http://www.omnibus.org>. (Die Omnibus gemeinnützige GmbH ist ein selbstverwaltetes, kulturelles Unternehmen und setzt sich seit 1987 für die Verwirklichung der Direkten Demokratie, d.h. der Volksabstimmung, ein. Der Omnibus fährt von Ort zu Ort und ist in ganz Deutschland als rollende Heimat der Idee der Direkten Demokratie unterwegs. Neben den Aktionen für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung startet und unterstützt der Omnibus Volksbegehren in den Bundesländern und kümmert sich um die Einführung von Regiogeld.)

## SWISSHAND: GRÜNDUNG VON KLEINSTUNTERNEHMEN IN AFRIKA

*Seit Jahren leistet eine Gruppe von Schweizer Unternehmern, mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln, Entwicklungsarbeit. Unser Freund Peter Burri, seit Beginn Mitglied der „Stiftung offene Hand“ (Swisshand), stellte uns den folgenden Bericht darüber zur Verfügung:*

Die „Stiftung offene Hand“, „Swisshand“, ist eine Gründung der Vereinigung Christlicher Unternehmer der Schweiz, VCU. „Swisshand“ ist seit 25 Jahren in den ärmsten Ländern der Welt tätig. Von Anfang an stand die Hilfe zur Selbsthilfe im Zentrum. Die Gründung von nachhaltigen Kleinunternehmen ist seit jeher das Ziel.

Überall in der Welt finden wir Menschen, die eine eigenständige Existenz aufbauen wollen. Sie scheitern fast immer am Detailwissen und an der Hürde des fehlenden Zugangs zum Kredit. Dafür entwickelte Swisshand eine heute tausendfach erprobte, effiziente Lösung. Schweizer Unternehmer stellen ihr know how zur Verfügung und bürgen für die Erstkredite

Nach Jahren in Lateinamerika wurde 1995 Ostafrika als neues Projektgebiet von Swisshand gewählt. Seit 1996 laufen Projekte in Tanzania und seit 2000 in Kenya. 2003 kommen Rwanda und Malawi dazu. Es war ein langer Weg zur heutigen Anerkennung und der großen Nachfrage in den ausgewählten Ländern.

Die wesentlichen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Projekt:

Basis ist die intensive Zusammenarbeit von Swisshand, mit einer lokalen Partnerorganisation. Diese muss ein nachvollziehbares Interesse an einer effizienten Armutsbekämpfung und Verbindungen bis zur Basis der Bevölkerung haben. Es werden gemeinsame Zielvorgaben erarbeitet und detaillierte Verträge erstellt. Dann beginnt der Aufbau einer Schule für Unternehmer mit lokalen Lehrern. Der lokale Partner passt die Methodik den lokalen Gegebenheiten an, wählt die Lehrer aus und schult sie.

In Ostafrika sind die Frauen das Zielpublikum, sie sind am meisten benachteiligt. Wichtig für Swisshand: Keine Diskriminierung von Volksstämmen, Rassen und Religionen.

Die Bewerberin muss ein realistisches, kleingewerbliches Vorhaben mit Erfolgchancen im Kleinhandel, einfachen Dienstleistungen, in Hütten-Produktion, Viehzucht oder Frucht-Gemüseanbau haben. Zudem muss sie den Willen zur Arbeit und zur Armutsüberwindung aus eigener Kraft mitbringen.

Nach der Selektion und der Entscheidungsfindung im Projektteam durchlaufen die Bewerberinnen eine unternehmerische Schnellschulung. Gelehrt werden die wichtigsten Bereiche der Unternehmensführung.

Die Absolventin erstellt nach dem Abschluss ihren Businessplan. Danach wird sie kompetent beraten.

Die Kontaktvermittlung zu den lokalen Banken erfolgt durch Swisshand und die Partnerorganisation. Wichtig ist die abgeschlossene Ausbildung und der

Businessplan. Die Bürgschaft von Swisshand für den Erstkredit (in Afrika ca. \$ 250) enthebt die Bank des Risikos. Ein geregeltes Rückzahlungssystem schafft Vertrauen für weitere Kredite.

Das Wissen um den Abschluss des Projekts durch Swisshand nach drei Jahren fördert die Selbstverantwortung der Partnerorganisation und der Unternehmerinnen. Danach läuft das Projekt in Selbstverantwortung weiter.

In Tanzania wurde 1996 nach umfangreichen Referenzabklärungen vor Ort mit dem angesehenen und im Land weitverzweigten Frauenverband WAWATA eine intensive Partnerschaft aufgebaut. Sie hat sich sehr bewährt. Begonnen wurde mit zwei Projekten in Njombe und Arusha. Weitere sieben Projekte folgten in den weiteren Jahren.

In Kenya ist die Partnerinstitution die Development Group der einzelnen katholischen Diözesen. Oft sind es nur kirchliche Institutionen, die über genügend Kontakte bis zur Basis verfügen. Auch hier muss jede Diskriminierung vermieden werden.

In Uganda wird der Frauenverband UCW der Partner.

In den sechs Jahren vom Beginn 1996 bis 2002 wurden in Ostafrika 5000 Kredite gewährt. Davon sind 4000 Kredite zurückbezahlt. Verlust gleich null! Die 12 000 Kinder dieser 4000 Unternehmerinnen gehen heute regelmäßig zur Schule und die Mütter sind in der Lage, das Geld für das Schulmaterial aufzubringen. Ein Erfolg!

Zudem ist in Tanzania auf Dorfebene ein Netz von über 400 geschulten Frauenführerinnen entstanden.

Auch die Umgebung dieser Mikrounternehmen zieht vielfältigen Nutzen. Es werden Arbeitsplätze geschaffen, die Leute entwickeln Selbstvertrauen, die Migration in die Städte wird gebremst.

Im August 2002 standen die Ressourcen für sechs neue Regionen in Kenya mit einem Budget von Fr. 306.000,- für insgesamt 2400 Interessentinnen bereit. Der Start ist mittlerweile erfolgt. Projekte in Rwanda und Malawi sind im Aufbau und starten im Jahre 2003.

Swisshand arbeitet mit auf Erfahrung abgestützten Pauschalbudgets. Das hat sich in der Praxis bewährt. Die detaillierten Quartalsberichte, die Finanzrapporte und der laufende Kontakt mit den einzelnen Projektregionen ist wichtig. Ebenso die Projektbesuche durch das nationale Führungsteam und durch die Stiftung Offene Hand.

Alle Verantwortlichen von Swisshand arbeiten ehrenamtlich. Ebenso das nationale Projektkomitee. Die regionalen einheimischen Projektleiter und die Lehrer sowie die Schulung werden bezahlt. Mit den Zinskonditionen wird eine Selbsterhaltung des Kreditfonds angestrebt. Damit wird die langfristige Aktivität gesichert.

Stiftung offene Hand „Swisshand“, Bannhaldenstr. 28, CH -307 Effretikon, Tel/Fax +041 (0) 52 / 343 46 13, E-Mail: [swisshand@aol.com](mailto:swisshand@aol.com), Internet: [www.swisshand.ch](http://www.swisshand.ch)

## „UNSERE WELT IST KEINE WARE!“

### Veranstaltungen mit AktivistInnen der weltweiten Zivilgesellschafts als ein Stuttgarter Beitrag zur weltweiten Anti-GATS-Kampagne

Christoph Strawe

Vom 10. bis 12. Januar dieses Jahres fand in Stuttgart ein öffentliches Teach-in und ein Seminar über „Alternativen zur neoliberalen Weltwirtschaftsordnung“ statt, mit Caroline Lucas, für die britischen Grünen Mitglied im Europaparlament, Jakob von Uexküll, dem Stifter des Alternativen Nobelpreises sowie Udo Herrmannstorfer und Nicanor Perlas, die den RundbriefleserInnen so gut bekannt sind, dass sie hier nicht vorgestellt werden müssen. Mit diesem sehr fruchtbaren Seminar schloss sich zunächst der Kreis der Veranstaltungen, die wir als Stuttgarter Beiträge zur weltweiten Kampagne gegen die WTO durchgeführt haben. Rechnet man die Teilnehmerzahlen aller Veranstaltungen zusammen, dann kommt man auf die beachtliche Zahl von ca. 3200.

#### Was waren die Intentionen?

Im Februar letzten Jahres hatten wir im Forum 3 vom Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien berichtet. Den Geist dieses Forums - bei dem sich 50.000 Menschen unterschiedlichster weltanschaulicher, politischer und sonstiger Orientierung zusammengefunden hatten - wollten wir in unserer Heimatregion und darüber hinaus in der Deutschland und Europa verbreiten helfen.

„Die Welt ist keine Ware“ und „Eine andere Welt ist möglich“, diese beiden Losungen drücken zwei Richtungen aus, in die unser Engagement zielte und zielt.

1. In der heutigen Globalisierung drückt sich die Tendenz aus, dass die Menschheit ein Ganzes werden will. Der Verformung dieses Globalisierungsprozesses durch einen neoliberalen Turbokapitalismus, wie er besonders von der Welthandelsorganisation WTO vorangetrieben wird, wollten wir uns entgegenstellen. Denn diese Version der Globalisierung zerstört in hohem Maße die Möglichkeiten der Menschen, ihre weltweiten sozialen Verhältnisse human und gerecht zu gestalten. Wir wollten mithelfen, eine breite Koalition des gewaltfreien Widerstands zustande zu bringen. Die Zeit drängt, denn schon im September dieses Jahres sollen beim WTO-Gipfel in Cancun/Mexiko unumkehrbare Verhältnisse geschaffen werden.

2. Zugleich macht es keinen Sinn, gegen die Zerstörung von Gestaltungsräumen zu protestieren, wenn nicht gleichzeitig an den Gestaltungsfragen gearbeitet wird. Daher ging es uns besonders auch darum, den Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft über die Konturen einer besseren Welt anzuregen und gelebte Alternativen bekannt zu machen und zu fördern.

Für beide Ziele war es uns wichtig, führende RepräsentantInnen der globalen Zivilgesellschaft zu uns einzuladen, - nicht nur, um von ihren Erfahrungen zu profitieren, sondern vor allem auch, um ihr „Charisma“ für die Impulsierung der Bewegung bei uns wirksam werden zu lassen.

#### Was wurde erreicht?

Die meisten Veranstaltungen fanden im Kulturzentrum Forum 3 statt, vor allem die Seminare. Für die größeren Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen und für die sogenannten Teach-Ins hatten wir unterschiedliche öffentliche Räume in Stuttgart angemietet. Zur Durchführung einer Demonstration samt Kundgebung führte uns unser Engagement auch auf die Straße und in die Innenstadt.

Die Veranstaltungen fanden ein großes Echo. Aus der Erfahrung des unmittelbaren Dabeiseins kann man darüber hinaus feststellen, dass es sich bei den TeilnehmerInnen zum weit überwiegenden Teil keineswegs um „Event-KonsumentInnen“ gehandelt hat. Vielmehr wurden Menschen angezogen, die sich engagieren wollten.

So ist tatsächlich durch die Veranstaltungen eine Art Netzwerk von Menschen entstanden, die im Bewusstsein handeln, gemeinsam unterwegs zu sein, die sich gegenseitig helfen wollen und sich mit gegenseitigem Respekt und warmem Interesse für den anderen begegnen. Insofern drückt sich in der Vielzahl der mittragenden Organisationen tatsächlich aus, dass eine Dynamik der Zusammenarbeit entstanden ist, die auch in Zukunft tragen kann.<sup>1)</sup> Angesichts der kommenden Herausforderungen ist das von größter Bedeutung. Es ist zusammengewachsen, was zusammen gehört. Und damit ist ein Beispiel für Zusammenhalt und Zusammenarbeit innerhalb der Zivilgesellschaft geschaffen worden, das vielleicht Schule machen kann.

Die ReferentInnen haben dazu in jeweils ganz individueller Weise großartige Beiträge geleistet. Maria Mies, Nicanor Perlas, Paul Ray, Martin Khor, Claudia von Werlhof, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Hermann Garritzmann, Vandana Shiva, Maude Barlow, Caroline Lucas, Udo Herrmannstorfer und Jakob von Uexküll. (Ursprünglich hatten ihre Mitwirkung auch zugesagt, doch konnten dann leider nicht teilnehmen: Lori Wallach wegen Arbeitsüberlastung, David Korten aus gesundheitlichen Gründen und Michael Baumann, der völlig unerwartet am 30. Oktober verstarb.) Umgekehrt waren die ReferentInnen sehr angetan von der Qualität der Organisation und dem Engagement der TeilnehmerInnen. Die Arbeitsbeziehungen mit den ReferentInnen sind dadurch noch enger geworden.

Einige Veranstaltungen fanden auch ein gewisses Presseecho. Allerdings zeigen die Erfahrungen mit den Medien, dass es notwendig ist, mit den Mitteln von Veranstaltungen, Publikationen, Internet usw. eine zivilgesellschaftliche Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Je lebendiger diese ist, umso mehr werden auch Mauern des Schweigens durchbrochen.

Beim letzten Seminar waren sich alle TeilnehmerInnen darüber einig, dass nur ein Zyklus von Veranstaltungen zu Ende gegangen war, der Impuls, der ihm zugrunde lag aber weiter wirken muss. Die Formen, in denen das gewachsene Zusammenwirken fortgesetzt werden kann, werden sich finden müssen.

Kurzfristig müssen alle Kräfte mobilisiert werden, um den aktuell gefährlichen Entwicklungen Widerstand leisten zu können. Zugleich geht es um eine längerfristige Perspektive. Die Globalisierung fordert ein neues Den-

ken: Der einzelne Mensch muss im Zeitalter dieser Globalisierung Gestaltungsverantwortung übernehmen können. Der Satz „Eine andere Welt ist möglich“ ist keine Aussage über eine außerhalb und unabhängig von menschlichem Bewusstsein und Handeln gegebene Tatsache. Es ist ein Satz, der durch das erkenntnisgeleitete Handeln vieler einzelner Menschen verifiziert werden muss, die im Bewusstsein des Ganzen ihren jeweils ganz individuellen Handlungsraum ausschöpfen. Dass die Veranstaltungsreihe dazu vielen Mut gemacht hat, ist vielleicht ihr wichtigstes Resultat.

\*) Die Veranstaltungsreihe wurde inhaltlich getragen von: Forum 3 Stuttgart - Attac-Stuttgart - Netzwerk Weltweite Projekte - Initiative Netzwerk Dreigliederung - Initiative Colibri - Kulturzentrum Merlin - Brot für die Welt. Punktuell ging die Zusammenarbeit noch über dieses Spektrum hinaus. So sprach auf der Schlusskundgebung der November-Veranstaltung auch der Vertreter der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Dem ursprünglichen Trägerkreis der Veranstaltungsreihe gehören an: Carol Bergin, Johannes Lauterbach, Jens Loewe, Ingrid Lotze, Gaby Morgenthaler, Ulrich Morgenthaler, Suely Nunes-Loewe, Christoph Strawe und Katrin Zöfel. Im Laufe der zunehmenden Arbeit erweiterte er sich durch: Thomas Autenrieth, Doris Henrichsen, Ulrike Kirsten Hanne, Christine Pfisterer, Danuta Sacher, Gerhard Siegwart, Sabine Wandelt-Vogt und Martin Zeis.

## JAKOB VON UEXKÜLL: INITIATIVE FÜR EINEN WELT-ZUKUNFTSRAT (WORLD FUTURE COUNCIL)

Anfang Januar fand das im Bericht über die Stuttgarter Veranstaltungsreihe „Unsere Welt ist keine Ware“ eingangs erwähnte Seminar mit Caroline Lucas, Jakob von Uexküll, Nicanor Perlas und Udo Herrmannstorfer statt. Bei dem öffentlichen Teach-in und dem Seminar, bei dem er eine Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft, trisektorale Partnerschaft und Dreigliederung“ leitete, sprach der Gründer des Alternativen Nobelpreises, Jakob von Uexküll, auch über die von ihm seit einigen Jahren verfolgte Idee eines Weltzukunftsrates. In den Gesprächen wurde deutlich herausgearbeitet, dass es sich nicht um ein im Sinne von Politik repräsentatives Gremium mit Machtbefugnissen handeln soll, sondern vielmehr um ein freies geistiges Forum, von dem Impulse für eine Gestaltung der sozialen Verhältnisse im Zeitalter der Globalisierung ausgehen. Dem totalen Machtanspruch einer einseitigen Version der Ökonomie sollen Werte als Leitbilder einer menschengerechten Sozialgestaltung entgegengestellt werden. Ein Ensemble anerkannter Persönlichkeiten soll „Ratschläge und moralische Wegweiser für die Zukunft unseres Planeten anbieten und uns auf der wichtigsten Reise begleiten, die die Menschheit je unternommen hat.“<sup>1</sup> Dies ist nicht so zu verstehen, als solle dieses Gremium den Menschen Werte vorgeben. Es soll vielmehr den in vielen einzelnen Menschen lebendigen Werten eine Stimme im globalen Kontext verleihen. Eine weltweite Vernetzung der Parlamentarier („E-Parlament“) soll es möglich machen, Ideen an die Politik heranzutragen, die dann bei der Gestaltung der

Gesetzgebungen entsprechend aufgegriffen werden können.

Nachstehend ein Auszug, aus einem Papier, das die Aufgabenstellung des Weltzukunftsrates beschreibt<sup>2</sup>):

Heute besteht ein dringender Bedarf an einem Rat, der unsere Werte als Weltbürger und nicht nur als globale Konsumenten ausdrückt. [...]

1. Die Herausforderungen, denen die Menschheit heute gegenübersteht, sind geschichtlich beispiellos, sowohl in ihrer Globalität wie in ihren Langzeitwirkungen. Wir haben nie dagewesene Macht über und Verantwortung für gegenwärtige und zukünftige Generationen. Aber von unseren Erfolgen geblendet, haben wir unseren Platz im Gesamtbild des Lebens verloren. Zu einem Zeitpunkt, an dem sogar geologische Zeitskalen moralisch relevant geworden sind, haben wir Glaubensstrukturen Macht verliehen, die keine Langzeitperspektive besitzen, denen Werte unangenehm sind, und die die Gesellschaft nur als ein Durcheinander aus kollidierenden Interessen sehen, bestehend aus menschlichen „Robotern, die blind darauf programmiert sind, die egoistischen Moleküle, die als Gene bekannt sind, zu erhalten“ (Richard Dawkins). Der rasant gestiegene Konsum der letzten vierzig Jahre hat die Reichen nicht glücklicher gemacht. Immer mehr von uns fühlen sich zunehmend unwohl, verloren, wütend und frustriert in einem System, das unsere höchsten Werte für ein Ziel opfert - dem weltweiten Konsum -, das in direktem Konflikt mit der Erhaltung eines lebensfähigen Planeten steht.

2. Unsere Politiker sind Gefangene eines wirtschaftlichen Fundamentalismus geworden, der die Werte und Institutionen untergräbt, auf denen die dringend nötige, aber schmerzliche Wandlung unserer Gesellschaften aufgebaut werden muss. Sie vertreten uns nicht länger als Bürger, sondern nur mehr in unserer (viel engeren) Rolle als Konsumenten. Sie zerstören unser ethisches, soziales und natürliches Kapital, „verkaufen das Familiensilber“, machen alles zu Geld, und wollen für diese angebliche „Schaffung von Reichtum“ auch noch Applaus. Ihre Hauptsorge ist es, dass eines der reichsten Völker der Erde - die Japaner - nicht mehr genug konsumiert... Sie opfern die Kinder der Armen für buchhalterische Gepflogenheiten und Bankenregeln, indem sie fordern, dass die „Schulden“ der Dritten Welt mit Zinsszinsen zurückbezahlt werden müssen. Sie machen durch Genmanipulation das Leben zu einer Ware und reduzieren lebendige Systeme auf ihren materiellen Wert. In den letzten zehn Jahren haben sie sich darauf konzentriert, den internationalen Rechtsschutz von Firmengewinnen zu stärken, auf Kosten der menschlichen, sozialen und ökologischen Grundrechte.

3. Wenig überraschend werden sie mit Zynismus, Desinteresse und heftiger Opposition konfrontiert, weil immer mehr Menschen sich von einem System, das solche verheerenden Entscheidungen trifft, entfremdet fühlen. Wir fühlen uns betrogen von leeren Versprechungen eines „globalen Dorfes“ im Vergleich zur Realität der globalen Konkurrenz und der Einführung von Konkurrenzdenken und Geldhandel in alle Lebens-

bereiche, wodurch Vertrauen und Gemeinschaft zerstört werden. Wir fürchten den Zorn unserer Enkelkinder.

4. Unser modernes Experiment, das zuerst wissenschaftliche und wirtschaftliche Freiheiten gewährt, um sich dann mit Hilfe der Ethik mit den Konsequenzen zu beschäftigen, funktioniert nicht mehr. Wenn wir zunehmende Konflikte und wachsende Umweltbelastungen verhindern wollen, müssen wir die Debatte über unsere Zukunft moralisch neu eröffnen und unsere Werte der Wirtschaft auferlegen und nicht umgekehrt. Wir müssen akzeptierbares Verhalten neu definieren. Die dringende Notwendigkeit eines Übergangs zu einer globalen Kultur der solaren Energien und der Solidarität ist heute der erste moralische Imperativ - denn, wenn wir ihm nicht folgen, gibt es wahrscheinlich bald überhaupt keine Debatten mehr über menschliche Moral. [...]

6. [...] Unser Problem ist nicht ein „Werte-Vakuum“, sondern die Tatsache, dass allgemein anerkannte Werte nicht respektiert werden. Sie werden immer mehr durch den Lärm der Werbung übertönt, die heute die lauteste Stimme hat. Sie setzt schon bei Vorschulkindern an und schafft eine Kultur der permanenten Unzufriedenheit, Unreife und Verantwortungslosigkeit. Die Erklärung der Jugend-Delegation beim ersten „State of the World Forum“ beschreibt die Konsequenzen: „Wir befinden uns zur Zeit in einer weltweiten Geisteskrise auf der Suche nach einem Sinn. Während unsere Zuversicht und unsere Selbstachtung sinken, verlieren Werte wie Freundschaft, Familie, Gesellschaft, Vertrauen und Respekt langsam den Kampf gegen Selbstsucht und das Streben nach materiellen Gewinnen. Es ist schwer zu wissen, an was man heute glauben kann.“

7. Die größte Bedrohung ist nicht die (ohne bald unmögliche) Fortsetzung der gegenwärtigen Politik, sondern die Folgen für unsere Gesellschaft, wenn unsere Eliten ihre Glaubwürdigkeit verlieren und gefolgt werden durch Prediger von Intoleranz und Obskurantismus als Reaktion gegen Materialismus und Marktfundamentalismus. Die Geschichte bietet mehrere Beispiele einer solchen Entwicklung.

8. Uns fehlt eine starke globale Stimme, ein Rat, der unsere gemeinsamen Bürgerwerte vertritt und unsere innere Erkenntnis, dass wir uns auf dem falschen Weg befinden, laut ausspricht. Wir schlagen die Schaffung eines solchen Rates vor, der uns an unsere beispiellose geschichtliche Verantwortung erinnert und eine ethische Überprüfung wichtiger Entscheidungen liefert.

Der Welt-Zukunftsrat soll nicht für andere sprechen, sondern gemeinsame Werte und Ziele darstellen und vertreten - als Bürger, die Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Er würde als Katalysator dienen für eine moralische und intellektuelle Offensive gegen die herrschende Ideologie der globalen Gier. Er würde das Vertrauen in unsere Macht zur Veränderung wiederherstellen, indem es unsere Visionen einer möglichen Zukunft inspiriert und vorantreibt und eine langfristige Perspektive vertritt. Er soll all jene ermutigen, die sich jetzt stumm, befremdet und ausgeschlossen fühlen, soll Zivilcourage schützen und neue Definitionen von Wohlbefinden und Fortschritt entwickeln. [...]

9. Durch seine Betonung gemeinsamer Werte würde uns der Rat an unseren täglichen Verrat an den zukünftigen Generationen erinnern. Er würde einen weltweiten Dialog über Wege zu einer ökologisch haltbaren, gerechten und friedlichen Weltordnung initiieren - weg von dem Grund-Irrtum unserer Kultur, der die Natur als bloßen Mechanismus sieht und das Primat des Materiellen zelebriert.

10. Der Rat würde durch die Qualität seiner Arbeit legitimiert werden. Er würde zuhören, lernen und sich bei regelmäßigen öffentlichen Sitzungen (die das SWR Fernsehen weltweit zu übertragen plant) äußern. Sein Ansehen und seine moralische Stärke werden wachsen, wenn deutlich wird, dass er eine zentrale Lücke in der Struktur der globalen Institutionen füllt. Der Rat würde Initiativen mit ähnlichen Zielen stärken, die das Bewusstsein einer gegenseitigen globalen Abhängigkeit und einer universellen Verantwortung fördern. Er könnte anderen globalen Einrichtungen als wertvoller Berater dienen, wie z.B. dem geplanten E-Parlament, das alle weltweit demokratisch gewählten Parlamentarier elektronisch verbinden soll. Er sollte die Schaffung nationaler, regionaler und kommunaler Zukunfts-Räte anregen, ihnen Ideen bieten und als Bezugspunkt für ihre Arbeit dienen. Er würde sicherstellen, dass die wertvolle Arbeit, die von den globalen Kommissionen der vergangenen Jahrzehnte geleistet wurde, verbunden und weitergebaut wird, und eine permanente Stimme bekommt, anstatt, wie heute, zu den Akten gelegt zu werden.

11. Der Rat sollte aus einem Kern von 50 bis 100 Personen bestehen, die sich jährlich treffen - eine Mischung aus Helden, Weisen und Kreativen aus allen Altersgruppen und Kontinenten. [...] Ein Teil der Ratsmitglieder würde jedes Jahr wechseln.

Jakob von Uexküll

Koordinator Initiative für einen Weltzukunftsrat

Right Livelihood Award, PO Box 15072, S - 10465 Stockholm, E-Mail [info@rightlivelihood](mailto:info@rightlivelihood)

\*) Initiative für einen Welt-Zukunftsrat (World Future Council), Bericht von dem Vorbereitungstreffen in Salzburg, Juni 2001, [http://www.worldfuturecouncil.org/salzburg\\_bericht\\_de.html](http://www.worldfuturecouncil.org/salzburg_bericht_de.html)

---

## BÜRO DREIGLIEDERUNG BERLIN

---

Als Knotenpunkt in der Vernetzung der Dreigliederungsbewegung versteht Sylvain Coiplet das Büro in Berlin, dessen Eröffnung er angekündigt hat und in dem er sich selbst weiterhin der Dreigliederungsarbeit widmen möchte. Er denkt auch daran, im Büro Praktikumsplätze zu schaffen. Geplante Aktivitäten u.a.: weitere Erschließung des Werks R. Steiners zu Dreigliederungsfragen, Ausbau der Internetpräsenz und Studienangebote.

Jeder kann zum Projekt beitragen, sei es durch einmalige Spenden, durch einen regelmäßigen Beitrag ab

jährlich 50 Euro (steuerlich absetzbar) oder durch die Mitarbeit an bestimmten Vorhaben.

Kontakt: Sylvain Coiplet, Institut für soziale Dreigliederung, Choriner Straße 22, D-10435 Berlin, Tel. 030 / 99 26 93 01, E-Mail: [institut@dreigliederung.de](mailto:institut@dreigliederung.de), Internet: [www.dreigliederung.de](http://www.dreigliederung.de)

---

## FRIEDEN VON UNTEN - BÜRGERRÄTE IN ISRAEL

---

Der Ansatz der „Aktivisten für eine israelische Zivilgesellschaft“ (ICS), um die notwendige Grundlage für eine allgemeine zivile, geistig-kulturelle Infrastruktur des „dritten gesellschaftlichen Sektors“ in Israel zu schaffen ist die Gründung von regionalen Bürgerräten (citizens' councils). Diese Räte sollen als eine Art soziales „Rückgrat“ dienen, um einen dritten autonomen kulturell-geistigen Sektor in Israel zu begründen. Der „dritte“ Sektor wird unabhängige zivile (geistig-kulturelle) Einrichtungen brauchen, welche freie Erziehung, Gesundheitsfürsorge, Medien, Umwelt, Forschung und Entwicklung, Kultur und die Künste organisieren, führen und fördern.

Im Aufruf zur Gründung des Rates galiläischer Bürger heißt es: Wir rufen die in Galiläa lebenden Bürger Israels aller ethnischen Abstammungen, aller sozialer und kultureller Hintergründe, alle Geschlechter, Religionen und Nationalitäten auf, dem Rat galiläischer Bürger beizutreten. Dies ist der erste Versuch dieser Art in Israel, eine freie und überparteiliche Bürgerversammlung als Teil einer nationalen Bürgerbewegung zu begründen, die auf einem dreigliedrigen Gesellschaftsverständnis basiert.

Ähnliche Bürgerräte sollen in allen Regionen in Israel begründet werden. Ein Bürgerrat erfasst die Bürger, die für ein bestimmtes Gebiet, für die Interessen der Bürger einer Region je nach Natur der Sache entweder durch Kampf und Protest, als Ergänzung oder in Kooperation mit den örtlichen Regierungen aktiv sein wollen. Der Bürgerrat schafft eigene Verbindungen zu den Vertretern des politischen Sektors und zu den im Bereich des Rates arbeitenden Herstellern, Verbrauchern und Händlern, um eine heute nicht existierende „dritte Stimme“ zu schaffen, für eine wirkungsvolle Interessenvertretung auf allen Ebenen und allen Angelegenheiten.

Der Bürgerrat ersetzt nicht die politische Vertretung. Er schafft vielmehr einen neuen sozialen Raum, frei für zivile Versammlungen und Kooperationen, um wichtige kulturelle, soziale und wirtschaftliche Erfordernisse der Nachbarschaft aufzugreifen, mit denen sich die gewählten Politiker mangels Neigung, Fähigkeit oder Erwartung nicht beschäftigen. Seine Legitimation und seine Autorität kann sich nur aus der Freiheit der Verantwortlichkeit, der Gewissenhaftigkeit und der Initiative der freien Bürger herleiten. Diese verleihen sich selbst die Berechtigung und Glaubwürdigkeit durch ihre freie Initiative. Ihr soziales Engagement ist die Quelle ihrer Initiative.

Der Bürgerrat in Galiläa ist als Piloteinrichtung und Modell für andere Gebiete gedacht. Die Erfahrungen wird man auswerten und in anderen Regionen berücksichtigen.

Der Rat gehört allen Bürgern Galiläas. Entsprechend dem dreigliedrigen Gesellschaftsverständnis gibt es keinen arabischen oder jüdischen Sektor etc., sondern den Sektor der Zivilgesellschaft, an dem alle Bürger teilnehmen, während sie gleichzeitig Teil verschiedener ethnischer, kultureller und religiöser Gemeinschaften sind. Der Rat ist auch nicht die Zusammenfassung der „Vertreter“ verschiedener Organisationen, sondern von freien, autonomen individuellen Bürgern, die sich allein selbst vertreten.

Es sollte sichergestellt werden, dass der Bürgerrat an allen Entscheidungsprozessen, die die Bewirtschaftung der lokalen Infrastruktur (Straßen, Elektrizität, Abwasser, Energie) und der lokalen Naturressourcen (Bergbau, Wasserhaushalt, Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung) betreffen, beteiligt wird. Die übliche Vorgehensweise ist die, dass die Entscheidungen in diesen Angelegenheiten zwischen zwei Parteien vorgenommen werden. Zwischen den lokalen Politikern und der Wirtschaftsleuten. Ausgenommen sind die Vertreter der örtlichen Zivilgesellschaft. Der Rat will nun grundsätzlich dritter Partner bei solchen Entscheidungen sein. Dies betrifft natürlich alle sozialen Angelegenheiten: Erziehung und Kultur; Beziehungen zwischen ethnischen, kulturellen und religiösen Gemeinschaften, Fürsorge und Gesundheitswesen etc.

„ICS - Aktivisten für eine zivile Gesellschaft in Israel“, weitere Informationen auf der englischen Homepage [www.civilsociety.co.il/eng](http://www.civilsociety.co.il/eng)

---

## 100.000 UNTERSCHRIFTEN FÜR BÜRGERENTSCHEID AUF BUNDESEBENE

---

100.000 Unterschriften, gebündelt in 600 an die Abgeordneten adressierten Umschlägen, wurden am 13. März von AktivistInnen von Mehr Demokratie e.V. an Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer und Vertreter der Fraktionen übergeben. Ziel der Aktion ist die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksabstimmungen auf Bundesebene. „Deutschland steht vor einschneidenden Veränderungen. Der Umbau des Sozialstaates, die Neuausrichtung der Bildungspolitik, die Schaffung einer EU-Verfassung - diese und andere Weichenstellungen werden nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden. Die Einführung der Volksabstimmung ist überfällig“, erklärte Mehr Demokratie-Sprecher Gerald Häfner. SPD und Grüne planen, einen neuen Gesetzentwurf in den Bundestag einbringen, nachdem die Einführung der Volksabstimmung zuletzt im Juni 2002 am Nein der Union gescheitert war. Die Forderung nach bundesweiten Volksentscheiden wird auch von 80 Verbänden unterstützt. Weitere Informationen: Ralph Kampwirth, Tel. 0173-6164585 (Pressesprecher Mehr Demokratie e.V.)



# Literaturhinweise

---

## NEUE VERÖFFENTLICHUNG ZUM GATS

---

WEED (Hrsg.): „Die letzte Grenze. GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen in der WTO“. Autor: Thomas Fritz, 64 Seiten, zahlr. Abb., 7,50 EUR. Diese Broschüre bietet eine leicht verständliche, kritische Einführung in das Dienstleistungsabkommen GATS, das gegenwärtig in der Welthandelsorganisation WTO neu verhandelt wird. Der Autor erläutert wesentliche Funktionsmechanismen des GATS wie auch die intransparenten politischen Entscheidungsprozesse in Genf, Brüssel und Berlin. Folgen des GATS werden am Beispiel des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Wasserversorgung, der audiovisuellen Medien und der Finanzsysteme geschildert. Die Broschüre kann online bestellt werden unter <http://www.attac.de/material>, telefonisch unter 069 / 900 281-10 oder per E-Mail an [info@attac.de](mailto:info@attac.de).

---

## WERNER RÜGEMER: ARM UND REICH

---

Weder die deutsche Bundesregierung in ihrem Bericht über Armut und Reichtum in Deutschland noch die Weltbank und die UNO in ihren Berichten über Armut und Reichtum in der Welt stellen irgendeinen Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen her - außer der Gleichzeitigkeit. Werner Rügemer begründet die Gegenthese in diesem Buch. Die heutige „Globalisierung“ zeige den Zusammenhang. Das absolute Niveau des „Existenzminimums“ habe sich zwar in den zentralen Staaten des Kapitalismus wie insbesondere in Westeuropa, Nordamerika und Japan beträchtlich erhöht, aber es sei immer noch ein Minimum. Auch sei das Arbeitsentgelt seitdem nirgends qualitativ neu gefasst worden, etwa in Form eines „gerechten Lohns“ oder eines betriebs- oder volkswirtschaftlich begründeten Anteils am erzielten Gewinn. Eine solche rationale Berechnung des Arbeitsentgelts werde gerade von der Seite des Reichtums weltweit verbissen abgelehnt. Es sei unter der menschlichen Würde, Freiheit und Möglichkeit, dass die Mehrheit der Lebendigen, gefangen in der Herrschaft des Reichtums, für ewig auf Fürsorge angewiesen sei.

Werner Rügemer: arm und reich. Bibliothek dialektischer Grundbegriffe, Band 3. transcript Verlag, Bielefeld 2002. 48 Seiten, 7,60 Euro. Inhalt: Armut als öffentliche Erscheinung; Reichtum als öffentliches Geheimnis; Wesen und Zusammenhang von arm und reich; Gespaltene, verbundene Moral; Regsame Selbsterblindung; Nur der Teufel hat keine Zeit oder: Der humanisierte Reichtum; Weiterführende Literatur.

---

## MARTIN KHOR: GLOBALISIERUNG GERECHTER GESTALTEN

---

### **Bezug des Buchs jetzt über die Buchhandlung Engel & Co. GmbH**

Auf dieses bedeutende Buch von Martin Khor hatten wir im Rundbrief Dreigliederung 3 / 2003 - u.a. auch durch Abdruck eines Textauszuges - aufmerksam gemacht. Den Vertrieb des Werkes, das vom Netzwerk Weltweiter Projekte herausgegeben wurde, hat jetzt die Versandbuchhandlung Engel in Stuttgart übernommen. Martin Khor: Globalisierung gerechter gestalten. Ökonomische Alternativen und politische Optionen. Eine Aufforderung zum Umdenken aus der Sicht des Südens. Aus dem Englischen übersetzt von Markus Wülfing. Mit einem Vorwort von Ernst Ulrich von Weizsäcker. ISBN 3-9808485-1-5

Bezug über: Engel & Co. GmbH - Buchhandlung und Antiquariat, Alexanderstr. 11, D - 70184 Stuttgart, Postfach 101241, Telefon: +49 (0)711 / 24 04 13, Fax: +49 (0)711 / 236 00 21, [buch.engel@t-online.de](mailto:buch.engel@t-online.de) // Internet: [www.buch-engel.de](http://www.buch-engel.de)

---

## MAUDE BARLOW, TONY CLARKE: BLAUES GOLD - DAS GLOBALE GESCHÄFT MIT DEM WASSER

---

ISBN 3-88897-327-9, Verlag Kunstmann, 24,90 Euro. Siehe hierzu die Ankündigung der Lesungen mit den AutorInnen auf S. 38.

---

## JOSEF BUSCH: FÜNF GRUNDLEGENDE GESETZMÄSSIGKEITEN DER ANTHROPOSOPHISCHEN SOZIALWISSENSCHAFT UND SOZIALKUNST

---

### **im Lichte des ihnen zugrunde liegenden Menschenbildes (Anthropologie)**

Diese aus der Seminararbeit unseres Freundes Josef Busch hervorgegangene Schrift ist inzwischen sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache erhältlich und kann beim Autor zum Preis von Euro 4,50 + Porto-kosten bezogen werden: Josef Busch, Oberwihl 64, D - 79733 Görwihl, Tel. und Fax 07754 / 382.

# Ankündigungen

---

## AMERICAN SPIRIT, VALUES AND POWER - (DER GEIST AMERIKAS, WERTE UND MACHT)

---

*Carol Bergin, Johannes Lauterbach, Ulrich Morgenthaler*

„American Spirit, Values and Power“ lautet der Titel einer Konferenz, die vom 2. bis 4. Mai in New York City vom „New York Open Center“, „Yes! magazine“, „International Forum on Globalization“ u.a. veranstaltet wird. Beiträge liefern u.a. Rigoberta Menchú Tum, Ralph Nader, Jerry Mander, Charlene Spretnak, Baldemar Velasquez, John Mohawk und Jeshuaja Ben Aharon.

Im Ankündigungstext heißt es u.a.: „Die Amerikaner sind mehr denn je dazu herausgefordert, lebensfördernde, nachhaltige Alternativen zu entwickeln, die in Harmonie mit einer gesunden, multikulturellen und sozial positiven Weltsicht stehen. Amerikanische Ideale wie bürgerliche Freiheiten, Gewaltenteilung, Umweltschutz, kulturelle Diversität, gleiche wirtschaftliche Chancen und geistige Freiheit sind ernsthaft bedroht. Diese Konferenz wird sich auf die Schaffung einer Gesellschaft konzentrieren, die Menschenrechte, Nachhaltigkeit, erneuerbare Energien, Diversität, ökologisches Bewusstsein und partizipatorische Demokratie bejaht.“

Weil wir diese Konferenz in der gegenwärtigen Situation für äußerst wichtig halten, möchten wir über sie informieren. Gleichzeitig möchten wir um den Umgang mit einigen Fragen zum eigenen Verhältnis zu Amerika, bzw. zu den USA, bitten.

Das Motiv für diese Konferenz „American Spirit, Values and Power“ ist die tiefe Betroffenheit vieler US-Amerikaner über eine sich selbst verherrlichende Minderheit ihres Landes, die sich als Erbauer eines Imperiums aus gibt und sich auf der geopolitischen Bühne wie ein cäsarischer Koloss aufführt. Viele US-Bürgerinnen und US-Bürger erleben, dass heute die Seele Amerikas wie nie zuvor herausgefordert ist, lebensdienende, nachhaltige Alternativen zu benennen und zu entwickeln, die mit einem gesunden, multikulturellen und sozial positiven Weltverständnis harmonieren.

Eine vollständige Ankündigung der Konferenz, samt Anmeldehinweisen, - auf englisch – gibt es im Internet unter: [http://web.gc.cuny.edu/cepp/courses/special\\_events.html#6](http://web.gc.cuny.edu/cepp/courses/special_events.html#6)

### Workshop der Initiative Colibri

Auf dem Hintergrund des Konferenz-Impulses ist auch die Initiative Colibri<sup>1)</sup> von den Organisatoren gefragt worden, ob sie einen Workshop hier einbringen möchte. Wir drei, Carol Bergin, Johannes Lauterbach und

Ulrich Morgenthaler, haben uns entschlossen, dieses Angebot anzunehmen und konzipieren derzeit einen Workshop mit dem Titel: „Ein Blick über den Ozean. Europäische Auffassungen von Amerika - ein Versuch zum Transkontinentalen Dialog“.

Mit interessierten Teilnehmern der Konferenz - US-Amerikaner und Nicht-US-Amerikaner - soll unter dieser thematischen Vorgabe ein Gesprächsaustausch versucht werden. Ziel dabei ist es, sich gegenseitig anzuhören, als Amerikaner und Europäer einander kennen zu lernen und eine Atmosphäre des menschlichen Verstehens zu schaffen. Perspektiven sollen gesichtet oder geahnt werden, die entweder für den Einzelnen oder allgemein als Aufgaben für die Zukunft im Sinne einer „kontinentalen Verständigung“ formuliert werden können.

Eine Grundlage für diesen Workshop sollen Beiträge einzelner Europäer sein, die sie in Anlehnung an Fragen, die in diesem Zusammenhang relevant sind, zur Verfügung stellen. Diese Umfrage werden wir möglichst breit unter unseren Freunden, Bekannten und Kontakten durchführen. Aber in keinem Fall erheben wir mit ihr den Anspruch einer sogenannten wissenschaftlichen und gesamt-europäischen Meinungsumfrage.

Wir bitten also Menschen, die sich an dieser Aktion beteiligen möchten, sich mit folgenden Fragen zu beschäftigen und uns ihre Antwort - möglichst auf Englisch - bis zum 20. April zuzusenden. Wir versprechen, alle eingehenden Beiträge vertraulich, d.h. ohne Namensnennung, zu behandeln. Aber wir bitten um die vier Angaben: Alter - Geschlecht - Beruf - Nationalität. Nach der Konferenz in New York werden wir dann allen Beteiligten unsere Auswertung in Form eines rückblickenden Berichtes zukommen lassen.

Allen, die bereit sind, uns bei diesem Versuch zu unterstützen, und uns den dafür notwendigen Vertrauensvorschuss zu geben, im Voraus unser herzlicher Dank!

Carol.Bergin@t-online.de

Johannes\_Lauterbach@t-online.de

Ulrich.Morgenthaler@t-online.de

Postanschrift: Ulrich Morgenthaler, c/o Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart.

### Fragen an Europäer über ihr Verhältnis zu Amerika (USA)

1. Welches sind für mich positive amerikanische (US-amerikanische) Werte und Fähigkeiten?

2. Wo habe ich sie selbst erfahren? Wie haben sie mein Leben bereichert? Was verdanke ich in dieser Beziehung den USA, bzw. „Amerika“ persönlich?

3. Wie haben diese Werte positiv in der großen Welt gewirkt? Welche positiven Beiträge hat die USA geschichtlich geleistet?

4. Welchen Stellenwert haben diese amerikanischen Werte heute? Wirken sie noch?

5. Welche Erwartungen habe ich an die US-Amerikaner? Als einzelne Menschen - als Volk?

6. Welchen Beitrag kann ich selbst in der heutigen globalen Welt als Angehöriger meines Landes, als Europäer für eine fruchtbare Entwicklung des Verhältnisses zu den USA geben? Was tue ich hier selbst, bzw. werde ich hier selbst tun?

7. Wie stelle ich mir für die Zukunft ein fruchtbares Verhältnis zwischen Europa und Amerika (USA) vor? Welches wäre der erste Schritt zur Realisierung dieser Zukunft?

### Anmerkung

\*) Die Initiative Colibri ist ein freier Zusammenschluss einzelner Menschen, die sich entschlossen haben, mit ihren Mitteln Beiträge für eine menschenwürdigere Welt im Sinne der individuellen und sozialen Menschenrechte, der globalen Gerechtigkeit und Solidarität zu leisten. Die Initiative Colibri ist Mitglied im Global Network for Social Threefolding. Kontakt: Johannes\_Lauterbach@t-online.de.

## GATS-KONGRESS DES FRAUENNETZ ATTAC

Vom 9.-11. Mai 2003 veranstaltet das FrauenNetz Attac einen internationalen Kongress zum Thema „Dienste ohne Grenzen? - GATS, die Privatisierung im Dienstleistungsbereich und die Folgen für Frauen“. Ort: Fachhochschule Köln, Mainzer Straße 5. Von Freitag, den 9. Mai 17 Uhr bis Sonntag, den 11. Mai gegen 13 Uhr treffen sich dort Frauen aus vielen Teilen der Welt unter dem Motto „Frauen stoppt GATS!“.

Frauen sind weltweit die wichtigsten Dienstleisterinnen, ob in privaten Haushalten oder in Schulen, in Krankenhäusern oder in Büros, im Handel oder in Sozialdiensten. Dennoch ist von ihnen beim GATS nicht die Rede. Besonders für Frauen bedeuten die Veränderungen durch das GATS massive Verschlechterungen, nicht nur in bezug auf Arbeit und Arbeitsplätze, sondern auch, weil die privatisierten Dienstleistungen in der Regel schlechter und teurer werden. Schulbildung, Wasser- und Gesundheitsversorgung werden für ärmere Frauen unerschwinglich. Sozialdienste werden rationalisiert oder ganz abgeschafft.

Der Kongress soll ein weiterer Schritt dazu sein, diese Entwicklung aufzuhalten.

Referieren werden unter anderen Maude Barlow (Kanada), Vandana Shiva (Indien), Maria Mies (Deutschland), Farida Akhter (Bangladesh), Dr. Christa Wichterich (Deutschland), Prof. Dr. Claudia von Werlhof (Österreich), Helena Norberg-Hodge (England), Mohau Pekou (Südafrika) und Eva K. Hack (Deutschland). Weitere Informationen zum Kongress finden sich unter <http://www.attac.de/frauenetz>

Das vorläufige Programm mit Anmeldeformular kann online unter <http://www.attac.de/material>, telefonisch unter 069 / 900 281-10 oder per Mail bestellt werden ([info@attac.de](mailto:info@attac.de)).

## NEUE ATTAC-AG „GLOBALISIERUNG UND MIGRATION“

Zur Gründung einer Attac-Arbeitsgruppe mit dem Arbeitstitel „Globalisierung und Migration“ sind alle Interessierten am 12. April 2003 von 12-17 Uhr herzlich ins Attac-Bundesbüro in Frankfurt/M., Münchener Straße 48, eingeladen. Weltweit sind auf Grund ökonomischer Ungleichheiten und politischer Konflikte 70 Millionen Menschen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Ihre Flucht in reiche Industrieländer wiederum ist mit erneuten Konflikten und Gefahren verbunden, verursacht durch eine repressive Flüchtlingspolitik der jeweiligen Regierungen. Diese Ausgrenzungspolitik schürt gleichzeitig rechtsradikale Bewegungen, die sich durch die populistische „Das-Boot-ist-voll“-These etablierter Politiker in ihren Aussagen bestätigt fühlen.

Ansprechpartner für alle Interessierten sind die Mitglieder des Attac-Rates Burak Copur ([burak\\_copur@hotmail.com](mailto:burak_copur@hotmail.com)) und Inigo Valdenbro ([inigo\\_valdenbro@yahoo.es](mailto:inigo_valdenbro@yahoo.es)).

## SOMMERAKADEMIE SUCHT SEMINARANBIETERINNEN

„Wer regiert die Welt?“, „Arbeit ohne Ende“ und „Macht Demokratie!“ sind die drei Themenschwerpunkte der zweiten Attac-Sommerakademie, die vom 1.-6. August in Münster stattfindet. Neben zahlreichen TeilnehmerInnen hofft die Vorbereitungsgruppe auch auf Leute oder Gruppen, die Seminare anbieten möchten. Denkbar sind selbstverständlich alle Themen aus dem Attac-Spektrum.

Weitere Informationen unter [www.muenster.org/attac](http://www.muenster.org/attac), telefonisch unter 0251 / 832 48 35 oder per E-Mail unter [sommerakademie@attac.de](mailto:sommerakademie@attac.de).

## FAMILIENKULTUR - INTERNATIONALE TAGUNG FÜR MÜTTER UND VÄTER

16. -18. Mai 2003 - Dornach / CH

Birgit Kohlhasse

Was vor 11 Jahren als Hausmüttertagung am Goetheanum begonnen hatte, konnte sich inzwischen zur umfassenden jährlichen Familienkulturtagung weiter entwickeln. In diesem Jahr steht das Thema „Familie und Partnerschaft - Aufbruch ins Ungewisse?“ im Vordergrund. Zu den brennendsten sozialen Problemen unserer Zeit gehören Fragen der eigenen Biografie und ihr Bezug zu Partnerschaft und Familie. Das Individuelle im Menschen ist so stark geworden, dass Beziehungskrisen oft Ausdruck ungelöster existenzieller Fragen sind wie: - Wer bin ich? - Was ist mein Lebensauftrag? - Und wie

verbinde ich beides mit denen des Partners und der Kinder?

In vier Vorträgen (Birgit Kohlhasse, Dr. Michaela Glöckler, Christoph Wiechert, Paul Mackay) werden diese Fragen bewegt und in 12 Gesprächs- und Arbeitsgruppen weiter vertieft. Ein Plenumsgespräch mit den Referenten, künstlerische Kurse und eine Eurythmieauführung runden das Gesamtprogramm ab. Tagungssprache: Deutsch-Englisch. Eingeladen sind Mütter und Väter und alle an Familienfragen interessierte Menschen.

Ausführliches Programm und Infos: Tel. 0711 / 479 37 73 (Birgit Kohlhasse) // Tel. 0431 / 521 56 1 (Monika Kiel-Hinrichsen) // Tel. 004161 / 706 44 44

Tagungsbüro-Goetheanum, Fax: 706 444 6, Internet: [www.familientagung.de](http://www.familientagung.de), E-Mail: [sektion.sozialwissenschaften@goetheanum.ch](mailto:sektion.sozialwissenschaften@goetheanum.ch)

---

## FÜR EINE LANDWIRTSCHAFT IM DIENST VON MENSCH UND NATUR

### 1. - 4. Mai 2003 in Birkenwerder bei Berlin 9. CGW-/INWO-Tagung

Auf der Südhalbkugel der Erde leiden mehr als 800 Millionen Menschen an chronischem Hunger und täglich sterben 24.000 Menschen an den Folgen ihrer Unterernährung. Demgegenüber produziert auf der Nordhalbkugel eine kapitalintensive, industrialisierte Landwirtschaft staatlich subventionierte Überschüsse von ‚billigen‘ Lebensmitteln. Dabei werden der Boden und das Grundwasser mit chemischen Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln geschädigt. Und in Massen gehaltene Tiere werden zu bloßen Fleischproduzenten degradiert.

Während der letzten Jahrzehnte haben Agrarfabriken die bäuerliche Landwirtschaft größtenteils verdrängt. Jedoch zeigen die BSE- und MKS-Krisen, dass die Landwirtschaft damit in eine Sackgasse geraten ist. Eine „Agrarwende“ ist unerlässlich; ihre Durchsetzung gegen die Widerstände der Agrarlobby erfordert viel Mut und Ausdauer.

Die Geld- und Bodenrechtsreformbewegung hat es bislang leider versäumt, aus ihrer Sicht zu untersuchen, weshalb es zu dieser Fehlentwicklung kommen konnte. Und sie vermochte auch nicht die Chancen zu verdeutlichen, welche sich aus veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ für eine ökologische Landwirtschaft mit regionaler Produktion und Vermarktung eröffnen könnten. Deshalb soll diese Tagung Impulse geben, die Landwirtschaft fortan genauer in den Blick zu nehmen. Sie wird von den Christen für eine gerechte Wirtschaftsordnung (CGW) und der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) veranstaltet.

**Die Referentinnen und Referenten und ihre Themen:** Cornelia Roeckl, Bochum, Zukunftsstiftung

Landwirtschaft „Die gegenwärtige Situation in der Landwirtschaft und die Perspektiven einer praktisch-politischen Agrarwende“ // Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen, Berlin, „Der Boden der uns ernährt - Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land, Nord und Süd“ // Marcin Wawrzyn, Bialystok/Polen, „Die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Landwirtschaft Polens“ // Hans Trein, Ökumenische Werkstatt Kassel, „Großgrundbesitz, Landlosenbewegung und Agrarreformen in Brasilien“ // Dipl.-Ing. Alfons Krieger, Lichtenow/Strausberg, „Der Naturschutzhof Brodowin bei Eberswalde - Ein Modell für eine zukunftsweisende Landwirtschaft“ // Dipl.-Oec.troph. Brigitta Poppe, Bonn, Verbraucher-Initiative Berlin, „Der Beitrag des Verbraucherschutzes zu einer Neuorientierung der Landwirtschaft“

**Nähere Auskünfte und Anmeldung:** Werner Onken, Dipl.-Ökonom, Steenkamp 7, 26316 Varel, Tel.: 04451 / 8 57 14 oder 95 64 80 (mit AB), E-Mail: [redaktion-onken@web.de](mailto:redaktion-onken@web.de), Internet: <http://www.sozialoekonomie.info>

---

## ANTHROPOSOPHISCHE GESELLSCHAFT

Aus der Vielzahl von Informationen zur Situation und zu Gesprächsangeboten sei hier nur auf einiges wenige hingewiesen:

- auf ein Schreiben von Udo Herrmannstorfer an den Vorstand am Goetheanum von Weihnachten 2003, das bei entsprechendem Interesse beim Autor per E-Mail bezogen werden kann ([Udo.Herrmannstorfer@bluewin.ch](mailto:Udo.Herrmannstorfer@bluewin.ch)).

- eine Tagung in Achberg vom 13. bis 21. April 2003, um deren Bekanntmachung im Rundbrief mich die Achberger Freunde gebeten haben. (Titel: Worauf und wie können wir uns im Konstitutionsprozess der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft verständigen? Eine Friedensinitiative.) Infos und Anmeldungen: Internationales Kulturzentrum Achberg 88147 Achberg, Humboldt-Haus, Panoramastr. 30, Tel. +49 8380 98228, Fax +49 8380 675, E-Mail: [Kulturzentrum-Achberg@gmx.de](mailto:Kulturzentrum-Achberg@gmx.de)

- auf eine umfängliche Dokumentation der Vorgänge im Internet unter [http://www.christian-rosenkreutz-zweig.de/Seiten/Aktuelles\\_f.html](http://www.christian-rosenkreutz-zweig.de/Seiten/Aktuelles_f.html)

- auf das neue Heft 1/ 03 der „Gegenwart. Zeitschrift für Kultur, Politik, Wirtschaft“, Bezugsadresse: Gerold Aregger, Burgunderstr. 132, CH - 3018 Bern, Tel. 0041-31-9914823, Fax: 004134-4313319.

---

## ALLE STAATSMACHT GEHT VOM INDIVIDUUM AUS. GLOBALISIERUNG, RECHT UND DAS FEHLEN DER MITTE

---

**Seminar vom 6. - 9. Juni 2003 mit Gerald Häfner und Irene Johanson**

In dem Seminar wollen wir ebenso die großen Fragen der Zeit und Weltlage betrachten wie auch Politik, Recht und Demokratie als Gestaltungsfelder der Mitte. Dabei soll nicht moralisch oder parteipolitisch geredet werden; sondern wir wollen versuchen, einen Ausweg zu finden aus der Ohnmacht der Bürgergesellschaft, hin zu einer modernen, zeitgemäßen Lebensform der Demokratie, in der die Bürger nicht mehr als Objekt, sondern als Subjekt des Gemeinwesens betrachtet werden und handeln.

**Auskunft und Anmeldung:** Haus Freudenberg, Prinz-Karl-Str. 16, D-82319 Starnberg, Tel. 08151 / 12 379, Fax 28262, E-Mail: Haus-Freudenberg@t-online.de, Internet: www.HausFreudenberg.de

---

## PÄDAGOGIK - THERAPIE - HEILUNG

---

**Beuys-Symposium in Achberg,  
30.4. - 4.5. 2003**

Um Ansätze aus dem Erweiterten Kunstbegriffs von Joseph Beuys geht es bei diesem Symposium in Vorträgen, Seminare und Übungen, Feiern und im allgemeinen Beisammensein. Veranstalter ist der Verein zur Förderung des Erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik e.V., Wangen, in Personen: Rainer Rappmann & Claudia Müller. Freie Internationale Universität (FIU).

Beiträge u.a.: Johannes Stüttgen, Karlheinz Tritschler, Heino Bruhn, Dr. Rhea Thönges-Stringaris, Traudl Rolly, Gerd Keyenburg, Monte Rosa, Henning Köhler, Tom Tritschel, Gisela Groener, Stephan Stüttgen, Wilfried Heidt, Herbert Schliiffka, Ulrike Hethey, Vera Kamaryt.

Anmeldung (nur noch wenige Tage) und weitere Infos bei: Verein zur Förderung des erweiterten Kunstbegriffs und der Sozialen Plastik e.V., Am Schwarzenbach 25, D-88239 Wangen / Allgäu, Tel.: 07528 / 77 34; Fax.: 07528 / 6028; E-Mail: FIU-Verlag@t-online.de, Internet www.Fiu-Verlag.com

---

## WALDORFINITATIVE HARZVORLAND SUCHT SPENDER

---

*Ingo Mäder*

Die UNESCO Welterbe-Stadt Quedlinburg lebt mit einer 1000-jährigen Geschichte. Das Althergebrachte mit Leben zu erfüllen, darum bemühen sich in Quedlinburg viele Bürger und Initiativen. Mit der Gründung einer Freien Waldorfschule will die Initiative einen

Beitrag leisten, dass Kinder den ihnen eigenen Weg finden und die Aufgaben der Zukunft ergreifen lernen. Die Quedlinburger Waldorfschule soll den Charakter einer achtklassigen Volksschule haben. Dabei sollen die Schüler teilweise klassenübergreifend, teilweise in Kleingruppen unterrichtet werden. Mit diesem Konzept will man eine Antwort finden auf das Bedürfnis, auch in einer strukturschwachen Region Waldorfpädagogik zu ermöglichen.

Den Beschluß zur Schulgründung hat der Verein auch im Vertrauen darauf gefasst, dass der Betrag von ca. 48.000 Euro, welcher zur Finanzierung der ersten drei nicht geförderten Schuljahre noch fehlt, rechtzeitig aufgebracht werden kann. Daher wird herzlich um Spenden gebeten.

Waldorfinitiative Harzvorland e.V., Stieg 4, 06484 Quedlinburg, Tel. 03946 / 90 14-08, Fax -09, Konto 43 55 03, Ostharzer Volksbank e.G., BLZ 800 635 08.

---

## PERSPEKTIVEN DER FREIHEIT IN DER ERZIEHUNG IM ZUSAMMENWACHSENDEN EUROPA

---

**27. Internationales e f f e Kolloquium,  
1. - 4. Mai 2003 Sec/Pardubice, Tschechien**

*Manfred Borchert*

Prof. Karel Rydl ist es gelungen, eine Kooperation mit dem Parlament der Tschechischen Republik, dem tschechischen Bildungsministerium, der Universität Pardubice und dem regionalen Schulamt zu verabreden.

Das Programm des Kolloquiums hat viele Facetten: Prof. Reijo Wilenius, Präsident des Europäischen Forums für Freiheit im Bildungswesen (e f f e) wird einen Vortrag zum Thema „Wie wird in Zukunft die Schule in Europa aussehen?“ halten. Die Bildungsministerin Dr. Petra Buzkova wird die gesetzlichen Garantien der Bildungsfreiheit in Tschechien vorstellen.

Ingo Krampen wird zum Thema „Erziehung und Bildung in der europäischen Verfassung“ sprechen. Die Vorträge und Podiumsdiskussionen haben sehr aktuelle Inhalte. Anders als bei vielen früheren Kolloquien wird nicht nur geredet und zugehört. Vorgesehen sind Ausstellungen, Beiträge von Kindern, exemplarischer Projektunterricht in der Natur an einer Burgruine, gemeinsame Erlebnisaktivitäten und freie musische Betätigung. Alle Teilnehmer/innen werden in einem Tagungshotel untergebracht.

**Auskünfte zum Kolloquium** unter der neuen Adresse des e f f e: European Forum for Freedom in Education, Husemannplatz 3-4, D - 44787 Bochum, Tel. dienstl.: 0234 / 610 47 36, Fax: 610 47 38, effe.deutschland@web.de. Anmeldungen nur an folgende Adresse: Universität Pardubice, FHS- 27.EFFE, Prof. Dr. Karel Rydl, Studentská 84, CZ-532 10 Pardubice, Tel. +420 466 036 - 447, Fax 228, E-Mail: karel.rydl@upce.cz, rydl@cbox.cz

## Unsere Welt ist keine Ware - Beitrag zur weltweiten Anti-WTO-Kampagne

### BLAUES GOLD

#### Das globale Geschäft mit dem Wasser

**Donnerstag, 8. Mai, 20.00 Uhr, Johanneskirche Stuttgart, Feuerseeplatz**

Veranstaltung mit **Maude Barlow**, Council of Canadians, und **Tony Clarke**, Polar Institute, beide Ottawa, Kanada, aus Anlass der deutschen Veröffentlichung ihres gemeinsamen Buches „Blaues Gold“. Englisch mit Übersetzung. In Zusammenarbeit mit dem Kunstmann Verlag, München.

Wasser ist das Lebensblut der Erde. Aber längst sind im Zuge der globalen Privatisierungswelle und unterstützt von der Weltbank eine Handvoll multinationaler Konzerne in das Wassergeschäft eingestiegen. Die Folgen sind alarmierend: Die Süßwasserreserven schwinden, während bei den Konzernen die Gewinne sprudeln. Denen, die nicht mehr zahlen können, droht, dass ihnen der Hahn abgedreht wird. Aber der mutige Kampf gegen diese Entwicklung hat weltweit ebenfalls begonnen. In den Ländern des Südens ebenso wie in den Industrieländern organisieren sich Menschen, um das Wasser als Menschenrecht und soziales Gut gegen schrankenloses Gewinnstreben zu verteidigen. Davon werden Maude Barlow und Tony Clarke berichten.

Weitere Lesungen mit Maude Barlow und Tony Clarke sind für die folgenden Termine geplant: 20.3. Leipzig, Buchvorstellung (ohne Autoren) beim Medienbrunch der Botschaft von Kanada, Mehrzweckfläche Messegelände 3/4, 12:30 Uhr // 09.5. Köln (Kongress von Maria Mies zum Thema Wasser u.a.) // 10.5. dito // 11.5. Berlin, Schaubühne (12:00 Uhr, mit Hermann Scheer) // 12.5. Frankfurt (Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest) // Donnerstag, 8. Mai, 20.00 Uhr, Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart // 13.5. München, Literaturhaus // 14.5. Innsbruck, Universität. Infos: Verlag Antje Kunstmann GmbH, Georgenstr. 123, 80743 München, Telefon: 089 / 12 11 93 0, Fax: 089 / 12 11 93 20, E-Mail: info@kunstmann.de, Internet: <http://www.kunstmann.de>

### AUF DEM WEG NACH CANCUN

Freitag, 13. Juni, 20.00 Uhr

#### Stoppt die WTO in Cancun!

#### Menschenrechte statt Welthandelsdiktatur!

**Podium** mit **Lori Wallach**, Public Citizens, USA, und **Marianne Hochuli**, Erklärung von Bern, Schweiz. Englisch mit Übersetzung. Eintritt frei. Ort: DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20

Freitag, 13. Juni, 17.00 - 19.00 Uhr und Samstag, 14. Juni, 9.00 - 19.00 Uhr

#### Was tun in Cancun?

**Strategien der sozialen Bewegungen für gerechte Welthandelsregeln - gegen die Ausweitung des Freihandelsregimes der WTO bei der 5. Ministerkonferenz**

**Seminar mit Lori Wallach**, Public Citizen, USA, und **Marianne Hochuli**, Erklärung von Bern, Schweiz. Englisch mit Übersetzung. Kosten: Euro 60,- / 40,- / 20,-. Ort: Forum 3, Gymnasiumstr. 21, D-70188 Stuttgart

Weltweit greifen die Abkommen der 1994 gegründeten Welthandelsorganisation mit zum Teil verheerenden Auswirkungen für Mensch und Umwelt in politische Entscheidungen und in das Leben der Menschen ein. Bei der 5. Ministerkonferenz der WTO in Cancun/Mexico, 10.-14.09.03, soll das Freihandelsregime durch die Ausweitung bestehender Abkommen und durch Verhandlungen über neue Abkommen drastisch erweitert werden. Vor allem wird in Cancun über die Aufnahme von Verhandlungen über brisante Themen wie Investitionsschutz, öffentliches Beschaffungswesen und Wettbewerbsrecht entschieden werden. Lori Wallach und Marianne Hochuli werden über die Gefahren dieser Verhandlungen und über die Illegitimität der WTO sprechen. Gemeinsam werden wir über die Planungen zum Widerstand dagegen beraten.

**Die Referentinnen: Lori Wallach** (USA) Rechtsanwältin, Spezialistin für Handelsrecht. Direktorin von Public Citizen, Maßgebliche Organisatorin des Widerstands von Seattle 1999. Autorin u.a. von „The WTO“ // **Marianne Hochuli** (Schweiz), Handelspezialistin bei der entwicklungspolitischen Organisation „Erklärung von Bern“.

**Anmeldung zum Seminar:** Carol Bergin, Naukler Str. 13, D-72074 Tübingen, Tel. 07071 / 525 17 / Fax 07071 / 255 609, E-Mail: Carol.Bergin@t-online.de, Internet: [www.unsere-welt-ist-keine-ware.de](http://www.unsere-welt-ist-keine-ware.de).

Diese Veranstaltungen werden gemeinsam getragen von: Attac-Stuttgart - Netzwerk Weltweite Projekte - Initiative Netzwerk Dreigliederung - Initiative Colibri - Kulturzentrum Merlin - Brot für die Welt - Stuttgarter Wasserforum - GLS Gemeinschaftsbank Stuttgart - ver.di Bezirk Stuttgart - DEAB - Nabu-Stuttgart - BUND-Stuttgart



Seminar, Donnerstag, 19. Juni 2003 (Fronleichnam)  
Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart



# Das Ringen um die Sozialverpflichtung der Wirtschaft:

*Investitionen, Wettbewerb, Ausschreibung öffentlicher Aufträge  
Die Singapore Issues und die WTO-Konferenz in Cancun/Mexiko  
Kritik und Alternativen*

Mit Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe

9.30 Uhr Öffnung des Tagungsbüros // Referate und Gesprächsrunden: 10.00 - 11.30 und  
11.45 - 13.00 Uhr // 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 // 17.00 - 19.00 Uhr.

Im Anschluss an das Seminar Treffen von Kostenausgleichsträgern der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Eine gemeinsame Veranstaltung der Initiative Netzwerk Dreigliederung und der Fortbildungsseminare Individualität und soziale Verantwortung.

Am **10. bis 14. September 2003** wird in **Cancun/Mexico** zum fünften Mal die **Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO)** tagen. Der Ausgang dieser Konferenz wird von zentraler Bedeutung für die Frage sein, unter welchen Rahmenbedingungen zukünftig die Gestaltung unserer Lebensverhältnisse stattfinden wird. Verhandelt wird u.a. über die Erweiterung des Dienstleistungsabkommens GATS, um bisher öffentlich, oder gemeinnützig erbrachte Dienstleistungen wie z.B. öffentlicher Transport, Bildung und Gesundheit der Privatisierung und Kommerzialisierung zu unterwerfen. Der Ausverkauf öffentlichen Eigentums wird praktisch unumkehrbar. Die Wasserversorgung wird als „Umweltdienstleistung“ privatisiert, Bürgerentscheide wären dagegen unzulässig.

Geplant sind vor allem aber auch Verhandlungen über Abkommen über die sogenannten „New Issues“ (auch „Singapore Issues“ genannt): Investitionsschutz, öffentliches Beschaffungswesen, Wettbewerbswesen, Handelserleichterungen, die den Konzernen umfassende Rechte gegenüber Regierungen und Kommunen einräumen sollen, einschließlich Klagerechten bei entgangenem Gewinn. Vor allem die Menschen im Süden der Erde, aber auch wir im Norden, wären dadurch einer neuen Stufe der Ausbeutung von Mensch und Natur ausgesetzt. Anstelle einer Zurücknahme solcher Freihandelsregeln, die sich als schädlich herausgestellt haben und einer Unterordnung der Handelsabkommen unter die Abkommen zum Schutz der Umwelt und der Menschen, droht eine drastische Ausweitung des Freihandelsregimes der WTO. Das von der Zivilgesellschaft Ende der 90er Jahre verhinderte Multilaterale Investitionsschutzabkommen MAI soll durch die Hintertür doch noch eingeführt werden.

Alle neuen und erweiterten Abkommen sollen als Gesamtpaket bis spätestens 1. Januar 2005 unterzeichnet werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wird die Konferenz der Handelsminister in Cancun im September 2003 ein wesentlicher Zwischenschritt sein, bei dem über die grundsätzliche Richtung entschieden wird. Nach dieser Konferenz wird es sehr schwer werden, noch Einfluss zu nehmen, da die weiteren Verhandlungen sich dann im Dickicht der Ausschüsse und Fachreferate der WTO verlieren - fernab der Weltöffentlichkeit.

Zur Zeit haben in einzelnen Regionen, so im Raum Stuttgart, Aktionsnetzwerke ihre Arbeit aufgenommen bzw. befinden sich in Gründung. Zur Mobilisierung und Aufklärung dienen auch Veranstaltungen wie die öffentliche Podiumsdiskussion und das Seminar mit Lori Wallach und Marianne Hochuli (siehe S. 37).

Wichtig ist es, die Wirkungsmechanismen der drohenden Abkommen und der in ihnen wirkenden tieferen Triebkräfte zu verstehen. Und genau so wichtig, gerade wenn Widerstand nicht nur kurzfristigen Erfolg haben soll, ist es, Alternativen denken zu lernen. Der Umformung der Sozialität im Sinne des Kapitals muss ein Kapital- und Wirtschaftsverständnis entgegengestellt werden, dass die Sozialbindung des Kapitals und damit seine Indienstnahme für menschliche Impulse und Bedürfnisse in den Vordergrund rückt.

Das ist der Ansatz dieses - gemeinsam von der Initiative Netzwerk Dreigliederung und der Fortbildungsreihe Individualität und soziale Verantwortung und den sie tragenden Instituten veranstalteten - Seminars mit Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind.

Teilnahmegebühr **Euro 70,-**

(ohne Verpflegung; Kostenbeiträge für die Initiative Netzwerk können bei Bedarf angerechnet werden)

**Anmeldung:** Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart,  
Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 0711 / 23 60 218, E-Mail Institut@sozialimpulse.de,  
Internet www.sozialimpulse.de

Samstag, 12. April // 24. Mai // Donnerstag 19. Juni 2003

## Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

**1-Tages-Blockseminare zu Zeitfragen im Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart**

Beginn jeweils 10 Uhr, Ende 19 Uhr. **Teilnahmegebühr** pro Seminar Euro 70,- (ohne Verpflegung)

**Tagesgliederung für alle Blockseminare:** Die unten genannten Themen werden in drei großen Gesprächsrunden, die jeweils durch Impulsreferate eingeleitet werden, behandelt. Der Ablauf ist dabei nicht im einzelnen vorgeplant, sondern soll sich auch aus den Bedürfnissen, Fragen und Beiträgen der TeilnehmerInnen ergeben. Erste Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr // Zweite Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 // Dritte Runde: 17.00 - 19.00 Uhr // Öffnung des Tagungsbüros 9.30 Uhr

Samstag, 12. April 2003

### Was ist soziale Dreigliederung? - Essentials, Geschichte und Aktualität - Ein Seminar für Einsteiger mit Christoph Strawe

**Themen:** Welcher Veränderungsbedarf für das soziale Zusammenleben der Menschen und damit für die Gesellschaftsstrukturen im Großen und Kleinen ergibt sich aus dem modernen Impuls der Freiheit und Mündigkeit? // Mündigkeit und soziale Verantwortung // Die menschheitliche Dimension der Verantwortung im Zeitalter der Globalisierung // Der Gedanke der sozialen Dreigliederung und die erste, von Rudolf Steiner inaugurierte Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 // Schilderung von Versuchen der Umsetzung des Dreigliederungsgedankens bis heute // Dreigliederung und gegenwärtige Weltsituation, Dreigliederung und Arbeit in sozialen Aufgabengemeinschaften

Samstag, 24. Mai 2003

### Der Dreigliederungsimpuls in den großen Auseinandersetzungen unserer Zeit - aktuelle Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsfragen Ein Blockseminar mit Christoph Strawe.

Die konkrete Themenstellung ist von der aktuellen Situation abhängig. Mögliche Inhalte aus den Bereichen: Kulturelle, rechtlich-staatliche und ökonomische Dimensionen der Globalisierung // Die Welthandelsorganisation WTO und ihre Abkommen // Demokratie und Menschenrechte // Die Rolle Europas und die europäische Verfassungsentwicklung // Überwindung der Arbeitslosigkeit, Sicherung der Sozialsysteme und gerechte Steuerordnung - Fragen der Geldordnung // Ökonomie und Ökologie // „Kampf der Kulturen“ oder kulturelle Diversität in aktiver Toleranz

Donnerstag, 19. Juni 2003 (Fronleichnam):

### Das Ringen um die Sozialverpflichtung der Wirtschaft (siehe S. 39)

Seminar, Do/Fr, 1./2. Mai 2003, Freie Waldorfschule, Hunrodstr. 17, D - 34131 Kassel:

## Wirtschafts- und Sozialkunde an der Waldorfschule

Mit Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe, Erhard Fücke und Mitgliedern des Kollegiums der Freien Waldorfschule Kassel. Eine Tagung für LehrerInnen, GeschäftsführerInnen und engagierte Eltern. Es handelt sich um die vorläufige Planung. Es können sich im einzelnen noch Modifikationen ergeben.

**Donnerstag, 1. Mai:** 15.15 Uhr Öffnung des Tagungsbüros // 16 Uhr: Welche Schule braucht die Wirtschaft - welche Wirtschaft brauchen junge Menschen? (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 17.15 - 18.30 Forum 1: Grundlegende Gesichtspunkte zur Entwicklung einer Wirtschafts- und Sozialkunde // 20:00 - 21.30: Fortsetzung des Forums // Themen des Forum sind u.a.: Gezielte Einbeziehung von Praktika - Wechselwirkung zwischen Berufsbildung und Wirtschafts- bzw. Sozialkunde - Vermittlung praktischer Fähigkeiten in der Schule? (Beispiel Computer u.a.) - Wirtschafts- und Sozialkunde als eigenes Fach? - Kritikfähigkeit und positive Leitbilder im Hinblick auf Wirtschaftsformen - Rolle der Eltern für Wirtschafts- und Sozialkunde // **Freitag, 2. Mai 03:** 8.30 - 12.30 Uhr Forum 2: Elemente einer Wirtschafts- und Sozialkunde am Beispiel des Unterrichts der FWS Kassel. Erfahrungen und Überlegungen // 14.00 - 18.30: Gesichtspunkte für ein Curriculum Wirtschafts- und Sozialkunde im Kontext mit den Elementen des Lehrplans der Freien Waldorfschule - Wie erwecken wir ein Bewusstsein für die Aufgabe der Dreigliederung bei jungen Menschen? // **Teilnahmebeitrag** für externe TeilnehmerInnen Euro 50,- (ohne Unterbringung und Verpflegung)

**Anmeldung:** Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 0711 / 23 60 218, E-Mail [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de), Internet [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)